Donnerstag, 27. Dezember 1984 - D ***

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 302 - 52.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 140,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Appell: Anläßlich des fünften *Jahrestages des Einmarsches* sowjetischer Truppen in Afghanistan forderte Außenminister Genscher Moskau erneut auf, die Truppen zurückzuziehen und eine politische Lösung des Konflikts zu ermöglichen. (S. 4)

Börner: Hessens Ministerpräsident Börner, der vergangene Woche einen Schwächeanfall erlitten hatte, wird zumindest bis zum Wochenende in einem Kasseler Krankenhaus bleiben. Über seine Entlassung wird voraussichtlich morgen entschieden.

Israel: *Der Besuch* der Grünen-Delegation im Parlament Israels hat ein Handgemenge ausgelöst. Als Mitglieder der „Tehija"-Fraktion den Grünen ein Plakat mit der Aufschrift „Grüne raus" entgegenhielten, versuchte ein kommunistisch Abgeordneter seinen Kollegen das Plakat zu entreißen. (S. 10)

Golfkrieg: *Der spanische Tanker* „Aragon" ist im Persischen Golf von einem nicht-identifizierten Flugzeug in Brand geschossen worden.

Teheran: Linksgerichtete Volksmudjahedin haben die zwei Bombenexplosionen im Zentrum Teherans, bei denen mindestens sechs Menschen getötet und 50 verletzt worden waren, verurteilt. Nicht sie, sondern „Agenten des Khomeini-Regimes" hätten die Anschläge verübt, um den Widerstand bloßzustellen.

Israel-Hilfe: Die Mahnung der USA, höhere Finanzhilfen an Israel *nur bei einem strikten Spar*kurs zu zahlen, hat in Tel Aviv Empörung ausgelöst. Gad Yaacobi, der Minister für wirtschaftliche Planung, sagte, man „brauche keine *Moralpredigten*". (S. 10)

Prozeß-Eröffnung: Der Prozeß gegen die Mörder des Priesters Popieluszko wird heute in Thorn (Nordpolen) eröffnet. (S. 10)

Handelsabkommen: In einem vom sowjetischen Ministerpräsidenten Tichonow und seinem türkischen Kollegen Özal unter*zeichneten Handelsabkommen*, verpflichtet sich Ankara, im Ausgleich für Gas und Öl aus der Sowjetunion Textilien, Nahrungsmittel und Mineralien zu liefern.

Tierversuche – Pro und Contra

Kaum ein Problem wird mit so starken Emotionen diskutiert wie die Frage, ob Menschen Tiere zur Förderung der Humanmedizin töten dürfen. Die WELT veröffentlicht in loser Folge Argumente von Befürwortern und Gegnern der bestehenden Praxis, um damit einen Beitrag zur Versachlichung der Diskussion zu leisten. Seite 6

WIRTSCHAFT

IW-Umfrage: Die Wirtschaft in der Bundesrepublik hat nach den Arbeitskämpfen *wieder Tritt gefaßt* und wird 1985 auf Wachstumskurs bleiben, meint das Institut der deutschen Wirtschaft nach einer Konjunkturumfrage bei 24 Wirtschaftszweigen. (S. 11)

Röhren-Streit: Die Europäische Gemeinschaft will morgen über die Beilegung des Stahlröhren-Streits mit den USA entscheiden. (S. 11)

Tourismus: Erstmals seit fünf Jahren meldet die Tourismus-Branche für das Geschäftsjahr *1983/84 ein Teilnehmerplus. Mit* 5 885 096 Reisenden registrierten 16 Veranstalter 234 505 Reisende (plus 4,15 Prozent) mehr als im Vorjahr. (S. 11)

China-Auftrag: Das Maschinenbau-Unternehmen Schloemann-Siemag wird ein Warmwalz-Stahlwerk im Wert von rund 1,4 Milliarden Mark nahe Shanghai errichten. *Das Unternehmen setzte sich* damit zum zweiten Mal gegen den Mitsubishi-Konzern durch.

KULTUR

Menzel-Ausstellung: Obwohl nur ein Teil der Arbeiten Adolph Menzels aus politischen Gründen – auch Ost-Berlin ist in Besitz zahlreicher Werke – von der Neuen Nationalgalerie Berlin vorgestellt werden kann, so werden doch zwei Aspekte betont: seine Universalität und die Tatsache, daß er mehr war als ein „Ruhmeskünder Friedrich d. Großen". (S. 17)

Weihnachtspremiere: Nur zum Teil ist die Weihnachtspremiere der Bonner Oper, Mozarts „Titus" gelungen. Während Trudeliese Schmidt ihre Partie, wenn auch etwas zu expressiv, erfolgreich vorzutragen wußte, war Edda Moser als Vitellia ein Mißgriff. Nur momentweise gelang es ihr, die Stimme zum Klingen zu bringen. (S. 17)

ZITAT DES TAGES



❞ Erwachsene können von dem Vertrauen der Kinder, ihrer Ehrlichkeit und der Bereitschaft zu vergessen profitieren ❞

Die britische Königin Elizabeth II. in ihrer Weihnachtsbotschaft FOTO: CAMERA PRESS

SPORT

Fußball: Der für Juventus Turin spielende Franzose Michel Platini wurde zum zweiten Mal zu Eu*ropas* „Fußballer des Jahres" gewählt. (S. 9)

Motorsport: Die 14 000 km lange Rallye Paris–Dakar kann wie geplant am 1. Januar starten. Algerien gab die Zustimmung zur Durchquerung der Sahara. (S. 9)

AUS ALLER WELT

Abstimmung: Der letzte Kriegsgefangene der Wehrmacht in Italien, Walter Reder, kann hoffen, nach 40 Jahren Haft freizukommen. Über das Schicksal Reders, der wegen eines Massakers in *Marzabotto 1944 verurteilt worden* war, stimmen morgen die Bürger des Ortes ab. (S. 18)

Selbstjustiz: Die Polizei New Yorks fahndet nach einem Mann, der im U-Bahn-System Manhattens vier jugendliche Räuber niedergeschossen hat. Während Bürgermeister Koch die Tat als „Selbstjustiz" verurteilte, stieß sie in der Bevölkerung auf Verständnis. (S. 18)

Wetter: Stark bewölkt mit Regen und Schnee. Um drei Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Blüm will billigere Arzneien. Gegen überzogene Ansprüche

Der Bundessozialminister fordert Neueinstellungen statt Überstunden

MANFRED SCHELL, Bonn

Bundessozialminister Norbert Blüm hat die Selbstverwaltung in der Krankenversicherung – Ärzte, Krankenkassen, Pharmaindustrie – aufgefordert, „die Instrumente der Kostendämpfung wirklich zu nutzen". In einem WELT-Gespräch sagte Blüm gestern, die Krankenversicherung „ist *jetzt in Beweisnotstand". Sie habe* „lange Zeit gehabt, sich zu regenerieren, aber die Beteiligten haben wenig Mut aufgebracht, ihre Hausaufgaben zu erfüllen".

Dringend erforderlich sei zum Beispiel die Ausarbeitung einer „Transparenzliste" für Medikamente. Es gehe dabei um „Preisvergleichslisten für Medikamente, die von Ärzten und Krankenkassen gemeinsam aufgestellt werden sollen". Hier trete man noch immer auf der Stelle, meinte Blüm. „Aus der Flut der Medikamente sollen die Medikamente herausgesucht werden, die medizinisch sinnvoll und die kostengünstig sind." Überfällig sei auch die Einigung zwischen Zahnärzten und Krankenkassen über das, „was beim Zahnersatz medizinisch notwendig ist". Blüm: „Die Solidargemeinschaft der Pflichtversicherten ist nicht für jedes Luxusbedürfnis zuständig. Aus den Zwangsbeiträgen der Arbeitnehmer und der Betriebe darf nur das finanziert werden, was medizinisch notwendig ist. Sonst werden die Malocher von den Cleveren ausgebeutet."

Der Gesetzgeber habe seinen Bei*trag zur Kostendämpfung durch die* Neuordnung des Krankenhausfinanzierungsgesetzes geleistet, sagte Blüm, auch wenn dabei „nicht alle meine Wünsche erfüllt worden sind". Er sehe jedoch in dem neuen Gesetz „neue Möglichkeiten für mehr Wirtschaftlichkeit im Krankenhaus. Es ist ein Irrtum zu glauben, je mehr Geld die Krankenversicherung ausgibt, je mehr Gesundheit wird erzielt. Die Flucht in die Medikamente kann auch eine Verdrängung der Eigenverantwortung sein. Wenn ich höre, daß Kinder durch Pharmaka stillgelegt werden, dann bekomme ich eine Gänsehaut."

In der Sozialpolitik, so meinte Blüm, „müssen heilige Kühe geschlachtet werden". Auch der Ärztestand „darf nicht jede Nachfrage, ob das, was gestern richtig war, auch heute noch gilt, schon als einen Angriff auf das Abendland betrachten". Blüm: „Man muß einer nachwachsenden Ärztegeneration sagen, daß die Einkommen nicht mehr so hoch sein werden, wie sie bei ihren Vätern waren." Die Ärzte „müssen auch der Erwartung von Patienten widerstehen, die das Gesundheitssystem für einen Selbstbedienungsladen halten". Aber er wisse auch, daß noch immer die große Mehrheit der Ärzte „ihren Beruf nicht vordringlich als Einkommensquelle, sondern als Praxis der Nächstenliebe" betrachte.

Das Jahr 1984 sei ein „schweres Jahr" gewesen, aber es sei sozialpolitisch „doch viel bewegt worden", und zwar nicht nur durch Sparmaßnahmen, sondern durch Gestaltung. Bei der Übernahme der Regierungsverantwortung durch die Regierung Kohl habe es bei der Nürnberger Bundesanstalt ein Defizit von 13 Milliarden Mark gegeben. Jetzt, zwei Jahre später, verfüge man über einen Überschuß von drei Milliarden Mark. Natürlich seien Opfer notwendig ge-

● Fortsetzung Seite 10

Weltraumwaffen „kein Tauschobjekt"

USA erläutern Position / Aufgabe des SDI-Programms wird derzeit nicht erwogen

FRITZ WIRTH, Washington

Die USA werden nach den Worten von Verteidigungsminister Caspar Weinberger nicht den sowjetischen Forderungen zustimmen, die Ent*wicklung von Weltraumwaffen einzu*stellen. Die amerikanische „Strategische Verteidigungsinitiative" (SDI), gemeinhin als „Krieg der Sterne" bezeichnet, stehe beim Genfer Dialog und bei möglichen nachfolgenden Verhandlungen nicht als Handels- oder Tauschobjekt zur Disposition.

In einem Interview der Fernsehgesellschaft ABC sagte Weinberger: „Der Präsident hat erklärt, daß er nicht bereit ist, die Strategische Verteidigungsinitiative aufzugeben. Es ist die einzige Sache, die der Welt noch eine wirkliche Hoffnung bietet." Reagans Sicherheitsberater McFarlane unterstrich: „Ich glaube nicht, daß es der richtige Weg ist, dieses Programm wegzuverhandeln."

Beide Richtigstellungen waren nötig geworden, weil in der vergangenen Woche wiederholt über das Gegenteil spekuliert worden war. Wären diese Berichte, die sich auf Quellen „aus der unmittelbaren Umgebung des Präsidenten" beriefen, zutreffend gewesen, hätte es bedeutet, daß die amerikanische Regierung den Sowjets bereits vor Beginn des Genfer Dialogs entscheidende Zugeständnisse gemacht hätte. Diese dringen seit langem darauf, das SDI-Programm zum Zentrum künftiger nuklearer Abrüstungsgespräche zu machen.

Ein großer Teil der Verwirrung, die seit einiger Zeit in der amerikanischen Öffentlichkeit und unter den Alliierten herrscht, hat sich die Reagan-Administration selbst zuzuschreiben. Sie zögerte zu lange, die Öffentlichkeit über die Rolle des SDI-Programms im Zusammenhang der künftigen Nuklearverhandlungen mit den Sowjets aufzuklären. Die bevorstehenden Genfer Gespräche wurden von ihr mit größter Geheimhaltung behandelt und alle handelnden Personen zu striktem Schweigen verurteilt. Folge war, daß die „handelnden Personen" sich höchst kryptischer Äußerungen bedienten, die Anlaß zu Mißverständnissen boten. Die Tatsache, daß das SDI-Programm von den USA nicht als Handelsobjekt betrachtet wird, bedeutet jedoch nicht, daß es damit vom Verhandlungstisch genommen ist. Washington ist zu jeder Zeit bereit, dieses Thema mit den Sowjets zu diskutieren, allerdings lediglich im Zusam*menhang einer Wandlung von einer* offensiven zu einer defensiven Nuklearstrategie, wie sie Präsident Reagan seit einiger Zeit anstrebt. Eine Aufgabe dieses defensiven nuklearen Verteidigungssystems als Preis für eine Reduzierung sowjetischer nuklearer Offensivwaffen wird von der Reagan-Administration zumindest zu dieser Stunde nicht erwogen.

Weinberger wies zugleich auch Berichte der „New York Times" als spekulativ zurück, nach denen der globale Charakter des geplanten amerikanischen SDI-Raketenabwehrprogramms nicht mehr aufrecht erhalten werde und inzwischen darauf begrenzt worden sei, nur noch bestimmte Gebiete wie beispielsweise Raketenarsenale und Abschußrampen vor sowjetischen Nuklearangriffen zu schützen. Auch Reagan selbst erklärte: „Das SDI-Programm ist nicht dazu da, Raketen zu schützen, sondern Raketen zu vernichten."

Terroranschlag auf Rechenzentrum

AP, Frankfurt

Bei drei Sprengstoff- und Brandanschlägen in der Bundesrepublik Deutschland, die offensichtlich einen politischen Hintergrund haben, ist über Weihnachten ein Sachschaden von mehr als einer halben Million *Mark entstanden. Der schwerste An*schlag galt dem kommunalen Rechenzentrum in Reutlingen. Außerdem detonierte in Münster vor dem türkischen Generalkonsulat ein Sprengsatz. In der Nacht zum Mittwoch verübten Unbekannte einen Brandanschlag auf ein amerikanisches Zivilfahrzeug in Herzogenaurach in Mittelfranken.

In Reutlingen detonierte eine *„hochbrisante" Sprengladung. Es sei* nicht auszuschließen, daß der oder die Täter aus dem linksextremistischen Bereich stammten, erklärte die Polizei. Nach den Ermittlungen des Landeskriminalamtes in Stuttgart könnte die Tat ein Teil der angekündigten Gesamtstrategie der „Roten Armee Fraktion" (RAF) sein.

Prag verschärft die Kontrollen

DW. Prag

Ein großer Teil der etwa 50 „DDR"-Flüchtlinge in der Bonner Botschaft in Prag ist offenbar bereit, Anfang Januar in die „DDR" zurückzukehren. Ost-Berlin hatte zuvor erkennen lassen, daß die Zusicherung von Straffreiheit nicht unbegrenzt gelte. Seit Weihnachten halten sich zwei Bonner Ärzte und zwei Schwestern des Deutschen Roten Kreuzes in der Mission auf. Am Sonntag hatten die Behörden der CSSR die Kontrollen am Zaun der Mission verschärft. Offizielle Stellen begründeten die Maßnahme mit dem „aggressiven Journalismus" in der Bundesrepublik Deutschland. Während des Besuchs *von Außenminister* Genscher in Prag hätten „viele deutsche Journalisten mehr Interesse an den Flüchtlingen als an dem Minister-Besuch gezeigt" und sich am Zaun „aggressiv" verhalten. Die Polizei hat am Zaun eine Videokamera aufgestellt und erlaubt niemandem, mit den „DDR"-Flüchtlingen zu sprechen.

Dialog zwischen Kirche und Staat

DW. Prag

Die schwierigen Beziehungen zwischen Staat und Kirche in der Tschechoslowakei haben durch einen Briefwechsel zwischen dem Erzbischof von Prag, Kardinal Frantisek Tomasek, und Staats- und Parteichef Gustav Husak *einen positiven Impuls* erhalten. Tomasek versicherte Husak in einem Schreiben seine persönliche Unterstützung und die aller Gläubigen für dessen „Anstrengungen, ein glückliches Leben für alle Bürger des Landes in Frieden und Sicherheit zu erreichen". Husak antwortete dem Kardinal, daß er auch künftig die Religionsfreiheit anerkennen wolle.

Beobachter sind der Meinung, daß *der erst jetzt auszugsweise von* der amtlichen Nachrichtenagentur CTK veröffentlichte Briefwechsel ohne vergleichbare Parallele in der Geschichte ist. Die Beziehungen zwischen Staat und Kirche gelten aber immer noch als sehr schlecht: Viele Bischofssitze in der CSSR sind nach wie vor unbesetzt.

Papst mit Armen der Welt solidarisch

Weihnachtssegen galt Hungernden Afrikas und Opfern des Bombenanschlags in Italien

DW. Rom

In seinem in *46* Sprachen formulierten traditionellen Weihnachtssegen „Urbi et Orbi" hat Papst Johannes Paul II. vor 100 000 Pilgern auf dem Petersplatz seine „Solidarität mit allen Armen der heutigen Welt" bekundet. Viele Menschen litten nicht nur unter materieller Armut, sondern auch unter einer aus Verfolgung, Ungerechtigkeit und Gewalt entstandenen Armut, betonte der Papst, der die Weihnachtsbotschaft an die Katholiken in aller Welt von der Mittel-Loggia des Petersdomes aus verlas. Der Heilige Vater erwähnte insbesondere die Familien der Opfer des Bombenanschlags, der auf den Schnellzug *Neapel–Mailand* verübt worden war.

Der Papst äußerte seine Solidarität mit den Völkern Äthiopiens, Moçambiques und anderer Regionen Afrikas, die „durch die Geißel von Dürre und Hungersnot dahingerafft" werden; mit den Tausenden von Flüchtlingen, die gezwungen seien, außerhalb ihres Heimatlandes zu leben und „oft wie Christus ohne ein Dach über dem Kopf unter Bedingungen vegetieren, die menschenunwürdig sind"; *mit den Arbeitslosen in ihrem Warten* auf eine Beschäftigung, die es ihnen ermögliche, sich einen „gerechten Unterhalt" zu verschaffen und ihren „Beitrag zum Aufbau der Gesellschaft" zu leisten; mit allen Menschen, die „durch Krankheit, Alter oder Unglück den bitteren Kelch der Einsamkeit" kosten müßten.

Johannes Paul II. gedachte aller Witwen und Waisen, der Angehörigen jener, die ihren Einsatz für die Verkündigung des Evangeliums und für die Verwirklichung der Soziallehre der Kirche mit dem Leben bezahlt hätten; der Opfer von Entführungen, der „Familien, die an der moralischen Auflösung leiden, welche die menschenverachtende Konsumgesellschaft ihnen gebracht hat" und all derer, die „darum ringen, dem Sog der Drogen, der Gewalt und der verbrecherischen Banden zu entkommen".

Solidarität bekundete der Papst „mit allen, denen das Recht auf Freizügigkeit, auf persönliche Sicherheit, auf das Leben selbst vorenthalten wird; mit allen Opfer nationaler oder rassistischer *Diskriminierung; mit* allen, die ihre Meinung nicht frei aussprechen noch ihren religiösen Glauben frei bekennen und ausüben können; mit allen, die ihre berechtigte ideologische Abweichung von ihrem Regime mit gesellschaftlicher Ächtung oder sogar mit Gefängnis bezahlen müssen; mit allen Opfern psychologischer Gewalttechniken, welche die Menschenwürde in schändlicher Weise mißachten".

DER KOMMENTAR

Prager Weihnacht

HERBERT KREMP

Die Tragödie der deutschen Flüchtlinge in Prag nähert sich nicht dem Ende, sondern dem unvermeidlichen, kommunistischen Systemen vorgegebenen Höhepunkt. *Am Heiligen Abend* sucht Botschafter Klaus Meyer – „Bonns entnervter Missionschef", wie ein Hamburger Nachrichtenmagazin in immerwährender nationaler Solidarität anmerkt – die Quarantäne-Deutschen auf und entbot ihnen den Festgruß. Unter der schmelzenden Gewalt, die dem hohen Fest eigen ist, entschloß sich ein Teil der mehr als 50 Flüchtlinge zur Rückkehr in die umzäunte Heimat.

Damit hat die Bundesregierung Grund, einen Teil der Akten zu schließen und neujährlich aufzuatmen; denn so sehr sie sich auch bemüht, Deutschen, die der größeren Freiheit wegen das gelegentlich als biedermeierlich geschilderte „Nischenleben" im kommunistischen Regime zu opfern bereit sind, Beihilfe zur Ausreise zu leisten, so erkennbar unangenehm, ja peinlich sind ihr andererseits doch die unkonventionellen Wege, die seit einiger Zeit aus der Klaustrophobie gewählt werden. Bonn selbst kann nicht viel tun und empfiehlt daher den Bürgern, die es ganz anders tun *wollten, sich der Gnade* ihres Systems zu überantworten.

Für die Flüchtlinge liegt in dem mit allen Gesten der Weisheit vorgetragenen Rat allerdings nicht der geringste Trost; denn sie wissen ja, wohin sie zurückkomplimentiert werden und müssen sich als Opfer einer Diplomatie empfinden, die vielleicht eine bessere Welt verwaltet, nach einem einfachen, auf ein direktes Ziel gerichteten Denken aber die Räson „zwischenstaatliche Beziehungen" über das Ethos (oder Pathos) des Freiheitswillens stellt, der ja das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland darstellt. So wird zur Weihnacht Enttäuschung geboren.

Die Betrachtung gewinnt an Schärfe unter dem Eindruck, daß der im nun endenden Jahr oft genug als „Patriot" apostrophierte Erich Honecker dem Vernehmen nach die Zusage der Straffreiheit für die Rückkehrer nicht „unbegrenzt" gelten lassen will. Die *Flüchtlinge müssen sich also*, wieder daheim, nicht nur am Ende der langen Schlange der Ausreisewilligen anstellen, sondern sie müssen auch mit system-typischen Repressalien rechnen. Sie werden sozusagen dezimiert – zur Abschreckung anderer. Das wahre Gesicht des realen Sozialismus, das sich bei uns manchen Geistern verhüllt, zeigt das bleibende, messerscharfe Profil. Freiheit wird bestraft. Die Freiheit muß auf den letzten Platz.

Neofaschisten für Zuganschlag verantwortlich?

DW. Rom

Drei Tage nach dem grauenerregenden Zuganschlag in dem Apennin-Tunnel Val di Sambro zwischen Florenz und Bologna mit 15 Toten und über 100 Verletzten – darunter drei Deutsche – hatte die italienische Polizei gestern noch keine heiße Spur zu den Bombenlegern. Der stärkste Verdacht richtete sich gegen neofaschistische Gruppen, deren Terroraktionen in den vergangenen 15 Jahren in Italien 135 Menschen zum Opfer gefallen sind. Internationale Verflechtungen wurden nicht ausgeschlossen. Hingegen schienen die Ermittlungsbeamten der Möglichkeit eines linksextremistischen Täterkreises kaum Bedeutung beizumessen.

Einig sind sich bisher alle Spezialisten darin, daß die Zug-Attentäter „Profis ersten Ranges" waren. Der benutzte Sprengstoff war wahrscheinlich das „T4" (Trimethylen-Trinitroamin), dessen Sprengkraft anderthalbmal so groß wie die Sprengkraft des TNT ist.

Die Fünf-Kilo-Bombe wurde wahrscheinlich in Florenz in einem Koffer auf einem Klappsitz im Gang des *neunten Waggons hinterlegt*, 45 Minuten vor der Explosion. Das Uhrwerk war offenbar so eingestellt, daß die Bombe in der Mitte des nahezu 19 Kilometer langen Tunnels explodieren sollte. Hätte der Expreß nicht zwei Minuten Verspätung gehabt, wäre die Opferbilanz noch wesentlich größer gewesen, da er sich dann zum Zeitpunkt der Explosion mit einem entgegenkommenden Zug gekreuzt hätte.

Seite 3: Man schämt sich

Trauerfeier für Ustinow ohne Tschernenko

DW. Moskau

Für die Abwesenheit des sowjetischen Staats- und Parteichefs Konstantin Tschernenko (73) bei der Trauerfeier für den im Alter von 76 Jahren gestorbenen Verteidigungsminister Marschall Dimitrij Ustinow hat es bisher keine offizielle Erklärung gegeben. Westliche Diplomaten nannten als möglichen Grund die in Moskau herrschende Kälte von 22 Grad unter Null. Tschernenko, der beim Verlesen von Reden offensichtlich unter Atemnot leidet, dürfte wahrscheinlich wegen seines Gesundheitszustandes der Trauerfeier im Freien ferngeblieben sein. Er leidet angeblich an einem Lungen-Emphysem (krankhafte Ansammlung von Luft in den Lungen).

Die Urne mit der Asche Ustinows war in einem langen Trauerzug auf einer von einem Schützenpanzer gezogenen Lafette zum Lenin-Mausoleum auf dem Roten Platz gefahren worden, wo sie in der Kreml-Mauer beigesetzt wurde. Auf dem Mausoleum hatten außer Tschernenko und dem ukrainischen Parteichef Wladimir Schtscherbizki alle übrigen neun Politbüro-Mitglieder Aufstellung genommen. Bei der Trauerfeier sprach der Vorsitzende der Beisetzungskommission, das Politbüro-Mitglied Grigorij Romanow (61). Er wird als Konkurrent Michail Gorbatschows für die Nachfolge Tschernenkos betrachtet. Zugleich gilt Romanow als der für die Rüstungsindustrie zuständige Sowjet-Führer, dem die „Oberaufsicht" über den neuen Verteidigungsminister Marschall Sergej Sokolow (73) zufällt.

Diskrete Kontakte zwischen Kirche und Staat in Managua

Gemeinsame Kommission soll den Dialog fortsetzen

DW. Managua

Die sandinistische Regierung und die Katholische Kirche Nicaraguas haben an Weihnachten überraschend Gespräche über eine mögliche Minderung ihrer tiefgreifenden Meinungsverschiedenheiten *aufgenommen*. Über zwei Stunden lang diskutierten in Managua der gewählte Staatspräsident Daniel Ortega und sechs Vertreter der nationalen Bischofskonferenz, darunter der regimekritische Erzbischof von Managua, Miguel Obando y Bravo, und der ebenfalls stark antisandinistisch eingestellte Vorsitzende der Bischofskonferenz, Pablo Antonio Vega. An den Gesprächen nahmen außerdem der apostolische Nuntius, Andrea Cordere Di Montezemolo, teil.

Anschließend hieß es in einem Regierungskommuniqué, das Treffen sei die „Fortsetzung des Dialogs" gewesen, den beide Seiten schon im vergangenen September im Vatikan begonnen hätten. Nach den Schlichtungsversuchen in Rom hatten sich die Beziehungen zwischen den Sandi*nisten und den Bischöfen jedoch* weiter verschärft. Dies wurde Anfang *dieses Monats durch den Ausschluß* von Erziehungsminister Fernando Cardenal aus dem Jesuitenorden besonders deutlich. Jetzt soll eine gemeinsame Kommission nach dem 10. Januar den Dialog zwischen Kirche und Staat fortführen.

Der Graben zwischen der Kirchenführung und der Regierung hatte sich in den vergangenen Tagen weiter vertieft. „Weder Gewalt noch Haß und Brutalität können uns den Frieden geben, den wir brauchen", hatte Erzbischof Obando y Bravo in seiner Weihnachts- und Neujahrsbotschaft betont. Der Prälat hatte erneut zur *„nationalen Versöhnung" aufge*fordert, womit direkte Verhandlungen zwischen der Regierung und den von den USA unterstützten „Contras" gemeint waren. Die Haltung Obandos entsprach damit nicht den Wünschen jener, die sich für einen Dialog zwischen Kirche und Sandinisten ausgesprochen hatten und wie Weihbischof Pablo Smith forderten, daß die Kirche Stellung zugunsten der Sandini*sten beziehe*.

F

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Bischof und Illusion

Von Enno v. Loewenstern

Frösteln läßt einen der kühle Ton, in dem der einflußreiche Alt-Bischof von Magdeburg, Werner Krusche, den „Egoismus“ der Flüchtlinge in der Prager Botschaft ebenso verdammte wie die „Pflichtrhetorik“ derjenigen in der Bundesrepublik, die von der Wiedervereinigung sprechen. Die Wiedervereinigung sei eine „Illusion“, sagte Krusche weiter, da keine der Großmächte die deutschen Staaten aus den Paktsystemen entlassen würden, und das Bestehen auf einer deutschen Staatsbürgerschaft nähre auch nur Illusionen.

Was weiß dieser Bischof von der Not der Menschen drüben, die alles aufgeben und das Risiko mindestens jahrelanger Arbeitslosigkeit und Diskriminierung, wenn nicht schwerer Strafen auf sich nehmen, daß er sie so herzlos beleidigt? Daß er geradezu ihre Nachbarn gegen sie aufhetzt? Der Deutschlandfunk, über dessen Kanal er sprach, ist nach drüben gerichtet. Dort hörten sie eine Sprache ihres Alt-Bischofs, die sich kaum von der Sprache der Machthaber unterscheidet.

Was weiß der Bischof von den Menschen hier, die sich für die Freiheit ihrer unterdrückten Mitbürger einsetzen? Er mag ja an ein neues Tausendjähriges Reich glauben und die Freiheit für eine Illusion halten. Aber wie kommt der Bischof dazu, den Andersdenkenden Unehrlichkeit („Pflicht“-Rhetorik) zu unterstellen?

Es gab zu Weihnachten freilich auch eine andere Botschaft an die Menschen hier und drüben: „Ist nicht auch derjenige Mensch arm, der totalitären Regimen unterworfen ist, Regimen, die ihn der fundamentalen Freiheit berauben, in der sich seine Würde als verantwortungsbewußte und intelligente Person ausdrückt? ... Es gibt nicht nur Armut, die den Körper trifft, es gibt auch noch eine andere, weit tückischere, die das Gewissen trifft, indem sie das innerste Heiligtum der persönlichen Würde verletzt.“

Das war die Botschaft des Papstes. Er stammt, wie Krusche, aus dem Bereich der totalitären Regimes. Hält Krusche seine Worte auch für Pflichtrhetorik? Andere, gerade in jenem Gebiet, haben sie dankbar als die Worte eines guten Hirten aufgenommen, der Hoffnung gibt, anstatt sie zu zerstören.

Heilung für die Medizin

Von Hanna Gieskes

Der Bundessozialminister schreckt auch vor unangenehmen Wahrheiten nicht zurück: Jetzt hat er den Ärzten signalisiert, daß sie in Zukunft mit niedrigeren Einkommen rechnen müssen. In der Marktwirtschaft regeln Angebot und Nachfrage den Preis. Das muß und soll auch für die Arzthonorare gelten, wenngleich der Minister anerkennt, daß Ärzte „ihren Beruf vordringlich als Praxis der Nächstenliebe“ betrachten.

Dabei spricht Norbert Blüm lediglich aus, was der Markt längst vorweggenommen hat. Die materielle Ausstrahlungskraft des Arztberufs war über Jahre hinweg so groß, daß nun per „Ärzteschwemme“ der Ausgleich zwangsläufig kommen muß. Sicher mag manchen jungen Mediziner die Aussicht erschrecken, daß er vielleicht „nur“ noch das Leben eines normalen Mittelklasse-Akademikers wird führen können. Doch so groß wird, weil es ja alle insgeheim schon wußten, der Schock nicht sein.

Die Marktwirtschaft, die der Minister auch für die Ärzte zu Recht fordert, würde er indes bei den Medikamenten noch weiter abbauen: Durch eine „Transparenzliste“, eine Aufstellung „medizinisch sinnvoller und kostengünstiger Medikamente“. So notwendig Kostendämpfung im Gesundheitswesen ist – dieser Weg könnte sich am Ende rächen.

Erstens reagiert jeder Patient auf jedes Medikament individuell und damit unterschiedlich; was dem einen bekommt, könnte dem anderen schaden. Hier ist eine Verschlechterung in der Versorgung denkbar.

Zweitens könnten die Pharma-Hersteller versucht sein, eine solche Liste zu unterlaufen, so, wie sie teilweise auch die „Negativliste“ der Bagatell-Arzneien unterlaufen haben. Sie brauchten sich nur einig zu sein, daß für die jeweiligen Medikamente eine bestimmte Bandbreite bei den Preisen eingehalten wird. Da die Zahl der Hersteller überschaubar ist, bedarf es dazu nicht einmal einer verbotenen Absprache: Der Marktführer muß nur seinen Preis „vorgeben“, und alle anderen werden ihm folgen. Die Transparenz-Liste allein also kann nicht genügen; Blüm muß sich begleitende Maßnahmen einfallen lassen.

Vernunft siegt in Ecuador

Von Günter Friedländer

Ecuadors Präsident Leon Febres Cordero teilt trotz seines klaren Sieges an den Urnen seit seinem Amtsantritt im August das Schicksal anderer Präsidenten lateinamerikanischer Länder: Er muß mit einem Parlament regieren, in dem die Opposition eine zwar nur kleine Mehrheit hat, aber nicht anerkennen will, daß der Präsident vom Volk ein klares Mandat erhielt. Das Parlament sucht ihn an der Ausübung seines Regierungsplans zu hindern.

Der Konflikt erreichte im Oktober einen Höhepunkt, als das Parlament während seiner jedes Jahr nur zwei Monate dauernden ordentlichen Plenarsitzung einen neuen Obersten Gerichtshof wählte, der im Gegensatz zu dem seit 1979 amtierenden Hof dem Präsidenten feindlich gesonnen war. Der verärgerte Febres Cordero bezeichnete die Wahl als verfassungswidrig und nichtig. Ecuador hatte nun zwei Oberste Gerichtshöfe.

Das Parlament beschuldigt den Präsidenten, alle Staatsgewalten kontrollieren zu wollen, um eine „Zivildiktatur“ zu errichten. Das ist eine Anspielung auf die Diktaturen Velasco Ibarras, der nach dem Zweiten Weltkrieg lange Ecuadors Politik beherrschte. Die respektierte Zeitung „El Comercio“ hingegen spricht davon, daß das Parlament die Regierung sabotiere.

Nicht wenige fürchteten, die Zuspitzung des Konfliktes könne dem Heer abermals Gelegenheit zu einem Staatsstreich geben. Das würde den demokratischen Prozeß erneut unterbrechen, der erst 1979 wieder begann, als das Heer in die Kasernen zurückkehrte und Wahlen ermöglichte.

Aber schließlich siegte die Vernunft, und man kam zu einem Ausgleich: Das neue Oberste Gericht trat nach 75 Tagen zurück, und der alte Hof folgte dem Beispiel, während Febres Cordero sich erneut zum Prinzip der Gewaltenteilung bekannte. Der Weg zur Neuwahl eines von allen anerkannten Obersten Gerichtshofes wurde damit frei.

Präsident und Parlament können sich nun ihrer Hauptaufgabe zuwenden, Ecuador aus seiner Wirtschaftskrise herauszuführen. Zu dem Kompromiß mag beigetragen haben, daß der Papst Ende Januar Ecuador besuchen wird und das Land sich dann von seiner besten Seite zeigen will.



Jubiläum mit Feuerwerk KLAUS BÖHLE

Fünf Jahre und kein Ende

Von Carl Gustaf Ströhm

Fünf Jahre sind vergangen, seit die Sowjetunion militärisch in Afghanistan eingriff, um dort eine unfolgsame kommunistische Führungsgarnitur blutig abzusetzen und einer genehmen Gruppe um Babrak Karmal zur Macht zu verhelfen. Seit fünf Jahren führen mehr als achtzigtausend sowjetische Soldaten Krieg gegen den afghanischen Widerstand. Bedenkt man, daß der Zweite Weltkrieg nach sechs Jahren zu Ende war und der Erste vier Jahre dauerte, wird einem die Dimension des afghanischen Abenteuers der sowjetischen Streitkräfte erst richtig bewußt.

Man hat das sowjetische Engagement in Afghanistan oft mit dem Vietnamkrieg der Amerikaner verglichen und daraus entsprechend pessimistische Schlüsse für die Russen gezogen. Aber der Vergleich stimmt nur halb. Die Amerikaner führten ihren Kampf um Saigon in voller Öffentlichkeit – und die Schreckensszenen, die Tag für Tag auf den Fernsehschirmen der westlichen Welt auftauchten, trugen nicht wenig dazu bei, daß die Position Washingtons in diesem südostasiatischen Land unhaltbar wurde. Vom Afghanistan-Krieg der Russen gibt es dagegen keine Bilder. Zur Abschreckung ließen die Sowjets den französischen Journalisten Abouchar, der mit den Widerstandskämpfern ins Land eingedrungen war, drakonisch verurteilen. Erst nach energischen Interventionen der Franzosen kam der Reporter wieder frei. Auch so läßt sich Öffentlichkeitsarbeit betreiben.

Die Rechnung der sowjetischen Führung ist klar: Mit der Zeit werde sich die Weltöffentlichkeit an die sowjetische Präsenz in diesem einst blockfreien Lande gewöhnen. Wenn es gelingt, die Regierung Karmal halbwegs in Kabul und entlang der wichtigsten Verkehrsadern an der Macht zu halten, werde der zersplitterte Widerstand im Gebirge mit der Zeit schon austrocknen. Die Sowjets gehen dabei nach jenen Methoden vor, die sie bereits bei früheren Okkupationen und Annexionen angewandt haben. Jene Teile des Landes, die nicht auf Anhieb zu beherrschen sind, werden mit Luftangriffen oder durch Strafexpeditionen terrorisiert. Gebirgsdörfer, die auch nur in den Verdacht geraten, den Partisanen Unterschlupf zu bieten, werden dem Erdboden gleichgemacht. Auch die Millionenzahl der Flüchtlinge ist den Sowjets ganz recht. Es flüchten meist jene vor der „Befreiung“ duch die Sowjetarmee, die als „Klassenfeinde“ oder „Nationalisten“ ohnedies nur Schwierigkeiten machen würden.

Das geschichtliche Beispiel und Vorbild für eine sowjetische Afghanistan-Lösung findet sich in der jüngeren Vergangenheit. In Zentralasien – dem einstigen Turkestan – gab es gleich nach der Oktoberrevolution 1917 eine nationale und religiöse Unabhängigkeitsbewegung. Es dauerte von 1920 bis etwa 1932, bevor es Moskau gelang, den zentralasiatischen Widerstandskampf niederzuringen. Den sowjetischen Militärs schwebt offenbar vor, mit den afghanischen Mudschahedins ebenso aufzuräumen wie seinerzeit mit den zentralasiatischen „Basmatschi“ – den turkmenischen Widerstandskämpfern im heute sowjetischen Gebiet.

Und es ist nicht einmal auszuschließen, daß Afghanistan eines Tages als Sowjetrepublik in den Verband der UdSSR eingegliedert wird.

Denn bei näherer Betrachtung müssen sich die Sowjets eingestehen, daß die Zeit trotz aller bestechenden historischen Parallelen doch nicht unbedingt für sie arbeitet. Gewiß – die Sowjets können auf zivilisatorische Leistungen in den Afghanistan benachbarten zentralasiatischen Sowjetrepubliken verweisen. Aber das interessiert die Afghanen wenig, und ein bisheriger Vorteil der Sowjets – nämlich die unmittelbare Nähe des afghanischen Kriegsschauplatzes zum eigenen sowjetischen Territorium – ist ein zweischneidiges Schwert. Die Sowjetarmee kann ihre asiatischen, ihre usbekischen, tadschikischen, kasachischen und turkmenischen Rekruten aus Sicherheitsgründen kaum gegen die afghanischen Mudschahedins einsetzen. Hier könnte es zu „Verbrüderungsaktionen“ kommen. Folglich müssen die Russen die Hauptlast des Kampfes – und der blutigen Verluste – tragen.

Das aber kann beträchtliche psychologische Auswirkungen haben. Es gibt Tausende von russischen Familien, die einen Sohn in Afghanistan verloren haben. Diesmal aber geht es nicht um den Kampf gegen eine Armee, die Moskau erobern will. Zwar hört man in der UdSSR Stimmen, die etwa sagen: Besser, wir haben das Land, als daß es die anderen bekommen; insofern wirkt die amtliche Propaganda noch. Auf die Dauer aber kann Afghanistan zu einem Faktor der Demoralisierung in den sowjetischen Streitkräften und in der Sowjetgesellschaft werden.

Denn militärische Fortschritte haben die Sowjets in all den Jahren nicht gemacht; sie verwüsten, aber sie gewinnen nicht dazu. Und jenseits der ärmlichen afghanischen Bergdörfer wiederum erhebt sich ein Gespenst, dem die Sowjets nur mit größtem Unbehagen entgegenblicken können: Die Wiedergeburt eines fundamentalistischen, antieuropäischen (und damit auch anti-russischen) Islam. Die Sowjetunion aber ist ein gemischtes Land von Europäern (Russen, Ukrainern usw.) und Asiaten; von den letzteren sind die meisten Moslems. Während sich die sowjetischen Moslems rasch vermehren, geht die russische Geburtenrate immer weiter zurück. In wenigen Jahren, so haben Statistiker berechnet, werde die Mehrheit der Sowjetbevölkerung nicht mehr aus Russen, sondern aus Asiaten und Mohammedanern bestehen. Auch das, nicht nur die vermehrt in Mudschahedin-Händen auftauchenden Raketen, muß der Sowjetführung Grund zum Nachdenken geben.



Als letztes Mittel die Annexion? Sowjet-Hubschrauber über Kabul FOTO: AP

IM GESPRÄCH Mifsud Bonnici

Schwärmer auf dem Felsen

Von Friedrich Meichsner

Als ehrlicher Idealist, als aufrechter Anwalt der Arbeiter, als Mann aber auch, der in seiner Überzeugungstreue unfähig ist, Kompromisse zu schließen – so wird Maltas neuer Premierminister Carmelo Mifsud Bonnici von seinem eigenen Bruder charakterisiert. In seinem sozialmissionarischen Eifer sei ihm offenbar die Illiberalität des von ihm vertretenen Regimes völlig entgangen, das sich immer mehr den Ostblockvorbildern angleiche. „Ich weiß nicht, was in ihn gefahren ist, aber er hält sich für den lieben Gott.“ Das Urteil stammt von einem Fachmann auf diesem Gebiet: Der Bruder ist Priester. Er trägt ebenso die Soutane wie der Bruder von Mifsud Bonnicis Vorgänger Dom Mintoff.



Noch dogmatischer als Mintoff: Mifsud Bonnici FOTO: AP

Der neue Herr über den Inselstaat im Mittelmeer ist über die christlich-soziale Bewegung zur Labour Party gestoßen. Sein Jugendleitbild war eher der Heilige Franz von Assisi als Karl Marx. Der asketische Grundzug ist dem 51jährigen geblieben. Er ist nicht verheiratet, hat keine Freundschaften, lebt mit seinem priesterlichen Bruder und einer Schwester zusammen. Die kurzen Borsten seines graumelierten Haares und seine eher vernachlässigte als elegante Kleidung scheinen eine Weltanschauung zur Schau zu tragen. Er wirkt äußerlich noch immer wie ein Franziskaner in Zivil. Im Inneren jedoch scheint, wie nicht nur seine politischen Gegner auf Malta meinen, ein fanatischer Geist à la Robespierre die Oberhand gewonnen zu haben.

Mifsud Bonnici war es, der als Erziehungsminister und bereits designierter Mintoff-Nachfolger den „Kulturkampf“ auf Malta plante, inszenierte und mit einer Generalkampagne gegen die katholischen Schulen auf den Höhepunkt trieb. Er war es, der an einem Spätsommerabend dieses Jahres das Rollkommando der Labour Party anführte, das unter den Augen der untätigen Polizei das erzbischöfliche Palais stürmte. Weit mehr noch als sein levantinisch-gewiefter Vorgänger Dom Mintoff erwarb er sich damit den Ruf eines radikalrevolutionären Hitzkopfes, der das starre Dogma der Gleichheit über die der mediterranen Gesellschaft im allgemeinen zugrunde liegende Verhaltensregel des menschlichen Sich-Arrangierens stellt.

Gemeinsam mit dem maltesischen Außenminister Sceberras Trigona profilierte sich Mifsud Bonnici in den vergangenen Monaten auch als einer der entschiedensten Verfechter der außenpolitischen Annäherung an Libyen und an den Ostblock. In diesem Bereich scheint er ebenfalls nichts von Kompromissen zu halten. Als sich der italienische Ministerpräsident Bentino Craxi Mitte Dezember unter Berufung auf die italienisch-maltesische Neutralitätsabmachung um eine klärende Aussprache mit dem damals noch amtierenden Premier Mintoff bemühte und dieser in sein angeblich telefonloses Haus am Meer auswich, ließ der dogmatische Noch-Kronprinz in der Sprache eines obersten Weltenrichters die italienische Presse wissen: „Craxis Zeit ist abgelaufen.“

Der Sozialist in Rom wird trotzdem wohl das Gespräch mit La Valletta weiter suchen. Schließlich ist er ja ein Sozialist anderer Prägung als sein neuer Partner aus Malta und hält sich bestimmt nicht, wie angeblich dieser, für den lieben Gott.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

BERLINER MORGENPOST

Zur Situation in der „DDR“ bemerkt die Zeitung:

Unbeeindruckt von Weihnachten verschärft das SED-Regime den Druck auf „DDR“-Bürger, die über westliche Botschaften ihre Ausreise erzwingen wollen. Ihnen wird angedroht, daß sie in der „DDR“ nicht mehr mit der bisher zugesicherten Straffreiheit rechnen können. Und die Bundesregierung wird zur Vertreibung der „DDR“-Bürger aus der deutschen Botschaft in Prag aufgefordert. Schade, daß Altbischof Krusche inmitten der deutschen Nöte nichts anderes einfällt, als um mehr Freundlichkeit für das SED-Regime zu bitten.

NÜRNBERGER ZEITUNG

Sie meint zur Situation auf dem Arbeitsmarkt:

Nun hat sich auch der Vorsitzende der Bischofskonferenz, Kardinal Höffner, in die Reihen der „Arbeitsplatzverteiler“ gestellt. Fünf Stunden sollen die in Arbeit Stehenden den Arbeitslosen bei vollem Lohnverzicht zur Verfügung stellen. Da wird der studierte Volkswirt sicher den Beifall der Gewerkschaften einheimsen dürfen. Doch real ist der Vorschlag nicht, denn Arbeit läßt sich nicht mathematisch verteilen. Ebenso wie die Gewerkschaften in dieser Frage schief liegen, ist auch der Vorschlag des Kardinals, der sicher seiner priesterlichen Seelsorge entspricht, den Menschen auch materiell zu helfen, nicht zu verwirklichen. Zwischen Praxis und Theorie besteht nun einmal ein Unterschied.

BADISCHE ZEITUNG

Das Freiburger Blatt kommentiert Andreottis Polen-Besuch:

Wie merkwürdig: Dem italienischen Außenminister Andreotti war jetzt bei seinem Besuch in Warschau alles das möglich, was Ende November Bundesaußenminister Genscher verwehrt wurde. Der Mann aus Rom konnte führende Oppositionspolitiker aus den Reihen der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität“ zum offiziellen Empfang laden und mit ihnen sprechen. Er konnte auch das Grab des ermordeten regimekritischen Priesters Popieluszko besuchen.

LE FIGARO

Die Pariser Zeitung schreibt zum Terroranschlag in Italien:

Den Demokratien gereicht zur Ehre, daß sie Minderheiten nicht unterdrücken. Das Ende der Demokratien ist aber nahe, wenn sie nicht auf den Terrorismus von Minderheiten zu antworten wissen. Die Tragödie des Zuges Neapel–Mailand erinnert nach vielen anderen an diese Größenordnung des Problems. Was soll man von einem Grundsatz halten, der ein noch so schreckliches Verbrechen zur Hälfte schuldfrei spricht, wenn es ... politisch begründet wird, selbst wenn die Gesellschaft zerstört wird?

Die algerische Tragödie, im Pazifik neu aufgelegt

Mitterrand: Die Zeit drängt, aber die Opposition warnt / Von August Graf Kageneck

Mit einer Unausweichlichkeit, die wie innere Gesetzmäßigkeit aussieht, steuert Frankreich auf eine neue Krise der Entkolonisierung zu. Was vor drei Jahrzehnten als „Algerienkrieg“ sieben Jahre lang das Land vergiftete, scheint sich nun in Neu-Kaledonien am anderen Ende des Globus, zwanzigtausend Kilometer vom Mutterland entfernt, zu wiederholen.

Mit dem Ende des Algerienkrieges hat Frankreich faktisch nicht das Ende seiner Kolonial-Epoche herbeigeführt, denn es besitzt immer noch Reste seines einst immensen Kolonialreichs, die es entweder in Form von „Übersee-Departements“ (DOM) in seinen Staatsverband eingebunden, teils als „Übersee-Territorien“ (TOM) mit dem Mutterland assoziiert hat. In den fünf Departements und den vier Territorien rund um den Globus aber brodelt es. In Neu-Kaledonien herrscht Kriegszustand. Hier gerät der erste Stein ins Wanken, der die ganze Domino-Reihe zum Einsturz bringen kann.

Das Szenario ist immer dasselbe. Frankreich sieht sich plötzlich mit einer militanten Minderheit konfrontiert, die den oft mehr als hundert Jahre dauernden Zustand eines semi-kolonisierten Volkes nicht mehr ertragen zu können glaubt. Denn dieser Zustand herrscht in jedem der neun Territorien oder Departements, auch wenn nach französischem missionarischem Selbstverständnis die jeweilige Urbevölkerung sich glücklich schätzen müßte, an den Wohltaten französischer Sprache, Kultur und Zivilisation Anteil haben und vom Pariser Füllhorn profitieren zu können.

In der Tat hat Frankreich seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges viel zur materiellen Verbesserung der Bevölkerung getan und in allen Gebieten eine dezentralisierte, nahezu autonome Selbstverwaltung eingeführt, die den Ureinwohnern ein Mitspracherecht sichert. Abgeordnete und Senatoren aller dieser Gebiete sitzen im Pariser Parlament, Menschen aller Rassen sind für Frankreichs europäische und koloniale Kriege gestorben; es gibt selbst da, wo die europäischen Siedler das Wirtschaftsleben majorisieren, einen Bodensatz von Ureinwohnern, die aus sentimentalen oder materiellen Gründen bei Frankreich bleiben wollen.

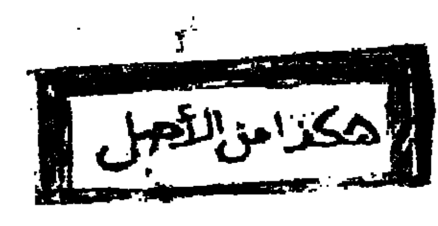
Aber es gibt, sich immer deutlicher artikulierend und zweifellos geschürt von ausländischen Interessenten, eine radikale Minderheit, die zur Unabhängigkeit drängt. Es gibt sie in der Karibik, im Pazifik und im Indischen Ozean, überall da, wo noch die Trikolore weht, die diesem oder jenem – in Moskau, in Tripolis, in Kuba – ein Dorn im Auge ist.

Und wie am Ende der fünfziger Jahre steht de Gaulles dritter Nachfolger François Mitterrand heute in Neu-Kaledonien vor der Frage, ob er die Forderung dieser Minderheit überhören oder anhören soll, ob er den Besitz mit allen, auch militärischen Mitteln erhalten oder dem Volk und der Wirtschaft einen teuren Kolonialkrieg ersparen soll. Er muß, im Falle Neu-Kaledoniens, die Interessen von etwa siebzigtausend französischen Siedlern, unter ihnen zehntausend „Schwarzfüße“ aus dem ehemaligen französischen Algerien, gegen das strategische, politische und wirtschaftliche Interesse Frankreichs abwägen.

Die Zeit drängt in Neu-Kaledonien. Schon ist jener verhängnisvolle Zustand eingetreten, in dem die beiden Bevölkerungsteile sich in ihre jeweiligen befestigten Stellungen zurückgezogen haben und jeder Augenblick die Explosion bringen kann. Gegner und Anhänger der Unabhängigkeit stehen sich mit dem Finger am Abzug der Flinte hinter Barrikaden gegenüber, und dazwischen weiß eine aus dem Mutterland herbeigeflogene Gendarmerie nicht immer, gegen wen sie als ersten vorgehen soll. Eine klare Entscheidung der Staatsführung kann nicht mehr lange auf sich warten lassen.

Mitterrand möchte ohne Zweifel schnell handeln, aber ihm sind durch eine höchst wachsame Opposition die Hände gebunden. Diese hat ihm schon in einer spektakulären Demarche, angeführt vom ehemaligen Präsidenten Giscard d'Estaing und sechs ehemaligen Premierministern, einen Warnschuß vor den Bug gegeben. Sie verdächtigen den Staatschef nicht ganz zu Unrecht, innerlich zur „nationalen und sozialistischen kanakischen Befreiungsfront“ zu neigen, die als Speerspitze der Independisten fungiert.

Mitterrand steht unter einem Trauma: Als Überseeminister der 4. Republik fällte er zu Beginn des Algerienkrieges 1954 die Entscheidung für die militärische Niederschlagung des Aufstandes der algerischen Befreiungsfront. Er wird das als Präsident nicht noch einmal tun wollen. Und er ist als Sozialist und engagierter Verkünder der „sozialen Gerechtigkeit für die Völker der Dritten Welt“ seinem Wort verpflichtet. Hiergegen aber wird die Opposition erbittert Front machen. Ein neuer, nicht programmierter Konflikt steht dem Land und seinem Präsidenten ins Haus. Er kann die französische innenpolitische Szene entscheidend verändern.







Technisch hat Arbed die Nase vorn

Noch ist Arbed Saarstahl nicht vollends über den Berg. Aber der eingeschlagene – für die Belegschaft schmerzliche – Weg geht in die richtige Richtung. Im Stranggießverfahren bei der Rohstahlproduktion haben die Hütten an der Saar die Nase weltweit vorn.

Von JOACHIM WEBER

Seit dem 1. Dezember kann sich die Arbed Saarstahl GmbH in Völklingen zur technischen Avantgarde ihrer Branche zählen: Gut 97 Prozent ihrer gesamten Rohstahlproduktion werden seither im Stranggießverfahren abgegossen, eine Technik, die in der Stahlindustrie weltweit als „state of the art" angesehen wird. Der Unterschied zum herkömmlichen Blockguß in einzelne Formen (Kokillen) besteht vor allem darin, daß jetzt im kontinuierlichen Betrieb eine „Endlos-Wurst" aus Stahl produziert wird.

Wie weit die Saarhütten ihre Nase bei der Modernisierung vorne haben, zeigt der internationale Vergleich, allerdings mit Zahlen von 1983 – neuere gibt es noch nicht. Nur die Japaner waren danach mit einem Strangguß-Anteil von 86 Prozent ähnlich weit, die Franzosen lagen mit 64 Prozent deutlich zurück, und die USA wiesen mit 31 Prozent in dieser Branche einen enormen Rückstand aus. Selbst die inländische Konkurrenz kam im Schnitt erst auf 72 Prozent.

Bei einem solchem Vergleich geht es *allerdings weniger* ums Prestige – dafür hätte die Arbed gewiß kein Geld übrig – als um knallharte Konkurrenzfähigkeit. Weil der Stahlstrang sich für jedes Walzprodukt viel einfacher und genauer „portionieren" läßt als der Blockstahl, gibt es weniger Abfall, und das bedeutet eine Rohstahlersparnis von rund zehn Prozent.

Zudem muß der Strang nicht wie der Block zunächst erst in eine längliche Grundform gebracht werden, so daß ein bis zwei Walzgänge und auch Aufwärmvorgänge wegfallen. Das bedeutet eine beachtliche Energieeinsparung. Daß alles in allem die Tonne Stahl je nach Qualität um 50 *bis 100 Mark billiger herzustellen ist,* läßt Manager-Augen leuchten – wenn der Strangguß im eigenen Haus eingesetzt wird.

Der hohe Anteil dieses Verfahrens *ist nur ein, wenn auch wichtiges,* Indiz dafür, daß sich bei Arbed Saarstahl in den Jahren seit 1978 (als der Luxemburger Arbed-Konzern die Stahlwerke Röchling-Burbach und das Neunkircher Eisenwerk voll übernommen hatte) entgegen aller Unkerei einiges getan hat.

Wenn 1985 ein neuer Kapitän – mit großer Wahrscheinlichkeit der langjährige Flick- und Korf-Manager Wolfgang Bernhardt – das Kommando in Völklingen übernimmt, dann ist sein Schiff tatsächlich schon weitgehend aufgetakelt.

Immerhin ist es seinem Vorgänger Jürgen Krackow gelungen, aus drei eigenständigen Stahlwerken, in Völklingen, Burbach und Neunkirchen, die jedes für sich alles vom Roheisen bis zum fertigen Walzprodukt selbst produzierten, ein einziges Unternehmen mit klarer Aufgabenverteilung zu machen. Um dieses Ziel zu erreichen, *war einiges zu bewegen.*

Welche Anstrengungen nötig waren und welche (auch regionalpolitisch) bitteren Pillen zu schlucken waren, lassen die nackten Zahlen kaum ahnen.

Standen vor der Restrukturierung an den drei Standorten noch 13 Koksbatterien (sogar damit versorgte sich jeder selbst), 14 Hochöfen, 13 Thomas- oder Sauerstoffblas-Konverter, 2 LD-Konverter, 9 Siemens-Martin-Öfen, 3 Elektro-Öfen (von der Thomasbirne bis zum Elektroofen verschiedene Verfahren zur Umwandlung von Roheisen in Stahl) und 21 Walzwerke, so werden es 1986 nach dem endgültigen Abschluß nur noch *3 LD-Konverter, 2 Elektro-Öfen und* 7 Walzstraßen sein.

Stahl wird dann nur noch in Völklingen gekocht und auf vier Straßen gewalzt, in Burbach (eine Straße) und *Neunkirchen (zwei Straßen)* arbeiten nur noch die Walzwerke. Koks und Roheisen werden dann gar nicht mehr im eigenen Programm geführt, sie sollen ab 1986 gemeinsam mit den Dillinger Hüttenwerken am Standort Dillingen produziert werden, die dann das Roheisen nach Burbach liefert. Bis dahin werden in Völklingen noch sechs eigene Hochöfen betrieben, die von vier Kokereien „gefüttert" werden.

Neben der Restrukturierung, die schon 1978 längst überfällig gewesen war, galt es auch noch die Marktentwicklung zu bewältigen. Die immer noch nicht ausgestandene Stahlkrise – entstanden aus den Zutaten „schrumpfender Markt" und „wachsende Kokurrenz aus Billigländern" – schlägt sich auch in der Arbed-Kapazitätsplanung nieder: Bis 1986 wird die Rohstahlkapazität um knapp 39 Prozent auf 310 000 Monatstonnen und die Walzstahlkapazität um 29 Prozent auf 284 000 Monatstonnen abgebaut worden sein.

All das konnte an der Belegschaftsstärke nicht spurlos vorübergehen. Von den einst fast 29 500 Mitarbeitern werden 1986 noch 12 100 übrig sein, ganze 41 Prozent. Mit derzeit 14 450 Mitarbeitern liegt der Personalabbau voll im Plan.

Allein die Sozialpläne, die damit im Zusammenhang stehen, werden bis 1995 – so weit reichen die Verpflichtungen gegenüber den vorzeitig Pensionierten – runde 600 Millionen Mark gekostet haben. Für die Betroffenen wie auch fürs Saarland ist das freilich kaum ein Trost.

Doch die Alternative zu der Radikalkur, mit der eine zwar abgemagerte doch immerhin lebensfähige saarländische Stahlindustrie erhalten wurde, hätte Totalstillegung geheißen. Die Folgen für das westlichste Bundesland wären kaum auszumalen. Immerhin hängen an Arbed Saarstahl indirekt 50 000 bis 60 000 Arbeitsplätze. Jürgen Krackow hatte es mehrmals sehr deutlich ausgedrückt: „Wir restrukturieren hier nicht nur ein Unternehmen, sondern eine ganze Region." Mehr als 3 Milliarden Mark öffentlicher Beihilfen, Zuschüsse und Bürgschaften zeigen, daß dies nicht nur Krackows Meinung ist.

Noch ist Arbed Saarstahl nicht vollends über den Berg. Zwar ist die Produktionsstruktur schon heute – und vollends in zwei Jahren – durchaus konkurrenzfähig, nach eigener Einschätzung sogar mit den italienischen Mini-Stahlwerken, „wenn die keine Schrottsubvention bekämen". Doch immer noch drückt die Last der hohen Verschuldung.

Daß der neue Kapitän in spe Liquiditätshilfen von etwa 120 Millionen Mark zur Antrittsbedingung gemacht hat, verdeutlicht, daß die Geldsorgen noch nicht ausgestanden sind. Die Völklinger sind aber überzeugt, daß sie das schlimmste schon hinter sich gebracht haben.

Ist nur der arm, der hungert und friert?

Von HORST STEIN

Die letzten Wochen haben wieder deutlich gezeigt, daß die Deutschen begeisterte Spender sind: Für die Hilfe gegen den Hungertod in Äthiopien oder der Sahel-Zone ist ihnen kein Groschen zuviel. 300 Millionen Mark haben Bürger der Bundesrepublik binnen zwei Jahren allein für die bedrängten Polen ausgegeben – spontan und ohne *nach dem politischen Nutzen zu fragen.* Auch die Hilfswerke der beiden Kirchen, „Misereor" und „Brot für die Welt", können sich nicht über einen Mangel an Opferwillen beklagen. Wer die Harmonie dieses Großmutes stören will, der braucht freilich nur zu fragen: Wieviel Arme leben eigentlich in der Bundesrepublik?

Sind es vier Millionen, wie mancherorts zu lesen ist? Oder nur jene 80 000, die der Gesetzgeber nach den engen Regeln der Administration gelten lassen will – nämlich die Obdachlosen? Ob links oder rechts, das macht bei der Antwort auf diese Frage einen gewaltigen Unterschied, denn die Raster des Urteils weichen gründlich voneinander ab, und die Armut als eine fest definierte Größe gibt es nun einmal nicht.

Sind jene arm, die mit vielen Kindern in schäbigster Enge von vier bis sechs Mark pro Kopf und Tag leben müssen, nachdem Miete, Strom und Versicherung abgezogen sind? Oder jene, die mit vierhundert Mark Rente sich auch kleine Freuden nicht mehr *leisten können?* Sind die jungen Leute arm, die nach der Lehre oder dem Studium ohne Arbeitsplatz blieben und deshalb nicht unterstützungsberechtigt sind? Oder muß man so ausgepowert sein, daß man nur noch ein Hemd auf dem Leibe trägt und sonst nichts mehr hat?

Unsere Vorstellung von Armut ist noch immer von den Gleichnissen der Heiligen Schrift geprägt: Wer hungert und friert und kein Dach über dem Kopf hat, wer von den biblischen Plagen heimgesucht wird, von Mißernten und Pestilenz – nur den wollen wir als einen Armen anerkennen. Darum ist der Volkszorn so leicht erregbar, wenn Mißbräuche wie diese in der Zeitung stehen: „Zahnarztfrau: reich – aber zum Sozialamt" oder „Unverschämte Arme – sie leben in Saus und Braus – auf unsere Kosten" und „Mit 48 000 Mark auf dem Sparkonto von der Sozialhilfe gelebt".

Die Sozialwissenschaft trägt eine gewisse Mitschuld an diesen Irritationen, denn sie hat den Armutsbegriff in den letzten hundert Jahren fortwährend neu definiert. Armut hat danach einen Doppelcharakter, es gibt einen subjektiven und einen objektiven Aspekt. Objektiv sind die zähl- und meßbaren Dinge, also das Einkommen, die Lebensumstände et cetera. Aber arm ist eben auch jener, dessen Lebensumstände in einem krassen Mißverhältnis zu seiner gesellschaftlichen Umwelt stehen.

Der Arbeitslose und mittlerweile von der Sozialhilfe lebende Kumpel aus Dortmund braucht sich nicht das weitaus ärgere Los eines afghanischen Flüchtlings vorhalten zu lassen, sein Bezugspunkt ist der Kumpel von nebenan, der noch Arbeit hat. Armut, so wußte es schon Meyers Lexikon von 1894, ist ein relativer Begriff. Weder historische noch geographische Vergleiche tragen da weit. Oder wollte jemand im Ernst jene britische Definition zu Rate ziehen, die Armut an der täglich zu Gebote stehenden Kalorienzahl festmacht?

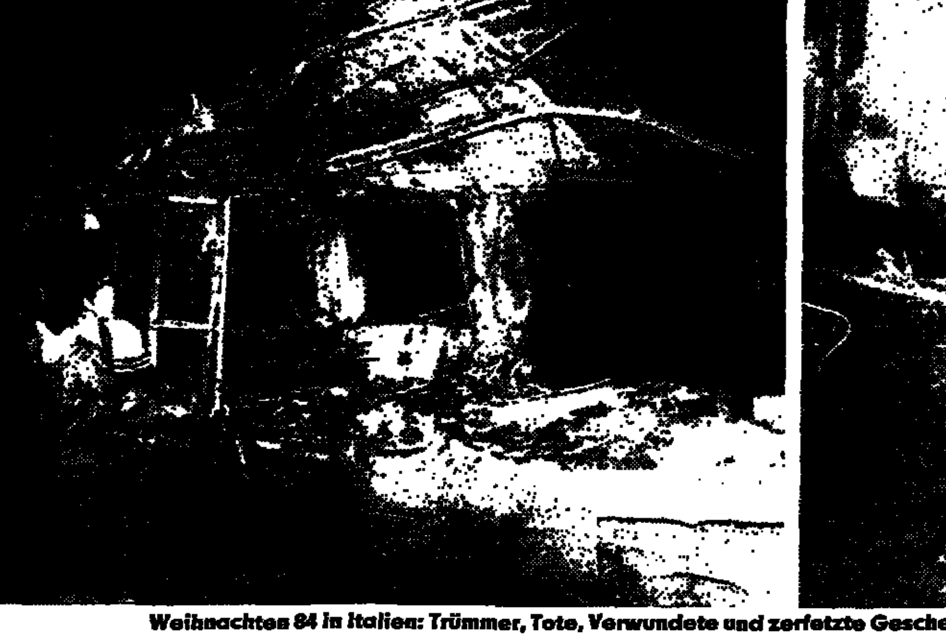
Der Gesetzgeber orientiert sich – *wie soll er auch sonst verfahren?* – am Geld. Ein Alleinstehender, der monatlich weniger als 357 Mark (ohne Miete) zur Verfügung hat, das ist der sogenannte Eckregelsatz im Bundesdurchschnitt, der gilt als hilfsbedürftig und damit als arm. Er wird, via Sozialamt, bis an diese Grenze aufgebessert. Dies geschieht ohne Ansehen der Person und der Umstände, die in diese Notsituation geführt haben. Ob durch die Ungunst der Konjunktur, ob durch Krankheit oder durch eigenes Verschulden – gleichviel, die Sozialgemeinschaft hat sich mit dem Bundessozialhilfe-Gesetz von 1961 verpflichtet, einzuspringen, auf daß ein jeder „in Würde leben" könne.

Diese Hilfe unterscheidet sich also *grundsätzlich von der Arbeitslosen*unterstützung und der Arbeitslosenhilfe, die beide in direkter Beziehung zu früheren Beiträgen des Nutznießers stehen.

Die Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg hatte immerhin für dieses Jahr Ausgaben in Höhe von rund 35 Milliarden Mark eingeplant, davon 17 Milliarden Mark für die Arbeitslosenunterstützung und neun für die Arbeitslosenhilfe, während Länder und Kommunen für die Sozialhilfe ihrerseits nochmals fast 18 Milliarden Mark aufzubringen hatten. Stolze Summen. Dabei wird geschätzt (genaue Angaben liegen noch nicht vor), daß die Zahl der Sozialhilfeempfänger im laufenden Jahr auf 2,5 bis drei Millionen gestiegen ist, und daß nur wenig mehr als die Hälfte aller Unterstützungsberechtigten überhaupt um Hilfe nachgesucht hat. Diese „Dunkelziffer der Armut", so der Sozialwissenschaftler Helmut Hartmann, *gilt heute als gesicherte Tatsache.* Vielen dieser verschämten Armen wird die Not erst dann vollends zur bitteren Last, wenn sie sich offenbaren müssen.

Gewiß hat es auch mit diesem Verhaltensmuster zu tun, daß über den wahren Umfang der Armut hierzulande noch immer so wenig Faktenwissen zusammengetragen ist. So hat eine – von Bonn geförderte – Studie der sozialwissenschaftlichen Forschungsstelle an der Universität Bamberg überraschend ergeben, daß die Zahl der Obdachlosen sogar mit annähernd 200 000 angenommen werden muß und etwa eine halbe Million Bundesbürger in „gemeindeeigenen Schlicht- und Einfachstwohnungen" leben.

Fußkranke des Fortschrittes sind sie alle, Matten-Schaukler, die es sich auf anderer Leute Kosten im sozialen Netz gemütlich machen, Alkoholiker, Gescheiterte, Strandgut? Wohl auch. Aber viele der vielen, die meisten der zu vielen vier Millionen, denen es bitter ergeht, sind – konjunkturell oder strukturell, regional oder sektoral – Ausgeworfene eines in Schwierigkeiten geratenen Systems. In den Hilfszentren der Kirchen und Kommunen, bei der Caritas wie bei der Arbeiterwohlfahrt wird heute „wieder geweint", wie ein Münchner Caritas-Mann sagte. Das sind gewiß keine abgebrühten Abstauber.





Weihnachten 84 in Italien: Trümmer, Tote, Verwundete und zerfetzte Geschenke. FOTOS: AP

„Man schämt sich beinahe, dem Menschengeschlecht anzugehören"

Nach der Trauer um die Opfer des Bombenanschlags auf den Zug Neapel–Mailand wird der Ruf in Italien nach mehr Schutz und höheren Strafen laut. Auch wenn es noch keine klaren Beweise gibt, für die meisten Italiener steht fest: Die Mörder sind Faschisten.

Von KLAUS RÜHLE

Das grauenhafte Sprengstoffattentat am Weihnachtsvorabend, das im 19 Kilometer langen Apennintunnel zwischen Florenz und Bologna den Schnellzug Neapel–Mailand in zwei Stücke riß, hat eine ganze Nation tief getroffen. *Empörung und* Trauer *über die un*faßbare Grausamkeit, mit der die Attentäter und ihre Auftraggeber unschuldige Menschen töteten und schwer verletzten, kommen am besten in einem Wort des Erzbischofs von Bologna, Giacomo Biffi, zum Ausdruck: „Man schämt sich beinahe, dem Menschengeschlecht anzugehören."

Ganz Italien ist erschüttert. Die spontane Reaktion gipfelt in der doppelten Forderung Schutz des Zugverkehrs gegen Terror-Akte einschließlich sorgfältiger Kontrolle des Reisegepäcks und energischer Einsatz der staatlichen Organe gegenüber den Massenmördern, die seit Jahr und Tag ungestraft ihr blutiges Geschäft treiben können.

Darüber, daß es sich bei den Attentätern um Rechtsextremisten bzw. um beauftragte Killer der faschistischen Terror-Organisationen handelt, besteht so *gut wie kein Zweifel.* Anoyme Anrufer bekannten sich im Namen von acht meist faschistischen Organisationen zu dem Attentat. Ein Anrufer behauptete, für „islamische Guerrillas" zu sprechen. Auch wenn noch keine sicheren Erkenntnisse über die Täter vorlagen, sprach auch die Staatsanwaltschaft von „faschistischen Tätern", *schloß aber auch in*ternationale Terrororganisationen oder die Mafia nicht aus. Die Überzeugung, daß es sich ziemlich sicher um Faschisten handelt, wird in fast allen Massenmedien, in den Leitartikeln der großen Zeitungen, den Rundfunkkommentaren und Fernsehdebatten zum Ausdruck gebracht.

Weder Staatspräsident Sandro Pertini noch der mit der Untersuchung beauftragte Staatsanwalt Claudio Nunziata haben Zweifel daran, daß der bestialische Gewaltakt auf das *Schuldkonto des Rechtsextremismus* kommt, eventuell unter Beihilfe ausländischer Terror-Gruppen. Die faschistische Prägung ist allzu deutlich, Übereinstimmung mit den Methoden vorausgegangener Massaker allzu offensichtlich. Dies gilt vor allem für den Bombenanschlag vom 4. August 1974 gegen den Schnellzug Italicus auf derselben Strecke mit dem einzigen Unterschied, daß damals die Bombe außerhalb des Tunnels explodierte und deshalb weniger Opfer (acht Tote und 94 Verletzte) forderte.

Diesmal kalkulierten die Mörder besser. Die Sprengsätze, die allem Anschein nach vom Killer während des kurzen Aufenthalts des Zuges im Bahnhof von Florenz in einem Gepäcknetz deponiert worden waren, kamen planmäßig mitten im Tunnel zur Explosion.

Zu den vorausgegangenen rechts*extremistischen Attentaten gehören* u. a. auch der Anschlag auf eine Mailänder Bankfiliale (Piazza Fontana), die 17 Menschen das Leben kostete und Dutzende zu Krüppeln machte, das Sprengstoffattentat von Brescia während einer Demonstration gegen die faschistischen Terror-Akte 1974 in Mailand (acht Tote und 94 Verletzte) *und das Massaker im Bahnhof von* Bologna am 2. August 1980 (85 Tote und 200 Verletzte).

Jedesmal war der rechtsextremisti*sche Charakter der feigen Anschläge* offensichtlich, aber nie konnten die Schuldigen und ihre Auftraggeber eindeutig festgenagelt und verurteilt werden. Immer fehlte es an ausreichendem Beweismaterial. *Die Unfä*higkeit der italienischen Justiz, mit den faschistischen Terror-Organisationen fertig zu werden, während es ihnen gelang, die Roten Brigaden zu dezimieren und ziemlich unschädlich zu machen, ruft starke Beunruhigung bei der italienischen Bevölkerung hervor, zumal die faschistischen Terroristen sich in allen Fällen gegen das Kollektiv, nicht gegen einzelne Persönlichkeiten wenden und wahllos unbekannte Männer, Frauen und Kinder ermorden.

Vielfach wird in den Kommentaren der Verdacht geäußert, daß die bisherige Straflosigkeit der rechtsextremistischen Attentäter nicht nur die Unfähigkeit der Justiz verrät und es z. B. nie gelungen ist, durch das Versprechen von Strafnachlässen die vermutlichen Terroristen zur Reue und Mithilfe zu bewegen, wie das bei den *Roten Brigadisten,* den *Mafia- und* Camorra-Verbrechern oft der Fall war, daß vielmehr bewußt nachlässig gearbeitet wurde und daß die so umstrittenen italienischen Geheimdienste gegenüber den faschistischen Feinden der Demokratie alles andere als ihre Pflicht tun.

Der teuflische Plan der Terroristen vom *Weihnachtsvorabend hätte noch* katastrophalere Folgen gehabt, wenn ein paar glückliche Umstände nicht das Schlimmste verhütet hätten. Einmal fuhr der Unglückszug in den längsten *Tunnel Europas nicht mit* den üblichen 140, sondern nur mit 90 Stundenkilometer. Zum zweiten kam ein Gegenzug aus Bologna rechtzeitig zum Stehen. Wäre die Explosion während der Begegnung der beiden Züge erfolgt, würden beide entgleist sein und die Zahl der Toten hätte unvorstellbare Ziffern erreicht. Hinzu kommt, daß die Rettungsaktion prompt einsetzte und gut organisiert war. Trotzdem, das Fazit des Anschlags ist erschütternd.



Mindestens 15 Tote und 116 Verletzte forderte der Bombenanschlag auf den Zug Neapel–Mailand

1985 wird die soziale Sicherheit für die Besserverdienenden teurer

Bemessungsgrenzen für Beiträge steigen / Bis zu 750 Mark mehr jährliche Abgaben

PETER JENTSCH, Bonn

Für besserverdienende Arbeitnehmer – gleichgültig ob Arbeiter oder Angestellte – wird die soziale Sicherheit im kommenden Jahr teurer. Der Grund: Die Beitragsbemessungsgrenzen in der Sozialversicherung folgen der allgemeinen Lohn- und Gehaltsentwicklung. Dadurch steigen die Sozialabgaben um bis zu 750 Mark im Jahr, wovon der Arbeitgeber die Hälfte trägt.

In der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten steigt die Beitragsbemessungsgrenze von 5200 Mark monatlich auf 5400 Mark. Der Höchstbeitrag zur Rentenversicherung erhöht sich damit bei einem Beitragssatz von 18,7 Prozent von bisher 962 Mark um 47,80 Mark auf 1009,80 Mark, wovon der Arbeitnehmer die Hälfte, nämlich 504,90 Mark monatlich zu zahlen hat. In der knappschaftlichen Rentenversicherung liegt die Bemessungsgrenze 1985 bei 6700 Mark, der Höchstbeitrag des Arbeitnehmers bei 626,45 Mark im Monat.

Auch für die Arbeitslosenversicherung gilt künftig die Bemessungsgrenze von 5400 Mark. Bei einem Beitragssatz von 4,4 Prozent (er wurde um zwei Prozentpunkte gesenkt zugunsten einer entsprechenden Erhöhung in der Rentenversicherung) müssen statt bisher 239,20 Mark künftig 237,60 Mark in der höchsten Beitragsklasse gezahlt werden. Bei einem Arbeitgeberanteil von 50 Prozent macht das für den Arbeitnehmer 118,80 Mark monatlich aus.

Neue Verdienstgrenze

Auch in der gesetzlichen Krankenversicherung steigen die monatlichen Beitragsbelastungen. Einmal aufgrund der höheren Beitragsbemessungsgrenze (sie stieg von 3900 auf 4050 Mark); zum anderen aufgrund der von verschiedenen Krankenkassen angekündigten höheren Beitragssätze. Wer bisher mit einem Beitragssatz von elf Prozent monatlich 429 Mark gezahlt hat, muß im neuen Jahr einen Höchstbetrag von 445,50 Mark aufbringen. Hinzu kommt die mögliche Beitragserhöhung.

Für freiwillig in der gesetzlichen Rentenversicherung Versicherte ergeben sich ebenfalls neue Beitragshöhen. Der niedrigste freiwillige Beitrag liegt 1985 bei 87 Mark im Monat. Der Regelbeitrag für Handwerker sowie für Angestellte, die von der Versicherungspflicht befreit sind und die sicherstellen wollen, daß Ausfall- und Zurechnungszeiten bei der Rentenberechnung berücksichtigt werden, beträgt 519 Mark monatlich.

Schließlich wird im neuen Jahr auch die Entgeltgrenze erhöht, bis zu der Hausfrauen, Schüler und Rentner sozialabgabenfrei nebenher verdienen können, um zwar von 390 auf 400 Mark im Monat. Die Verdienstgrenze, bis zu der Familienangehörige kostenfrei in der gesetzlichen Krankenversicherung mitversichert sind, wird auf 466,67 Mark angehoben. Wer mehr verdient, muß sich selbst versichern. Die Entgeltgrenze für Geringverdiener, für die der Arbeitgeber die Beiträge zur Sozialversicherung allein zu tragen hat, erhöht sich von 520 auf 540 Mark monatlich.

Erfreuliche Mitteilung für Eltern von Jugendlichen bis zu 21 Jahren, die ohne Arbeits- oder Ausbildungsplatz sind: sie erhalten von Januar an Kindergeld. Die Altersgrenze „21" erhöht sich für junge Männer, die den Grundwehr- oder Zivildienst geleistet haben, um die Dauer dieses Dienstes. Die Zahlung ist davon abhängig, daß die kindergeldberechtigten Eltern bei der Kindergeldkasse des Arbeitsamtes einen schriftlichen Antrag stellen. Bei Beschäftigten des öffentlichen Dienstes ist dieser Antrag beim Dienstherrn zu stellen. Im übrigen erhalten alle Schüler im kommenden Jahr ihr BAFöG auch wieder im Ferienmonat August.

Eine weitere Gesetzesänderung, die im neuen Jahr in Kraft tritt, hilft älteren Arbeitslosen (über 50 Jahre). Ihnen wird je nach Beitragsdauer der Bezug des Arbeitslosengeldes um bis zu einem halben Jahr verlängert, so daß sie insgesamt eineinhalb Jahre statt wie bisher nur ein Jahr Arbeitslosengeld beziehen können. Diese Verlängerung ist gestaffelt. Wer über 50 Jahre alt ist, bekommt für jedes halbe Jahr, das er länger als drei Jahre beiträge gezahlt hat, einen Monat länger Arbeitslosengeld. Nach dreieinhalb Jahren Beitragsleistung also 13 Monate Arbeitslosengeld, nach vier Jahren 14 Monate usw. Wer also in den vergangenen sieben Jahren insgesamt sechs Jahre Beiträge an die Bundesanstalt für Arbeit gezahlt hat, bekommt eineinhalb Jahre lang Arbeitslosengeld. Gleichzeitig wird aber die Sperrzeit in der Arbeitslosenversicherung für diejenigen Arbeitnehmer von acht auf zwölf Wochen verlängert, die ihre Arbeitslosigkeit selbst ohne triftigen Grund herbeigeführt haben.

Eine neue Kostenregelung gibt es auch für Privatpatienten im Krankenhaus. Sie werden künftig nicht mehr „doppelt" belastet. Bei stationärer privatärztlicher Behandlung hat der Krankenhausarzt seine Gebühren um 15 Prozent zu mindern. Damit wird der Tatsache Rechnung getragen, daß ein Teil dieser Kosten nicht dem Arzt, sondern dem Krankenhaus entstehen.

Neues Gesetz

Gleichzeitig wird für Privatpatienten, die ärztliche Wahlleistungen in Anspruch nehmen, der Pflegesatz der Klinik um fünf Prozent gemindert. Damit wird der Tatsache Rechnung getragen, daß im allgemeinen Pflegesatz auch ärztliche Personalkosten enthalten sind, die der Privatpatient bereits mit dem Arzthonorar bezahlt.

Zum 1. Januar tritt schließlich auch das neue Gesetz über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten in Kraft. Dieses Gesetz enthält eine Härteregelung für die Opfer von Gewalttaten, die sich in der Zeit vom 23. Mai 1949 (Inkrafttreten des Grundgesetzes) bis zum 15. Mai 1976 (Wirksamkeit des ersten Opferentschädigungsgesetzes) ereignet haben. Aufgrund der Stichtagsregelung waren diese Opfer bisher von jeglicher Leistung nach dem Gesetz ausgenommen.

In Abhängigkeit von der Schwere der gesundheitlichen Schädigung und vom sonstigen Einkommen sieht das Gesetz Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts und zur Abgeltung des Aufwands vor, der durch die Schädigung bedingt ist. Es können bis zu 4271 Mark monatlich gewährt werden. Diese Summe ergibt sich aus dem Höchstsatz aller Leistungen, darunter zum Beispiel Rentenleistungen von höchstens 2215 Mark. Witwen können eine Hinterbliebenenrente bis zu 964 Mark monatlich erhalten. Die Leistungen müssen beim Versorgungsamt beantragt werden.

In den Rathäusern an Rhein und Ruhr wächst die Furcht vor Endlos-Debatten

Die grüne Praxis im kommunalen Alltag / Antragsflut für die Verwaltungen

WILM HERLYN, Essen

Schneidend und mit dem ihm eigenen Sarkasmus formuliert Otto Graf Lambsdorff, stellvertretender Landesvorsitzender der FDP, die politische Wirklichkeit von Nordrhein-Westfalen in Thesen: „Allen gegenteiligen Beteuerungen zum Trotz hat die SPD mit dem Landschaftsverband Rheinland halb Nordrhein-Westfalen dem rot-grünen Bündnis geopfert. In den Bereichen Kultur, Soziales und Straßenbau – die wesentlichen Aufgaben dieses Zusammenschlusses – wird im Rheinland nun nach rot-grünem Strickmuster verfahren."

Daran schließt der FDP-Vize vier Fragen, ob es denn dem Wählerwillen entspreche, daß der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf aus der Lostrommel gezogen wird? Daß die wichtigste Chemiestadt des Landes, Leverkusen, durch einen grünen Bürgermeister repräsentiert wird? Daß im Erftkreis, dem Zentrum des Braunkohleabbaus, die SPD sich den Grünen ausliefert, nur um den Landrat stellen zu können? Daß die SPD sich dafür hergibt und mit den Grünen in den Städten und Gemeinden dieses Landes die Sportausschüsse auflöst?

Das ist natürlich Polemik nach Politiker Art, aber sie offenbart den Kern. Seit den Kommunalwahlen am 30. September wird immer deutlicher, daß die SPD Kompromisse mit den Grünen nicht scheut, nur um an der Macht zu bleiben oder sie zu erringen, statt sozialdemokratische Grundsätze zu bewahren.

Gegen die Praxis

Johannes Rau, Ministerpräsident und Landesvorsitzender der Partei, betont zwar immer wieder, es könne seiner Meinung nach durchaus Bündnisse oder Kooperation auf lokaler Ebene mit den Grünen geben, nicht jedoch überregionale Zusammenschlüsse.

Seine eigene Partei lehrte ihn eines Besseren. Die 56 SPD-Abgeordneten wählten kurz vor Jahresende mit den elf Grünen den Sozialdemokraten Jürgen Wilhelm zum Vorsitzenden des Landschaftsverbandes. Die stärkste Fraktion stellt mit 58 Mandaten die CDU, die FDP hält sieben Sitze. SPD und Grüne verließen damit die bislang geübte Praxis, nach der die stärkste Fraktion den Vorsitzenden stellt.

In den Volksgesprächen vor den Listenverbindungen ließen die Grünen erkennen, daß sie den Landschaftsverband, der Aufträge des Bundes und des Landes im Straßenbau, Gesundheitswesen, und in der landschaftlichen Kulturpflege ausführt, am liebsten ganz auflösen möchten. Er widerspricht „ihrer Politik der kleinen Einheiten". Vorher aber möchten sie den Verband – z.B. durch Verzögerung bei der Vergabe von Bauaufträgen – zur „Änderung der Republik" benutzen. Sie überdenken auch Alternativen zur jetzigen Struktur des Landschaftsverbandes.

Zu befürchten ist jedenfalls, daß die Grünen „ihre" Gemeinsamkeiten mit der SPD erst nach der Vorsitzendenwahl herausfinden wollen. Das bedeutet zumindest vorerst eine Blockade der Arbeit und ein zeitliches Einfrieren des Etats von knapp sieben Milliarden Mark. Damit jedoch ein Minimum an Arbeit wenigstens im Stillen gedeihen kann, sprachen sich kurz vor Weihnachten SPD und CDU ab: die Ausschüsse sollen morgens um 09.30 Uhr nur drei Stunden, der Landesausschuß nur vier Stunden lang beraten.

Die Furcht vor stundenlangen Debatten, angezettelt durch die Grünen, ist groß. „Wenn ich um 15.00 Uhr am Donnerstag im Kölner Rathaus sein muß, dann kann ich einfach nicht endlos lange beim Landschaftsverband sitzen," klagt der Vorsitzende der CDU-Fraktion, Karl-Heinz Gierden.

Auf kommunaler Ebene werden die Endlos-Diskussionen zur Verzweifelung vieler Ratsherren schon jetzt in die Praxis umgesetzt. In Remscheid stritt kürzlich der Wirtschaftsausschuß um ein neu anzulegendes Stückchen Rasen von 50 Zentimeter Breite vor einem Verwaltungsgebäude einen ganzen Nachmittag lang – die restlichen sieben Punkte der Tagesordnung blieben unbehandelt. Grollte da ein CDU-Ratsherr: „Lange mache ich dieses Affentheater nicht mehr mit." Ähnlich verhält es sich in vielen anderen Städten in denen die Grünen in den Kommunalparlamenten vertreten sind. Vor allem die Verwaltungen stöhnen dort über eine zunehmende grüne Antragsflut.

Zum Ärger der Grünen aber klappt diese Strategie nicht überall. Denn dort, wo die SPD nicht auf sie angewiesen ist, um eine Mehrheit gegen die CDU zu bilden, sei „nichts machbar", da „herrscht totale Blockade", beklagt sich der Essener Ratsherr Jürgen Völpel. Der Sprecher des Landesvorstandes der NRW-Grünen, Michael Happe, spricht sogar von einem „skandalös unterentwickelten Verfassungsverständnis" vieler SPD-Fraktionen vor allem im Ruhrgebiet.

Gespaltene SPD

Als Beispiel führte er an, die SPD wolle zwar auf Bundesebene das Kommunalwahlrecht für Ausländer oder zumindest die Beteiligung sachkundiger Bürger in den Ausschüssen, doch sei die Ruhr-SPD bestrebt, diese Bürgerbeteiligung weitgehend zu beschneiden. Es gebe aber auch positive Ansätze wie Wuppertal und Leverkusen – Städte, in denen die Grünen auch Bürgermeister stellen. Der Wuppertaler Ratsherr Peter Meister erklärte, es gebe kaum Schwierigkeiten. Er führt diese Entwicklung auf das Kommunalwahlergebnis zurück. In Wuppertal habe die SPD eben „etwas für die Klimapflege tun müssen".

Am Beispiel Düsseldorf ist abzulesen, wie gespalten die SPD auf die grüne Umarmung reagiert. So forderte der SPD-Bundestagsabgeordnete Peter Müller auf dem Dezember-Kreisparteitag ein reformatorisches Bündnis mit den Grünen, die Düsseldorfer SPD solle gar eine Vorreiterrolle übernehmen.

Dagegen erklärte Oberbürgermeister Klaus Bungert, der dem Losglück diesen Sessel zu verdanken hat, in seiner Partei und bei den Grünen müsse erst ein gegenseitiges Vertrauen aufgebaut werden. Hier bedürfe es auf beiden Seiten nicht der Beschlüsse, sondern eines einfühlsamen Vorgehens. Geduld müßten die Genossen haben und: „Manche von uns sind auf die Grünen zu optimistisch zugegangen. Es ist nicht so einfach mit ihnen." Das will er auch Ministerpräsident Johannes Rau für die Landtagswahlen im Mai 1985 sagen.

Diepgen: SPD ist in sich zerstritten

DW. Berlin

Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Eberhard Diepgen, sieht keine Chance für eine Große Koalition mit der SPD, wenn es nach der Berliner Wahl am 10. März zu unsicheren Mehrheitsverhältnissen kommen sollte. In einem Interview der „Berliner Morgenpost" bekräftigte der Regierungschef seine Absicht, das „unverändert gute Bündnis" mit der FDP fortzusetzen. Falls das Wahlergebnis dies nicht zulasse, halte er eine Große Koalition aber für „nicht zweckmäßig".

Die Sozialdemokraten seien zerstritten, ohne jede Konzeption und bedürften der Regeneration, sagte Diepgen. Zwischen der SPD und der Alternativen Liste gebe es bereits in vielen Bereichen so große Übereinstimmung, daß „Stabilität überhaupt nicht erwartet werden kann". Innerhalb der Partei existierten „arbeitnehmerfeindliche" Tendenzen. So gebe es heute wieder gemeinsame Demonstrationen von SPD-Funktionären mit Kommunisten. Diepgen äußerte sich zuversichtlich über die Wahlchancen der FDP.

An unsere Abonnenten

Papier- und Personalkosten sind in den letzten Monaten gestiegen. Da wir nur einen Teil dieser Erhöhungen durch Einsparungen auffangen konnten, müssen wir leider unseren Abonnementspreis ab Januar 1985 auf 26,50 DM erhöhen. Mit rund 3,5 Prozent konnten wir unseren Schritt in maßvollem Rahmen halten.

Bei Bezugsgebühren, die bereits im voraus bezahlt worden sind, verzichten wir auf Nachbelastungen. Für unsere Abonnenten, die uns eine Einzugsermächtigung erteilt haben, erledigen wir alle Formalitäten.

Wir bitten um Ihr Verständnis.

Verlag und Redaktion DIE WELT

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Engholm und die Kritik aus Hamburg

Von UWE BAHNSEN

Der sozialdemokratische Oppositionsführer im Kieler Landtag, Björn Engholm, erhielt vor kurzem einen Brief, der ihm eigentlich die Zornesröte ins Gesicht getrieben haben muß. Der Absender war ein Genosse aus der Führungsriege der Hamburger SPD: Henning Voscherau, Vorsitzender der SPD-Bürgerschaftsfraktion in der Hansestadt. Der 43jährige Jurist frönte in dem Schreiben an den Genossen Engholm seiner Neigung zu bissig-ironischen Formulierungen und empfahl dem Kieler Oppositionsführer, sich „eigene Minister anzuschaffen, die zum Rücktritt aufgefordert werden können".

Das war die boshafte Replik auf eine in Kiel zuvor veröffentlichte SPD-Erklärung zum „Fall Alviola", der polizeilichen Abschiebung der philippinischen Seemannsfrau Susan Alviola und ihrer beiden Kinder. Polizeibeamte und Bedienstete der Ausländerbehörde hatten die Familie aus der Hamburger St. Stephanuskirche herausgeholt und zum Flughafen eskortiert.

Zu den empörten Kritikern des sozial-demokratischen Innensenators Rolf Lange, der das angeordnet und zu verantworten hatte, gehörten auch der SPD-Landesgeschäftsführer in Kiel, Klaus Rave, und der ausländerpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Rolf Selzer. Beide Genossen verlangten öffentlich den Rücktritt des Hamburger Innensenators – ein Vorgehen, das Voscherau in seinem Brief an Engholm als „unsolidarisch und pflichtwidrig" bezeichnete, denn beide hätten sich zuvor bei Lange oder der SPD-Bürgerschaftsfraktion nicht einmal informiert. Die Kieler SPD-Landtagsfraktion habe weder das Recht noch die Legitimation, die Vertrauensfrage an ein sozialdemokratisches Regierungsmitglied zu richten.

Dann folgte die Empfehlung, sich gefälligst eigene Minister anzuschaffen – ein angesichts der steigenden Popularitätskurve des Ministerpräsidenten Uwe Barschel (CDU) für Engolm besonders schmerzlicher Ratschlag.

Der Vorgang markiert einen Tiefpunkt im Verhältnis zwischen den SPD-Führungen in Hamburg



Landesbericht Schleswig-Holstein

und Kiel. Zugleich haben die Beziehungen zwischen dem Kieler CDU-Kabinett unter Uwe Barschel und dem Hamburger SPD-Senat unter Klaus von Dohnanyi eine politisch konstruktive und klimatisch angenehme Qualität gewonnen, die noch vor Jahren, zur Amtszeit des Bürgermeisters Klose niemand für möglich gehalten hätte. Das liegt sicherlich zu einem guten Teil an dem Umstand, daß die beiden Regierungschefs Barschel und Dohnanyi gut miteinander „können", ferner an dem gemeinsamen Problemdruck, dem sich beide ausgesetzt sehen – von der Werftenkrise bis zum Umweltschutz. Doch auch das Selbstverständnis beider Seiten hat sich verändert.

Aus der Entwicklung, die die Streitpunkte von einst genommen haben – das waren überwiegend brisante Problemfelder vom Streit um das Kernkraftwerk Brokdorf bis zu den Auseinandersetzungen um den NDR-Staatsvertrag – haben beide Landesregierungen gelernt, wie abhängig sie voneinander sind. Hinzu kam, daß der Hamburger Senat unter der Führung Dohnanyis unverkennbar nicht mehr so hanseatisch introvertiert operiert wie früher. Die sehr profane Frage, wo Hamburg mit der Asche aus HEW-Kraftwerken und dem Baggerschlick aus der Elbe bleiben soll, hat das Nachdenken über die Beziehungen zum nördlichen Nachbarn im Hamburger Rathaus gefördert. Im gleichen Ausmaß parallel dazu, hat sich das Selbstbewußtsein des Kieler Kabinetts verstärkt.

Das alles hat zu jener Rahmenvereinbarung zwischen Hamburg und Kiel vom 25. Mai 1984 geführt, in der alle schwebenden Probleme geregelt werden: die Abwicklung des aufgegebenen Großflughafenprojekts Kaltenkirchen, die Ablagerung von Hamburger Hausmüll und Hafenschlick in Schleswig-Holstein, Verbesserungen im Straßen- und Schienenfernverkehr und im Nahverkehrsnetz der Region. Insgesamt kann diese Vereinbarung, die beide Seiten zügig umsetzen wollen, als ein ausgewogenes Paket von Leistungen und Gegenleistungen gelten.

„Solidarität gibt es immer noch"

dpa, Osnabrück

Bundestagsvizepräsident Dieter Julius Cronenberg (FDP) hat an Tarifpartner und Parteien appelliert, „ohne Scheuklappen" die Anregungen Kardinal Höffners für neue Formen der Solidarität mit den Arbeitslosen aufzugreifen und zu unterstützen.

In einem Gespräch mit der „Neuen Osnabrücker Zeitung" sagte Cronenberg, die Vorschläge, an Erwerbslose fünf Wochenarbeitsstunden abzutreten und den Verzicht auf Doppelverdienste zu prüfen, könnten als Übergangslösung sehr hilfreich sein. Dieser „sehr konstruktive Beitrag" zur Bewältigung der Erwerbslosigkeit ist nach Ansicht Cronenbergs erfolgversprechend, weil er sich an die Solidarität aller Bürger richte, „und Gemeinschaftsgefühl gibt es erfreulicherweise noch immer".

Kinderfeindliche Welt beklagt

KNA/dpa, Berlin

Der Bischof des Bistums Berlin, Joachim Kardinal Meisner, hat in seiner Weihnachtspredigt in West-Berlin die Kinderfeindlichkeit „in unseren Gesellschaften" kritisiert. Das Gotteskind klopfe an in einer Welt, „in der es angeblich keinen Platz mehr für Kinder gibt – denen sogar schon der Eintritt in die Welt verweigert wird".

Der Oberhirte der Katholiken – seine Diözese umfaßt neben beiden Teilen Berlins auch weite „DDR"-Gebiete – sagte, es sei tröstlich, „inmitten einer Welt lauter Triumphe die ruhige Gelassenheit Gottes zu sehen". Freiheit und Unabhängigkeit werde dem Menschen von einem Kind geschenkt, „das nicht vor den Göttern dieser Welt wie ‚öffentlichte Meinung', ‚Trend' oder wie immer sie heißen mögen, auf die Knie fällt".

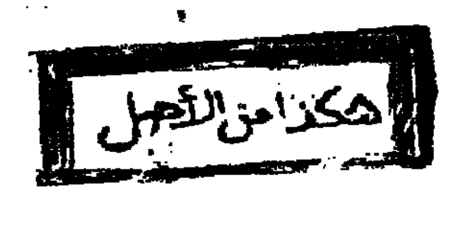
„Gewaltverzicht gilt überall"

DW. Bonn

Anläßlich des fünften Jahrestages der sowjetischen Invasion in Afghanistan am 27. Dezember haben Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher und Staatsminister Alois Mertes in Bonn in einer Erklärung die Sowjetunion aufgefordert, ihre Truppen aus dem Land zurückzuziehen und den Weg für die Selbstbestimmung des afghanischen Volkes freizumachen. In Bonn wurde für heute zu einem Protestmarsch aufgerufen.

Moskau solle einsehen, daß es in Afghanistan keine militärische, sondern nur eine politische Lösung gibt. Es liege im Interesse Moskaus zu verdeutlichen, daß der Verzicht auf Gewalt bei der Durchsetzung politischer Ziele „für alle und überall" gelte, heißt es in der Erklärung.

Seite 2: Fünf Jahre und kein Ende



Auf den Komoren ist man nach allen Seiten offen

Umschlagplatz der Hilfe für Widerstand in Mosambik

M. GERMANI, Johannesburg

Der überraschende Besuch des südafrikanischen Außenministers Roelof Botha in der Vorweihnachtswoche in verschiedenen ostafrikanischen Ländern, darunter Malawi, aber auch Saudi-Arabien und den Komoren, hat bei politischen Beobachtern Spekulationen hervorgerufen, *wonach der Nkomati-Vertrag* zwischen Südafrika und Mosambik in viel stärkerem Maße gefährdet ist, als allgemein angenommen wird, und daß die seit Monaten vermuteten Hilfsleistungen an die antikommunistische Widerstandsbewegung Renamo mit den besuchten *drei Ländern* zu tun haben.

Vor allem die islamische Republik der Komoren ist in letzter Zeit in internationalen Medienberichten als Umschlagplatz für die Renamo-Hilfe genannt worden. Ein Großteil der *Lieferungen an die Rebellen* soll über die etwa 280 Kilometer östlich der nordmosambikanischen Küste im Indischen Ozean gelegene Inselgruppe erfolgen. Dafür sprechen unter anderem die Lage der Inselgruppe ,die seit einiger Zeit wieder stabileren politischen Verhältnisse sowie die ethnisch-religiösen Gegebenheiten.

Die ehemals französische Kolonie *hatte sich im Jahre 1975 unabhängig* erklärt. Frankreich erhob dagegen keinen Einspruch, behielt aber die Insel Mayotte unter direkter Verwaltung, da sich deren Bevölkerung bei Wahlen 1972 mit 80 Prozent für den Verbleib bei Frankreich ausgesprochen *hatte. Im August '75 wurde* Präsident Ahmed Abdallah bei einem Coup durch die „Vereinigte Nationale Front" (FNU) gestürzt. Ali Soilih wurde nach Einführung einer neuen Verfassung Staatspräsident.

Das Ende eines Spuks

Soilih begann ein bizarres Revolutionsprogramm. Die Wirtschaft stürzte ins Chaos, nachdem der gesamte Beamtenapparat aufgelöst und die Verwaltungsunterlagen öffentlich verbrannt worden waren. Viele Komoraner flohen nach Mayotte. Soilih ließ das Wahlalter auf 14 Jahre senken. *In wachsendem Maße verlor* er den Sinn für die Wirklichkeit: Er schloß sich mit seinen minderjährigen Mätressen im Präsidenten-Palais ein, versank im Whisky- und Haschisch-Rausch, glaubte, von politischen Visionen inspiriert zu sein.

Das war die Stunde des gestürzten Abdallah. Er heuerte einen französischen Legionär an, Bob Denard, der *ursprünglich Soilihs Coup mitorganisiert* hatte, und der machte dem Spuk ein Ende. Mit 48 Mann nahm er innerhalb von drei Stunden die Hauptinsel Grande Comore, heute Njazidja genannt, ein. Bei einem Fluchtversuch wurde Soilih zwei Wochen später erschossen. Abdallah stellte umgehend die Verbindungen mit Frankreich wieder her, die Nationalisierung der Wirtschaft wurde aufgehoben, die *Verwaltung wieder eingeführt, es gab* Wahlen. Die Organisation für Afrikanische Einheit reagierte auf den Coup schockiert, der OAU-Gipfel weigerte sich, die Regierung Abdallah anzuerkennen, da sie durch Hilfe von Söldnern wieder an die Macht gekommen *sei. Abdallah suchte neue Partner.*

Interessengleichheit

Seit Juli 1983 besteht *zwischen* Südafrika und den Komoren eine wöchentliche Flugverbindung, alle sechs Wochen kommt ein südafrikanisches Versorgungsschiff nach der Hauptstadt Moroni, die südafrikanische Handelsmission auf der *benachbarten Insel Réunion ist auf den* Komoren akkreditiert. Ein 30-Millionen-Rand-Kredit der Südafrikaner soll die Wirtschaft (Hauptexport Ylang-Ylang-Parfums, Vanille, Gewürznelken und Kopra) wieder anheben.

Abdallah verstärkte aber vor allem seine Verbindungen zu den Arabern, besonders den Saudis und den Golf-Staaten. Denards Söldner ließen sich als kleine Geschäftsleute auf den Inseln nieder. Es ist nicht bekannt, ob sie in die Umschlag-Geschäfte verwickelt sind, die derzeit offenbar in größerem Umfang auf den Komoren getätigt werden. Daß die Kontakte *zwischen der mosambikanischen* Widerstandsbewegung und Abdallah einerseits sowie Abdallah und den arabischen Staaten am Golf andererseits eng, offiziös und recht fruchtbar sind, bezweifelt niemand. Schließlich sehen alle Beteiligten in dem *marxistischen Diktator Mosambiks*, Samora Machel, einen Gegner. Und diese Interessenlage ist auch in Pretoria Gegenstand diplomatischer Überlegungen.

Neves denkt schon an die Zeit nach der Wahl

Brasilien drei Wochen vor Ende der Militärherrschaft

WERNER THOMAS, Miami

Wenn der kleine Mann in der Öffentlichkeit erscheint, wird er stürmisch gefeiert. Er muß Hände schütteln und Umarmungen entgegennehmen. „Senhor Presidente", rufen die Leute. Tancredo Neves bedankt sich für die Ehre, erinnert jedoch: „Noch ist es nicht soweit."

Knapp drei Wochen dauert es noch. Neves gilt als hoher Favorit der indirekten Präsidentschaftswahlen am 15. Januar im Kongreßgebäude Brasilias. Die meisten der 686 Mitglieder des „Colegio Eleitoral" (Wahlkollegium) wollen für den populären Kandi*daten der oppositionellen „Partei der* Demokratischen Bewegung Brasiliens" (PMDB) stimmen und ihn damit zum Wegbereiter der neuen Ära küren: wenn der nächste Staatschef Mitte März die Macht übernimmt, endet in der größten Nation Lateinamerikas *die 21jährige Herrschaft der* Streitkräfte.

In der bewegten Geschichte des Landes hat es noch nie einen so phänomenalen Aufstieg gegeben. Vor einigen Monaten amtierte Tancredo Neves noch als Gouverneur des Indu*striestaates Minas Gerais. Kaum* jemand zweifelte an der Absicht der Militärs, einen Vertreter der Regierenden Sozialdemokratischen Partei (PDS) zum Nachfolger des scheidenden Präsidenten João Baptista Figueiredo zu machen.

Kontrolle verloren

Die PDS, ihrem Namen zum Trotz *eine konservative Bewegung*, blokkierte zunächst die von der Opposition erhobene und von Millionen Brasilianern durch Demonstrationen unterstützte Forderung nach direkten Wahlen. Sie bestand darauf, daß das Wahlkollegium (unter ihrer Kontrolle) noch einmal entscheiden soll. Die Strategie der Streitkräfte ging nicht auf. Paulo Maluf, 53, der ehemalige Gouverneur von São Paulo, konnte sich gegen den Widerstand General Figueiredos und anderer einflußreicher Militärs die Nominierung der Sozialdemokratischen Partei sichern. Der millionenschwere Geschäftsmann ist jedoch der kontroverseste *Politiker des Landes. An ihm* haftet der Ruch der Korruption. Seine Kandidatur provozierte die Spaltung der PDS. Unter Führung des Vizepräsidenten Aureliano Chaves bildete sich die „Liberale Front", die offen für die Wahl von Neves wirbt. Die Regierungspartei verlor die Kontrolle über das Wahlkollegium.

Malufs Wahlkampf signalisierte seine *Misere. Verzweifelt verurteilte* er die PDS-Deserteure als „Opportunisten" und „politische Trapez-Artisten". Er attackierte ironischerweise viel schärfer die Militärregierung als Neves. Er führt die „schweren Krankheiten" Brasiliens auf die Militärherrschaft zurück. Präsident Figueiredo, der anfangs ein gutes Wort für Maluf eingelegt hatte, wenn auch widerwillig, suchte Distanz. Bald dominierte „Tancredo" die Schlagzeilen. Die Presse nennt ihn beim Vornamen.

Von allen geschätzt

Der Mann aus Minas Gerais arbeitet längst an seinem Regierungsprogramm. *Er hat ein wirtschaftliches* Beraterteam gebildet, das von José Serra geleitet wird, dem tüchtigen Planungsminister des Staates São Paulo. Er will in der ersten Phase seiner Amtszeit besonders die wirtschaftlichen Probleme bekämpfen wie die Arbeitslosigkeit (mindestens 40 Prozent der Brasilianer sind ohne Beschäftigung oder unterbeschäftigt) und die Inflation (220 Prozent in diesem Jahr). Er möchte sofort den Hungergebieten des Nordostens helfen. Regelmäßig trifft sich Neves mit *hohen Vertretern der Figueiredo-Regierung*. Auch der mächtige Armee-Minister Walter Pires zählte zu seinen Gesprächspartnern.

Der Ex-Gouverneur blickt auf eine politische Karriere von 50 Jahren zurück. Er war schon Ministerpräsident und Präsident der Zentralbank. Er brachte es fertig, gute Kontakte zu den Militärs zu unterhalten, obgleich er ihnen die Putschaktion 1964 bis heute nicht verzeihen will. Der Kongreßabgeordnete Fernando Lyda lobt seine „Ehrlichkeit, Glaubwürdigkeit" und sein „Integrationstalent". Neves kann schlichten und versöhnen. Sowohl konservative als auch kommunistische Kreise schätzen ihn. Er wird manchmal als konservativ, liberal oder liberal-konservativ eingeschätzt. Die Presse, die wie eine Einheitsfront hinter ihm steht, zieht den witzigen Vergleich zu einem Geigenvirtuosen: das Instrument halte er links, den Bogen dagegen rechts. (SAD)

Terror für die islamische Revolution in Indonesien?

Ansturm radikaler Moslems gegen das Toleranzgebot

CHRISTEL PILZ, Bangkok

Eine Welle von Bombenanschlägen und Feuern hat Jakarta und andere Städte Indonesiens erfaßt. Kaum ein Tag vergeht, da nicht Firmen, Büro*hochhäuser, Behörden, Kinos*, Warenhäuser, Banken, Läden, Hotels oder Botschaften telefonische Drohungen erhalten, bei ihnen lägen Bomben versteckt. Fast täglich brechen auch irgendwo mysteriöse Feuer aus, gehen Bomben hoch.

Flugblätter verschiedener *Untergrundgruppen* überschwemmen plötzlich die städtischen Massen. Eine Gruppe, die sich „Solidaritas Islam" nennt, prophezeit den Neubeginn des „Heiligen Krieges", dessen Ziel es ist, aus Indonesien einen islamischen Staat zu machen. „Dschihad-Kommandos" haben schon während der fünfziger Jahre ganze Regionen in blutigen Terror versetzt. Ihr *Krieg* war ein Protest gegen die Entscheidung der Väter der Unabhängigkeit, die der nationalen Einheit wegen auf den Islam als Staatsreligion verzichtet hatten. Als einigende Kraft hatten sie die Staatsphilosophie Panca Sila erdacht, die mit ihrem ersten Gebot „Glaube an Gott" religiöse Toleranz zur Pflicht eines jeden Indonesiers erhebt. Strenggläubigen Moslems aber bleibt die Panca Sila ein Stein des Anstoßes. Schließlich sei Indonesien, das eine Bevölkerung von 160 Millionen zählt, wovon 85 *Prozent Moslems* sind, die größte islamische Nation der Welt.

Wie also kann Indonesien ein isla*mischer Staat werden*. Über den Weg der Erziehung, sagen die gemäßigten, nur durch Kampf die Radikalen, wofür einer ihrer Mitstreiter, Abdul Qadir Djaelani, ein Papier mit dem Titel „Modell für eine islamische Revolution in Indonesien" schrieb. Djaelani *ist einer von mehr als hundert* Verdächtigen, die in den letzten Wochen verhaftet wurden. Sicherheitsbehörden sehen Beziehungen zu Libyen und Iran, wollen aus diplomatischen Gründen aber nichts genaues sagen. Ihre Hauptsorge gilt der Frage, wer die wahren Hintermänner des neuen Terrors sind. Könnte es sein, daß die seit ihrem blutigen Putschversuch von 1965 verbotenen Kommunisten jetzt unter der Decke des Islam ihr Wiederauferstehen ankünden?

Politischer Aktivismus außerhalb des Establishments ist in Indonesien nicht erlaubt. Wer es trotzdem versucht, wie eine Gruppe von 50 prominenten Persönlichkeiten, die Generäle und frühere Kabinettsmitglieder einschließt, wird „aktiv ignoriert" *und gesellschaftlich isoliert. Das lässt* nur noch die Moscheen als Horte politischer Diskussion. Sie wurden zum Sammelbecken für frustrierte Politiker und Studentenaktivisten wie für die Massen der Jugendlichen, die nicht verstehen, warum die durchaus erfolgreiche Wirtschaftsentwicklung die Mehrheit von ihnen nicht hat absorbieren können. Eine Unmöglichkeit, wenn die Bevölkerung um jähr*lich drei Prozent zunimmt.*

Dem Parlament liegt ein Gesetzentwurf vor, der die Staatsphilosophie Panca Sila als alleinig geltendes Prinzip für Parteien und Massenorganisationen jeglicher Art verankern soll. Die Absicht ist unverkennbar: Bestrebungen nach einem islamischen Staat sollen unterbunden werden.

Selbst Studentenverbände dürfen *sich nach dem Gesetz nicht* länger „islamisch" oder „christlich" nennen. Sie dürfen zwar islamische oder christliche Richtlinien befolgen, aber nur bis zu dem Punkt, der die Panca Sila als Prinzip übergeordneter Toleranz nicht in Frage stellt. Organisationen, *die dagegen verstoßen*, können von den örtlichen Behörden verboten werden. Sämtliche Kirchen haben dagegen protestiert, moslemische Kritiker der Suharto-Regierung sprechen gar von „faschistischen Intentionen", wobei sie auf General Benny Murdani *weisen, den Kommandeur der Streit*kräfte. Er ist Katholik und sieht im radikalen Islam den Hauptfeind des Volkes.

Murdani, der seine Karriere im Geheimdienst machte, ist ein Kämpfer, der mehr an Kontrolle als an politischen Ausgleich glaubt. Vor kurzem haben seine Leute sogar einen pensionierten Kollegen verhaftet – den seit langem als regimekritisch und islamfreundlich bekannten Generalleutnant Dharsono. Ihm wird vorgeworfen, er habe sich mit moslemischen Extremisten zu Geheimsitzungen getroffen. Er sei von Militärcamp zu Militärcamp gereist, um die jungen *Offiziere an verlorene Ideale zu* erinnern. Murdani ist offenbar fest entschlossen, die Welle des Terrors zurückzuschlagen und dem Land den Frieden zu wahren.

Toleranz, wie manche in der UNO sie meinen

JÜRGEN LIMINSKI, Bonn

Unter den 25 Mitgliedern eines Seminars der Vereinten Nationen über „Wahrung und Förderung des gegenseitigen Verständnisses, der Toleranz und der Achtung voreinander" saß *auch der saudische Delegierte Arouf* Al Dualibi, als das Hohe Haus in Genf mit diesem Seminar kurz vor Weihnachten den Jahrestag der UNO-Deklaration über die Menschenrechte beging. Seminarleiter war der polnische Professor Adam Lopatka, Minister im Kabinett Jaruzelski und dort verantwortlich für die Beziehungen der polnischen Regierung zur Kirche. Seine Aufgabengebiet in Polen schien ihn in den Augen der UN-Funktionäre für die Leitung des Seminars prädestiniert zu haben, denn Verständnis, Toleranz und Achtung sollten besonders mit Blick auf die Freiheiten und Menschenrechte im Bereich der Religion und der Weltanschauungen betrachtet und gewürdigt werden.

Der Vertreter aus Riad redete vierzig Minuten. So lange dauerte sein Referat, in dem er die alten Geschichtslügen aus den sogenannten „Protokollen der Weisen von Zion" vorgetragen hatte, um *anschließend* noch bisher unbekannte Talmud-Interpretationen zu präsentieren. Sie dürften auch für Professor Lopatka neu gewesen sein, jedenfalls unterbrach der Vorsitzende den saudischen Kollegen nicht. Nach dessen Ausführungen *dürften jüdische Ärzte* Kranke nur zu Versuchszwecken pflegen und Vorschriften würden gebieten, Kinder von Christen zu ermorden, um mit deren Blut das jüdische Oster-Fest gebührend zu begehen.

Erst am nächsten Tag und nach *dreimaliger Aufforderung gab der* polnische Menschenrechtler eine Erklärung ab – der saudische hatte sich ja schon ausgesprochen. Als Vorsitzender müsse er jeden nach seinem Gusto reden lassen, das sei ein Gebot der Toleranz. Die Vertreter Kanadas, der USA und der Bundesrepublik wiesen das Gerede aus Riad als „unannehmbar" zurück. Die Presse ging elegant schweigend darüber hinweg. Und zum Weihnachtsfest belegten die drusischen Freunde der Saudis die christlichen Wohngebiete in Libanon mit stundenlangem Artilleriefeuer. So ist das mit der Toleranz, dem gegenseitigen Verständnis und den Freiheiten in manchen Gremien der UNO.

Die Schulmedizin kuriert fast immer nur Symptome, nicht die Ursachen

Serie „Tierversuche" (I): Müssen wir uns mit einer „Erbsünde-Situation" abfinden?

Die Diskussion um die Tierversuche entbehrt leider häufig der sachlichen Grundlage. Aus diesem Grund eröffnet die WELT heute eine mehrteilige Diskussion, in der Befürworter und Gegner ausführlich zu Wort kommen. Der Autor des ersten Beitrages ist Vorsitzender der Vereinigung „Ärzte gegen Tierversuche".

Von DIETRICH BÄSSLER

Was Tierversuchs-Medizin ist, weiß heute jeder: Er erlebt sie tagtäglich. Was ihre Kritiker gegen sie vorzutragen haben und warum sie eine versuchstierfreie Forschung fordern, ist vom Grundsatz her noch weitgehend unbekannt und mit unsachlichen Emotionen überfrachtet. Aus prinzipiellen, methodenkritischen Erwägungen muß man die Tierversuchsmedizin in Frage stellen. Das Infragestellen ist als elementarer Bestandteil (wissenschafts)kritischer Denkweise legitim und hat mit weltfremder Wissenschaftsfeindlichkeit oder moralisierender Heuchelei nichts zu tun.

Von Repräsentanten der Max-Planck-Gesellschaft und der Deutschen Forschungs-Gemeinschaft wird zwar ständig erklärt, Tierversuche seien zur Sicherung künftigen Lebens unabdingbar; wir müßten uns mit „Tierversuchen als Erbsünde-Situation" abfinden (K. Gärtner). Bemerkenswerterweise wird aber das Gros der heute vorherrschenden Zivilisations-Seuchen nicht kuriert, im Gegenteil: die Sterblichkeit der Herz-Kreislaufleiden sinkt nicht, die der Krebs- und Infektionskrankheiten steigt an. Die Zahl der chronisch Erkrankten ist heute etwa fünfmal so hoch wie vor 50 Jahren: Wir sind nicht gesünder, sondern nur medikamentensüchtiger geworden – trotz der ungeheuren Tieropfer.

Der Tierorganismus ist nicht wie der menschliche

Die Humanmedizin erfüllt keineswegs die Bedingungen einer exakten Naturwissenschaft, auch wenn die Mediziner, getrieben von der fast blinden Wissenschaftsgläubigkeit unserer Zeit, ihr diese Eigenschaft gern zuordnen möchten. Die drei Forderungen an ein naturwissenschaftliches Experiment – das Ausschnitthafte, die Mathematisierbarkeit, die Wiederholbarkeit (A. M. K. Müller) – sind für die Medizin nicht zu erfüllen. Tiere unterscheiden sich in ihrer Komplexität als biologischer Gesamtorganismus grundsätzlich vom Menschen. Bis auf wenige gemeinsame vitale Basisfunktionen (Geburt, Atmung, Ortsungebundenheit, Fortpflanzung, Tod) weisen sie anatomisch, physiologisch, biochemisch, biorhythmisch und ethologisch sowie unter Laborbedingungen wesentlich andere Verhältnisse auf als der Mensch.

Unterschiedliche Tierarten als Mosaiksteine für die erkenntnistheoretische Synthese menschlicher Krankheiten zu benutzen, grenzt an wissenschaftlichen Dilettantismus (Stichworte: Chronobiologie und -pharmakologie, humanspezifische Plazentalisation, Multimorbidität, Zivilisationsseuchen). Tierversuchsergebnisse erlauben keine gesicherten Rückschlüsse auf den Menschen: Ihn zeichnet vor dem Tier sein artspezifischer Intellekt und die Fähigkeit zur Selbsterkenntnis – beides als Funktion des Selbst-Bewußtseins – aus.

Diese grundsätzlich andere Verhaltensweise bestimmt auch sein Krankheitsgeschehen und -erleben: Es ist eben nicht nur die Summe der physiologisch-biochemischen Entgleisungen, die sich am Tier beliebig abfragen und wiederholen ließen. Die nicht ausreichend standardisierbaren Bedingungen eines Tierversuchs lassen die Ausbeute an verwertbaren Parametern zu einem Va-banque-Spiel werden, das im Sinne der Wahrscheinlichkeitstheorie noch weniger Erfolgschancen bietet als ein Glücksspiel (H. Hensel): Das Tier wird zu einem Chip in einem „wissenschaftlichen" Roulette degradiert (Rosenthal-Effekt).

Im Hinblick auf den kranken Menschen können Tierversuche sogar gefährlich werden (Arzneikatastrophen: Contergan, Mexaform, Cyren ...). Denn das Tierversuchs-Ergebnis ist immer nur eine wissenschaftliche Hypothese, die am Menschen erst auf ihre Gültigkeit überprüft werden muß. Medikamente, die mit Hilfe der tier-experimentellen Pharmakologie und Toxikologie entwickelt werden, bekämpfen daher in der Regel nur die Krankheitsmerkmale, nicht deren Ursachen.

Sie täuschen daher eine Nützlichkeit und Gefahrlosigkeit vor, die weder gegeben noch gerechtfertigt ist. Aus diesem Grunde sind solche „Arzneien" – abgesehen von ihrer unärztlichen Vermarktung – nicht nur ökonomisch bedenklich, sondern medizinisch auf lange Sicht sogar gefährlich, sowohl für den Einzelnen als auch für die Volksgesundheit. Das gilt erst recht für tierexperimentell „überwachte" Kosmetika, Chemikalien und Bedarfsgegenstände!

Tierversuche sind Ausdruck und Folge einer einseitig-„naturwissenschaftlich"-technischen Retorten-, Apparate- und Ersatzteil-Medizin, die den Anforderungen eines modernen, zukunftsorientierten Gesundheitswesens überhaupt nicht mehr genügt. Operative Eingriffe wie z. B. Organverpflanzungen, die aus einem solchen verfehlten Medizin-Verständnis entspringen und fortentwickelt werden, stellen zwar chirurgisch-artistische Spitzenleistungen für den einzelnen Kranken dar, können aber weder kausal noch ökonomisch im Sinne einer tragbaren Kosten-Nutzen-Relation zur Bewältigung schwerwiegender Gesundheitsstörungen breiter Bevölkerungskreise beitragen.

Sie sind der Ausdruck einer luxuriösen „Zu-spät-Medizin" und einer versäumten rechtzeitigen Krankheits-Diagnose und -Vorbeugung, die – epidemiologisch untermauert – allein ein weitgehend erfolgreiches und bezahlbares ärztliches Handeln ermöglichen. Die Tierversuchsforschung beansprucht Fachkräfte und Mittel, welche besser verwendet werden könnten für die Entwicklung von tierversuchsfreien Alternativmethoden, die zudem ethisch unbedenklich sind!

Könnte die Alternativforschung mit völliger (finanzieller, materieller, personeller) Chancengleichheit antreten, so wäre es um die Medizin und die Gesundheit besser bestellt, und die Tierexperimente trockneten von allein aus. Welche Blüten eine aktionistische Publikationssucht nach dem Prinzip „publish or perish" und mit der Gier nach dem wissenschaftlichen Erstgeburtsrecht treibt, erkennt man, wenn man feststellt, daß z. B. ein Dutzend Autoren sich für nichtssagende zwei DIN-A4-Seiten strapaziert, natürlich aufgrund von Tierversuchsergebnissen. Die Papierflut kann vom einzelnen Arzt nicht einmal unter Zuhilfenahme eines Ausschnittsdienstes bewältigt werden. Die Versuchstiere aber leiden und sterben für diesen publizistischen Mißbrauch.

Von ca. 90 Prozent aller Krankheiten sind die wahren Ursachen unbekannt oder unbeachtet. Das gilt besonders für die Zivilisationsseuchen, die in erster Linie ernährungs- und umweltbedingte sowie psychische und soziale Ursachen haben. Dazu zählen: Herz-Kreislaufkrankheiten, Krebs, psychosomatische Erkrankungen, Rheuma; Stoffwechselleiden wie Diabetes, Gicht und Steinleiden; Suchtkrankheiten wie Alkohol-, Nikotin-, Fett- sowie Medikamenten- und Drogensucht; Berufskrankheiten, Allergien und auch Verkehrsunfall-Folgekrankheiten. Bis auf wenige Ausnahmen ist die Tierversuchs- = Schulmedizin daher keine Ursachen-Medizin; vielmehr kuriert sie nur Symptome.

... und plötzlich ist die Krankheit wieder da

Für diese Feststellung kann ich keine kompetenteren Zeugen anführen als die Herren Professoren Bass (Bundesgesundheitsamt) und Kramer (Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie). In der Sendung „Argumente" des Hessischen Rundfunks am 16. 6. 1984 sagte Ersterer: „In jedem Sektor der Medizin, Sie können eine endlose Liste machen, gibt es Krankheiten, die wir heute leider nicht in den Griff bekommen. Das stimmt. Wir können eine Vielzahl von Krankheiten symptomatisch behandeln; d. h. wir geben ein Mittel, und wenn wir aufhören, es zu geben, ist die Krankheit wieder da. Was wir versuchen müssen, ist, solche Arzneimittel zu entwickeln, die tatsächlich in der Lage sind, Krankheiten zu beseitigen. Hier ist ein großer Sektor, und hier ist praktisch nichts vorhanden."

Und Professor Kramer ergänzte: „Natürlich wollen wir Krankheiten gern kausal, d. h. ihrer Ursache gemäß, behandeln. Da sind zunächst einmal die Kliniker aufgerufen, diese Ursachen am kranken Menschen herauszufinden. Das kann die pharmazeutische Industrie nicht machen; denn wir sind ja nicht klinisch tätig. Wir können dann nur aufgrund derartiger Grundlagenforschung neue Arzneimittel bauen, die dann die Ursachen von Krankheiten, die dann bekannt sind, beseitigen."

Damit geben die beiden Professoren zu, daß sowohl die Arzneimittel- als auch Grundlagenforschung via Versuchstier weitestgehend untauglich sind. Somit wären wir wieder zum Ausgangspunkt unserer Methodenkritik zurückgekehrt. Die Schlußfolgerung, wie viele Tierversuche überhaupt noch notwendig sind, kann man getrost dem nachdenklichen Leser überlassen.

In der nächsten Folge: Ein Beitrag von Professor Walter Brendel, Direktor des Instituts für Chirurgische Forschung an der Universität München

China: Neue Form der „Umerziehung"

AP/DW. Peking

Chinas Umerziehungslager für jugendliche Delinquenten sollen nach Meldung der chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua innerhalb der nächsten drei Jahre in Sonderschulen umgewandelt werden. Justizminister Zou Yu begründete den Schritt, Unterricht auf den Gebieten der Politik, Kultur und Technologie sei die Art und Weise, in der Jugendliche auf den „Pfad der Tugend zurückgeführt" werden könnten.

Nach Angaben der Kommunistischen Jugendliga Chinas gab es 1983 in China mehr als 30 Umerziehungszentren, in denen jeweils bis zu 20 000 Jugendliche Strafen zwischen sechs Monaten und drei Jahren absäßen. Die Mehrheit von ihnen seien Diebstahltäter. Nur 0.1 Prozent würden Vergewaltigung oder andere schwere Verbrechen zur Last gelegt.

Über die Umerziehungslager, in denen besonders körperliche Arbeit als Mittel der „Läuterung" hochgehalten wird, war bisher wenig zu erfahren. Ausländischen Besuchern wurden zumeist nur mustergültige Jugendstrafanstalten vorgeführt, die nun weiter reformiert werden sollen. Über die anderen Straflager hieß es bislang nur, wie Xinhua im November berichtete, in den letzten 30 Jahren seien in Fabriken und auf Bauernhöfen „mehrere Millionen Gefangene" dem Prinzip der „Umerziehung durch Arbeit" unterworfen worden. Häftlinge, die sich durch ein „hohes Maß an Arbeitsproduktivität" auszeichneten, würden besser bezahlt und hätten „gute Aussichten, vorzeitig entlassen zu werden".

20 Tote bei Wahlen in Indien

AFP, Neu-Delhi

Am ersten Tag der indischen Unterhauswahlen sind nach offiziellen Angaben bei Zwischenfällen 20 Menschen ums Leben gekommen. Über 200 wurden verletzt. Die schwersten Zwischenfälle ereigneten sich im ostindischen Unionsstaat Bihar, wo zwölf Personen getötet und 30 weitere verletzt wurden. Mehr als 100 Menschen wurden dort verhaftet. Wegen der Vorkommnisse muß heute die Wahl in rund 20 Wahlkreisen wiederholt werden. Der Sekretär des Wahlausschusses in Neu-Delhi, K. Ganesan, versicherte jedoch, der erste der drei Wahltage sei, gemessen an früheren Urnengängen, friedlich verlaufen.

Die Wahlbeteiligung lag nach ersten Schätzungen bei 60 Prozent, was etwa dem Stand der Wahlen von 1977 und 1980 mit jeweils ebenfalls 60 und 57 Prozent entspricht. Noch rund ein Drittel der knapp 380 Millionen Wahlberechtigten sind heute und morgen zu den Urnen gerufen, um die restlichen 125 der ausgeschriebenen 508 von insgesamt 544 Unterhausmandaten zu vergeben, um die sich mehr als 5000 Kandidaten bewerben. In den Unionsstaaten Assam und Punjab, wo in den vergangenen anderthalb Jahren schwere Unruhen wüteten, sowie in der mittelindischen Stadt Bhopal wird erst später gewählt.

Allgemein rechnet man mit einer klaren Mehrheit für die regierende Kongreß-Partei Rajiv Ghandhis, des Sohnes der Ende Oktober ermordeten Regierungschefin Indira Ghandi. Für den Ghandi-Sohn bedeuten diese achten Unterhauswahlen seit der Unabhängigkeit Indiens 1947 die Legitimation als neuer Premierminister.

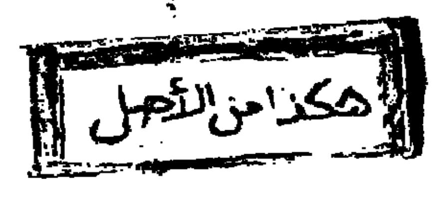
Neue Waffen für radikale Schiiten

DW. Damaskus

Die syrische Regierung hat nach Angaben gut unterrichteter Kreise in Damaskus zugesagt, ihre Hilfe für die radikalen schiitischen Organisationen in Libanon auszuweiten. In einem Treffen zwischen Präsident Assad und dem schiitischen Studentenführer Hussein Fadlalla schon am 2. November wurde der syrische Präsident gebeten, die Sperre von Waffentransporten von Iran an die radikale Studentenorganisation Ad-Da'Wa-It-tihad el-Talaba (Der Ruf) aufzuheben. Assad sagte eine wohlwollende Haltung zu.

Am 23. November trafen der syrische Vizepräsident Khaddam und Verteidigungsminister General Mustafa Tlas in Damaskus mit Ayatollah Mousawi Adabilli, dem Präsidenten des obersten iranischen Rates für Gerechtigkeit, und Ahdai Sams-el Din, dem Vorsitzenden des schiitischen Rates in Libanon, zusammen. Bei dieser Begegnung versprachen die syrischen Politiker, ihre Unterstützung für die schiitischen Organisationen erheblich zu verstärken.

Syrien hat die Zusagen in der Zwischenzeit bereits teilweise erfüllt. So wurden am 1. Dezember 500 moderne Schnellfeuergewehre an die schiitische Miliz Amal im Bekaa-Tal übergeben. Die Waffen waren in syrischen Armee-Lastwagen transportiert worden. Gleichzeitig mit den Gewehren erschien eine Gruppe syrischer Militärinstrukteure, um die Amal-Milizen für Kampfaufträge auszubilden. Es gibt Anzeichen dafür, daß diese Unterstützung weiter ausgeweitet wird.



Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Das Schlagwort „Revanche"

Sehr geehrte Damen und Herren,

in den letzten Wochen häufen sich die Klagen von Polen über den deutschen Revanchismus. Unsere Politiker beteuern, es gäbe ihn nicht in *Deutschland, und sind bemüht, Dis*kussionen über die deutsche Ostgrenze zu vermeiden.

„Revanche" kann bedeuten: Wiederholung des Kampfes. Das will nie*mand. Wir haben den Krieg verloren.* Wir feiern zwar nicht den Jahrestag des Zusammenbruchs – aber wir wollen den Krieg nicht wiederholen.

„Revanche" kann auch bedeuten: Rache. Wegen der Grausamkeiten gegenüber den Volksdeutschen vor dem Krieg? Wegen Polens Mitschuld am Ausbruch des Zweiten Weltkriegs? Oder wegen der Vertreibung und Ermordung vieler Deutscher nach Kriegsende? Die Schuld der Polen liegt lange zurück. Wir müßten unsere Schuld mit der der Polen aufrechen – und wer weiß, wie die Bilanz aussieht. Es gibt kaum Deutsche, die sich rächen wollen. Revanche scheidet aus.

Trotzdem wollen viele Deutsche die Oder-Neiße-Grenze nicht anerkennen. Hitler hat Gewalt angewandt. Die Russen und die Polen haben Gewalt angewandt. Die Oder-Neiße-Grenze ist das Ergebnis dieser Gewalt. Sie entstand gegen das Völkerrecht, ohne Rücksicht auf das Selbstbestimmungsrecht der Betroffenen.

Polen wurde dreimal geteilt. Es hat *polnische Politiker gegeben, die ver*suchten, diese Teilungen durch Verträge zu sanktionieren. Solche Verträge sind immer wieder vom polnischen Volk mit einer beispielhaften Ausdauer und Energie zerrissen worden. Hat die Zusicherung deutscher Politiker über die Endgültigkeit der Oder-Neiße-Grenze einen ähnlichen Wert? Sind deutsche Politiker überhaupt befugt, im Namen der Deutschen auf diese Ansprüche zu verzichten? Gebiete, die über Jahrhunderte von Deutschen urbar gemacht, besiedelt und dann bewirtschaftet worden sind, können uns mit Gewalt genommen werden – aber auf unsere Ansprüche verzichten? Nein.

So denken viele Deutsche. Sie halten es nicht für opportun, das heute laut auszusprechen. Aber irgendwann wird sich dieses Denken und *Fühlen wieder in Politik umsetzen.* Das sollte dann nicht zu Revanche oder Gewalt gegen Polen führen, sondern zu folgendem: Öffnung der Grenze für deutsche Rückwanderer, *friedliches Nebeneinander* von Deutschen und Polen in den Oder-Neiße-Gebieten, Minderheitsstatus für die dort lebenden Deutschen, Recht auf freie wirtschaftliche und politische Betätigung.

Die Polen in den Oder-Neiße-Gebieten sollten sich immer bewußt sein, daß eines Tages die früheren Eigentümer oder deren Enkel vor ihrer Tür stehen und ihren Boden von ihnen zurückfordern könnten. Wir wollen hoffen, daß Unrecht dann nicht wieder mit Unrecht vergolten wird. Die Kette der Gewalt zwischen den Polen und Deutschen muß endlich aufhören. Aber: Unrecht Gut gedeihet nicht! – auch nicht in Polen.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. R. Aul,
Rösrath-Kleineichen

Glaubenszeugnis

„Christen in der UdSSR"; WELT vom 13. Dezember

Mit großer Freude hat mich die Verleihung des „Templeton-Preises für Fortschritte in der Religion" an *den englischen Pfarrer Michael* Bourdeaux erfüllt, den Gründer und Leiter des „Keston-College" für Ostkirchenforschung in England. Nur zu berechtigt ist die Kritik Pfarrer Bourdeaux' *am Weltkirchenrat, der nach seiner Ansicht die anderen Mitgliedskirchen* im Blick auf die wirkliche Situation russischer Christen „in die Irre geführt" hat, ja diese verrät, wie sich *Pfarrer Bourdeaux jetzt in USA* geäußert hat.

Bedrückung und Verfolgung der Christen haben weltweit zugenommen, besonders auch in der Sowjetunion. Hier trat vor einem Jahr ein Gesetz in Kraft – die WELT berichtete darüber –, wonach Gefangene, die sich nach Ansicht der Behörden irgendeinen Ungehorsam im Straflager zuschulden kommen ließen, eine Verlängerung ihrer Strafe erhielten. So können sie kurz vor der Entlassung nach verbüßter Strafzeit zu weiteren Jahren verurteilt werden. Das kann gerade auch für führende Christen lebenslängliche Gefangenschaft bedeuten. Die Christen werden als „politische" Gefangene verurteilt, aber oft mit schwer kriminellen Häftlingen zusammengelegt, von denen sie vielfach mißhandelt werden. Die Verhältnisse in den Lagern sind unvorstellbar schrecklich, ganz zu schweigen von den psychiatrischen Anstalten, aus denen die Menschen als lebende Wracks, wenn überhaupt, herauskommen.

Nach einem Wort des kürzlich verstorbenen früheren bayerischen Landesbischofs Dr. Hermann Dietzfelbinger „verlieren wir selber die inneren Maßstäbe des Glaubens, wenn wir nicht diejenigen Teile der Christenheit gegenwärtig haben, denen von *Gott das Leiden* um des Glaubens willen auferlegt ist". Es ist keine Frage, daß wir als Christen für sie Mitverantwortung tragen und daß ihr Glaubenszeugnis in Not und Leid uns *entscheidend bestärken kann.*

Irmgard Grimm,
Lindau B.

Manipulation

„Dezinformatsia – Moskaus Lügen und die Schwäche des Westens"; WELT vom 15. Dezember

Sehr geehrter Herr Liminski,

natürlich ist die Wahrheit ein Feind der Lüge, aber die Wahrheit nur „erzählen", wie John Barron meint, nützt gar nichts; das bleibt Stamm*tischgespräch. Wer über keine Multi*plikationsmittel verfügt, ist heutzutage ein toter Mann.

Das haben die Herren über „Dezinformatsia" längst erkannt und gehandelt. Luis Maria Anson hat die angewandte Taktik in seinem Beitrag „Der geistige Terrorismus der fünften Feder" (WELT vom 4. Januar 1982) eingehend beschrieben – die Unterwanderung der Nachrichtenagenturen, der Zeitungen und last not least von Funk und Fernsehen: „Nachrichten, die die Subversiven unterdrükken wollen, gelangen erst gar nicht auf den Schreibtisch des Chefredakteurs."

Solange nicht insbesondere der Zugang zu den öffentlich-rechtlichen *Monopolmedien einer wirksamen de*mokratischen Kontrolle unterzogen wird, hat die Wahrheit wenig Chance, gehört zu werden.

Mit freundlichen Grüßen
Helmut Walther,
Zuschauervereinigung AFF Köln

Unverständlich

Ich finde es haarsträubend, wenn ein deutscher Außenminister eine Reise nach Polen absagt, weil ein bekannter Journalist und Osteuropa-Experte einer großen deutschen Tageszeitung kein Visum für Polen erhält, aber offenbar nichts dabei findet, wenige Wochen später in die Tschechoslowakei zu fahren, wenn dem gleichen Journalisten, der bis dahin keine Probleme hatte, die Tschechoslowakei zu besuchen, zur Berichterstattung über den Genscher-Besuch in Prag kein Visum erteilt wird. Sicher war dieses Vorgehen der Prager Behörden vorher im *Ostblock abgesprochen worden.*

Die kommunistischen Machthaber werden sich wieder einmal in ihrer These bestätigt finden, daß sie mit diesem Außenminister offenbar machen können, was sie wollen.

Dr. E. Friedrich,
Berlin 15

Erpressung

„Neuer Übergang verkürzt Fahrt nach Berlin"; WELT vom 17. Dezember

Sehr geehrte Redaktion,

dieser vielsagende Satz, daß der Kapitalist an den Kommunisten noch den Strick liefern würde, wenn er wüßte, daß man den letzten Kapitalisten damit aufhängen möchte, paßt in Ihre Berichterstattung.

Nicht nur, daß sich der Osten weigert, das letzte Autobahnstück vor Hof bei 550 Millionen Transitpauschale zu reparieren und von unserem Geld Fluchtverhinderungsmaßnahmen gebaut werden, stellt man auch fest, daß der Westen sich immer wieder erpressen läßt. Wann werden wir lernen, auch mal gegen den Osten Bedingungen zu stellen, die der Osten erfüllen muß?

Mit freundlichen Grüßen
A. Weidlich,
Berlin 36

Wort des Tages

„Kein Mensch möchte wohl die Reichtümer der Welt haben wollen, wenn er sie allein haben müßte. Der Mensch ist zum Zusammenleben mit anderen geschaffen."

Aristoteles; griech. Philosoph (384–322 v. Chr.)

Krieg der Sterne

Nach den letzten Erkenntnissen läßt sich für die Bundesrepublik folgende mittelfristige Sicherheits-Zwischenbilanz aufmachen:

st ● Die geplanten „star wars"-De*fensivwaffen der Amerikaner* sind für uns Westdeutsche irrelevant. Sie eignen sich nicht zur Abwehr der uns unmittelbar bedrohenden Mittelstrecken-Raketen. Zeitgenossen mit Durchblick wissen das. So auch Rüdiger Moniac. Er schreibt: „Allein schon begründet durch die physikalischen Gesetze wird klar, daß ein SDI-Schutz für NATO-Europa ein Ding der Unmöglichkeit bleiben muß." (Die WELT vom 6. Dezember)

● Stimmt die These vom „Nuklearen Winter", über die die Pentagon-Planer ungemein bestürzt sind, ist die Strategie der nuklearen Abschreckung Makulatur.

● Damit erhöht sich die Wahrscheinlichkeit des Ausbrechens eines konventionellen Krieges sprunghaft. Die Bundesrepublik wäre dann heute wieder da, wo Deutschland 1945 war.

Dr. H. Kollai,
Nürnberg 1

Rotes Arsenal

„Verteiler der Nation"; WELT vom 12. Dezember

Sehr geehrter Herr Hertz-Eichenrode,

der Präsident des BVerfG scheint sich der Pflicht seines hohen Amtes nicht voll bewußt zu sein.

Er offenbart profunde Unkenntnis der steuerlichen Wirklichkeit.

Brauchbare Ansätze werden durch ideologische Verbrämung entwertet. *Die operational untaugliche* Verwendung von abstrakten und inhaltlosen Begriffen wie Steuergerechtigkeit, Sozialstaat etc. in Verknüpfung mit Extremfällen ist bedenklich.

Die zusätzlich dabei gebrauchten Formulierungen stammen teilweise aus dem Spracharsenal roter und grüner Agitatoren und sind einem Juristen seines Ranges unwürdig.

Insgesamt kann man dem Präsidenten des BVerfG in seiner Steuerrechtsauffassung und Rechtsfindung übermäßiges Vertrauen nicht entgegenbringen. Was ihm offenbar völlig abgeht, ist die Einsicht in wirtschaftliche Zusammenhänge.

Die zweifellos anstehenden steuerlichen Probleme lassen sich per Umverteilung bestimmt nicht lösen, vor allem weil die simultanen wirtschaftlichen Auswirkungen nicht berücksichtigt werden.

Mit freundlichen Grüßen
W. J. Engelhardt,
Köln 41

Andere Gründe

„Den Donauschwaben eine Chance"; WELT vom 18. Dezember

Sehr geehrte Herren,

bei aller Sympathie für Ungarn und seinen „besonderen Weg" sollte die Feststellung von Herrn Ströhm „40 Prozent der donauschwäbischen Bevölkerung wurde, dem Potsdamer Abkommen gemäß, ‚ausgesiedelt'" ergänzt werden: Es war nicht Freundlichkeit der neuen kommunistischen Herren Ungarns, die etwa 60 Prozent der Donauschwaben vor der „Aussiedlung" bewahrte. Vielmehr war man in Ungarn nicht ganz so schnell mit der Vertreibung der Deutschen wie in Polen und der Tschechoslowakei. Aus diesen Ländern stauten sich die Vertriebenen in Deutschland und *Österreich bereits in einem solchen* Maße, daß die amerikanischen und sowjetischen Besatzungsbehörden sich jede weitere Aufnahme von „Aussiedlern" aus Ungarn verbaten.

Im übrigen ist es den Ungarn-Deutschen 1945 kaum besser ergangen als den Deutschen in anderen Ländern Ost-Mitteleuropas.

H. O. Lippens
Hamburg 70

Klare Sprache

Mit Begeisterung las ich in DIE WELT am 19. Dezember die Worte von Franz Josef Strauß an Erich Honecker: „Wenn Sie mit uns der Ansicht sind, daß von deutschem Boden nie wieder ein Krieg ausgehen darf, dann führen Sie ein Ende der unmenschlichen Kriegsführung gegen einzelne Deutsche an Mauer und Stacheldraht herbei."

Warum hört man nie einen geistigen Führer der Sozialdemokraten, oder der Grünen in unserem Lande, die doch auch angeblich Deutsche sind und als solche mit den an der DDR-Grenze ermordeten Deutschen mitleiden müßten, ähnliche Worte an die Verantwortlichen dieser Verbrechen richten?

O. Strasser,
München

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Personalien

GEBURTSTAGE

Ein Chronist der Juden in Deutschland begeht am 28. Dezember seinen 80. Geburtstag. Um ungestört zu bleiben, ist Dr. **Ernst G. Lowenthal** zusammen mit seiner Frau **Cécile** (aus dem Hause Hensel-Mendelssohn) für einige Tage aus seiner Wahlheimat Berlin entflohen. Der in Köln geborene Doktor der Volkswirtschaften war von 1929–1938 Fachreferent im „Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens". Nach dem Krieg war er in verschiedenen internationalen jüdischen Organisationen tätig. Heute ist er Mitarbeiter vieler Zeitungen und Zeitschriften. Er sieht es als seine Lebensaufgabe an, der Nachwelt ein von Stereotypen befreites Bild des deutschen Judentums zu hinterlassen.

*

Kurt Beuscher, Vizepräsident der Industrie- und Handelskammer Mittlerer Oberrhein, geschäftsführender Gesellschafter des Großhandelsunternehmens Peter Beuscher KG in Karlsruhe, vollendet heute sein 65. Lebensjahr.

EHRUNG

Einer der bekanntesten Journalisten Berlins, **Rudolf Stiege**, ist von Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** mit dem Bundesverdienstkreuz Erster Klasse ausgezeichnet worden. Der Regierende Bürgermeister **Eberhard Diepgen** überreichte dem stellvertretenden Chefredakteur und Chefkommentator der „Berliner Morgenpost" den Orden. Stiege erhielt die hohe Ehrung für seine publizistischen Verdienste um die Bewahrung der Einheit der Deutschen und wegen seines Engagements für Berlin.

ABSCHIED

Nach 15 Dienstjahren im Informationsbüro des amerikanischen Stadtkommandanten verläßt einer der „bodenständigsten" Amerikaner in Berlin die Stadt: **Stanley P. Silbey (68)**, Pressesprecher der US-Armee und langjähriger Mitorganisator des traditionellen „Deutsch-Amerikanischen Volksfestes", das jeweils mehrere hunderttausend Besucher anlockt.

Mit den Premysliden fing es an

Ein zentraleuropäisches Land im Visier: Friedrich Prinz über Böhmen im Mittelalter

Kann man heute noch von Böhmen beziehungsweise von den böhmischen Ländern (Böhmen, Mähren, Schlesien) sprechen, im Zeitalter der von sowjetischen Truppen kontrollierten Zweiten Tschechoslowakischen Republik? Wird es jemals wieder ein Böhmen im historisch-europäischen Sinne geben? Die erste Frage ist mit Nein zu beantworten. Bei der zweiten Frage muß der Historiker passen. Zukunftsdeutung gehört nicht zum Handwerk.

Das historische Böhmen ist 1945/46 mit der gewaltsamen Vertreibung des deutschen Bevölkerungsteils, der gut 700 Jahre im Lande saß, erloschen. Sein tragisches Ende hat der seit dem 19. Jahrhundert aufgeflammte Streit zwischen national-tschechischen und nationaldeutschen Historikern über die Rolle der beiden Völker im böhmischen Bereich überdauert – wobei die Tschechen im Zug der Wiederbelebung ihres nationalen Geschichtsbildes ihre Rolle überschätzten. Daß die Deutsch-Böhmen, insbesondere die Sudetendeutschen, zurückschlugen, ist auch nicht verwunderlich. Politische Leidenschaft ist jedoch beim Studium der Geschichte kein nützlicher Ratgeber, zumal wenn es sich um weit zurückliegende Zeitläufe handelt, denen der Nationalismus des 19. und 20. Jahrhunderts noch ganz fremd war.

Jetzt versucht der Münchner Historiker Friedrich Prinz, 1928 in Tetschen an der Elbe geboren und somit noch ein Sohn des Böhmerlandes, mit einem Buch über „Böhmen im mittelalterlichen Europa" das oft verzerrte Bild der geschichtlichen Entwicklung wieder zu entzerren. Die Ursprünge der böhmischen Völkerfamilie liegen nun einmal im pränationalistischen Zeitalter. In Anbetracht der gegenwärtigen Lage kommt dieses Unternehmen deshalb einem Balanceakt gleich. Sehen wir von der durch den Verfasser kurz abgehandelten Vor- und Frühgeschichte mit Kelten und Markomannen ab – interessant wird die Schilderung erst mit der Landnahme durch die slawischen Tschechen nach der Völkerwanderung.

Etwa von 850 an bildet sich in Böhmen unter dem Haus der Premysliden ein slawischer Staat, der sich dann zum katholischen Glauben bekennt und schon aufgrund seiner geographischen Lage Anschluß an das Heilige Römische Reich sucht und findet; dies Reich war ja durchaus nicht nur „deutscher Nation". Seit 1192 führen die Premysliden-Herzöge den Königstitel. Mit dem Jahr 1306 erlöschen sie im Mannesstamm. Erben sind Dynastien deutschen Ursprungs, die Luxemburger und später die Habsburger. Aber noch der gewaltige Kaiser Karl IV., der von Prag aus das Reich regiert, hat eine Premysliden-Tochter zur Mutter gehabt.

Der Anschluß der Böhmischen Herrscher an das sakral bezogene, supranationale Heilige Römische Reich hat niemals etwas mit

---

Friedrich Prinz:
Böhmen im mittelalterlichen Europa
Frühzeit, Hochmittelalter, Kolonisationsepoche. Verlag C. H. Beck, München. 238 S., 58 Mark.

---

einer Unterwerfung unter das deutsche Königtum im Reich zu tun gehabt. Insofern konnten also die Neonational-Tschechen des 19. Jahrhunderts auf ihre verbriefte nationale Eigenständigkeit pochen. Freilich bildet dann die mit dem Ende des 12. und voll mit dem 13. Jahrhundert einsetzende sogenannte Kolonisationsepoche durch den Einstrom deutscher Siedler, die von den Premysliden selbst gerufen wurden, die Grundlage für die Herausbildung jener tschechisch-deutschen, nie spannungsfreien Symbiose, die für den böhmischen Raum typisch wird. Die Deutschen bringen für die damalige Zeit moderne agrarische Neuerungen mit, den Räderpflug und die Dreifelderwirtschaft. Deutsche Handwerker und Kaufleute beflügeln die Entwicklung der Städte. Der Premysliden-Hof in Prag empfing damals auch lebhafte Impulse von der höfisch-ritterlichen Kultur des deutschen Minnesangs.

Längst war das tschechische Haus in den Heiratskreis der damaligen europäischen Fürstenfamilien einbezogen, gleich den Piasten im benachbarten Polen. Und wo deutsche Adelsfamilien im Lande erschienen, vermischten sie sich mit dem heimischen tschechischen oder mährischen Adel. Der böhmische Herrenstand mit seinem überspannten Selbstbewußtsein war weder deutsch noch slawisch, er war ganz einfach eben „böhmisch". Ein gutes Beispiel dafür bildet die Ahnschaft Wallensteins.

Moderne „rassische" Vorurteile waren dem Mittelalter fremd. Deutsche wie Tschechen im Lande kannten keine geschlossenen Heiratskreise. Diese Großvölkerfamilie kannte allerdings auch Zank und Streit. „Zugereiste" aus der Fremde mit ganz anderen Charaktereigenschaften rufen immer Klagen oder Beschwerden der alteingewurzelten Bevölkerung über Anmaßung und Herrschsucht der Neulinge hervor. Dafür gibt es Zeugnisse schon in der hochmittelalterlichen tschechischen Literatur. Zieht man solche Äußerungen nach Jahrhunderten wieder hervor und betrachtet sie unter nationalistischen Gesichtspunkten, dann verfälscht man das Bild der alten Zeit, in denen erst die Mischung aus tschechischen und deutschen Elementen das Bild vom historischen Böhmen ergab. Eine Idylle jedoch ist auch das alte Böhmen nie gewesen.

Der Verfasser geht nur knapp auf die weitere Entwicklung unter Luxemburg und Habsburg, auf die Auswüchse des religiös-demokratisch-nationalen Hussitisus ein. Ihm geht es nur um die Aufhellung der europäischen Basis des Böhmen im alten Reich.

Friedrich Prinz begibt sich mit seiner Schrift in die Arena zwischen den Parteiungen. Ihm ist es nicht um das übliche Geschwätz von der „Versöhnung" zu tun, sondern um eine ernsthafte historische Prüfung des Sachverhaltes im Hinblick auf die gemeinsame europäische Verantwortung beider einst verbundener Völker, der Tschechen und der Deutschen. Aus nicht öffentlichen Gesprächen von Historikern beider Teile hat er den Eindruck gewonnen, daß man sich in vernünftiger Diskussion nähergekommen ist. Für die deutsche Seite ist seine Darstellung im großen ganzen akzeptabel. Ob ihm die tschechische Seite immer folgen wird, ob gar eine Übersetzung ins Tschechische denkbar ist, können wir nicht beurteilen.

WALTER GÖRLITZ



Von Geheimnissen umwittert: Die KGB-Zentrale „Lubjanka" FOTO: SVEN SIMON

Das System im System

Das Spitzelsystem des Sowjetregimes ruht auf jahrhundertealten Fundamenten. Dementsprechend ist der Apparat auf den stetigen Ausbau von Überwachung, Subversion und Spionage konstruiert. Als die Tatarenherrschaft Ende des 15. Jahrhunderts von Rußland wich, übernahmen die russischen Zaren die ihnen zweckmäßig erscheinenden Regierungsmethoden. Iwan der Grausame gründete die „Opritschina", und ihre Mitglieder, die sogenannten „Opritschniki" („Besondere Leute"), waren verpflichtet, jeden Bürger zu denunzieren, der der Konspiration gegen das Herrscherhaus verdächtig erschien. Das waren die Vorläufer der Ochrana, aus der Lenin nach der Revolution 1917 die Tscheka bildete. Stalin wiederum entwickelte daraus die „Staatliche Politische Verwaltung" GPU. So entstand schließlich das KGB, Abkürzung für „Komitet Gosudarstwennoi Besopasnosti" (Komitee für Staatssicherheit).

John Barron:
KGB heute
Moskaus Spionagezentrale von innen. Aus dem Englischen von Jürgen Bavendam. Scherz Verlag, München. 448 S., 32 Mark.

Über das weltweite Netz der sowjetischen Geheimpolizei ist viel geschrieben worden. Verhältnismäßig wenig wurde allerdings von den Sicherheitsbehörden in der Bundesrepublik Deutschland über die Arbeitsmethoden des KGB im freien Teil Deutschlands bekanntgegeben. Das mag damit zusammenhängen, daß es vor allem in den 70er Jahren während der neuen Ostpolitik nicht für opportun gehalten wurde, die vielfältigen Aktivitäten des KGB-gesteuerten Kartells östlicher Nachrichtendienste an die Öffentlichkeit zu bringen.

John Barron hat in seinem Buch frühere Erkenntnisse über die riesige KGB-Zentrale in Moskau fortgeschrieben und nennt auch Quellen. Das erleichtert das Verstehen der Infrastruktur und des Funktionierens des global gespannten Netzes. Dabei wird dem unbefangenen Leser deutlich, daß Moskaus Geheimdienste beileibe nicht nur Erfolge am laufenden Band notieren können; es mangelt nicht an Schlappen etwa durch Überläufer, wie auch jüngst der Bundesnachrichtendienst (BND) wieder einen KGB-Oberst als Asylsuchenden verbuchen konnte.

Barrons Arbeit belegt die in den letzten Jahren gesteigerten Aktivitäten in den Bereichen der Industrie-Technologiespionage sowie der Einflußnahme auf internationale und nationale Friedensbwegungen. Es ist dem Autor zuzustimmen, wenn er meint, daß es für den Außenstehenden schwerlich möglich ist, die Sowjetunion zu verstehen, ohne das KGB und seine überragende Rolle im System zu kennen.

WERNER KAHL

Adlige Nichtstuer und gelangweilte Bürgersöhne

Leonore Schumachers Abriß russischer Geschichte

Diese Darstellung der Geschichte Rußlands wird auf Kritik stoßen, denn sie entspricht nicht dem Klischee von der verderblichen Zarenherrschaft und dem fast naturnotwendigen Übergang in die Revolution von 1917. Außerdem enthält das Buch Beiträge von orthodoxen Theologen, die unserem Empfinden tatsächlich fremd sind. Einiges hätte man da besser fortlassen sollen. Zudem wimmeln die Seiten von Druck- und anderen Fehlern, für die (wie so häufig heute) der Verlag verantwortlich zeichnet.

Davon abgesehen jedoch entsprechen die Aufzeichnungen eines ehemaligen „Insiders" der Objektivität der klassischen Geschichtswerke. Wer sich je mit der Materie beschäftigt hat, wird froh sein, hier einen so intensiven, leicht lesbaren Überblick über ein Terrain zu finden, das vielen unbekannt ist und das meist tendenziös gesehen wird.

Als erstes tritt in Leonore Schumachers Buch das Kiewer Reich politisch und kulturell hervor, und zwar seit seiner Christianisierung 988: „Im 11. Jahrhundert steht Kiew bereits auf einer höheren Kulturstufe als der gute Durchschnitt Westeuropas ... Es gibt Schulen, es wird gelesen und geschrieben. Zwar dringt die Tätigkeit der Lehrer und Schulen nicht durch alle Volksschichten, doch ist das russische Volk im 11. Jahrhundert alles andere als ein Volk von Analphabeten. Als eine der Töchter Jaroslaws des Weisen, Anna, als Braut des französischen Thronfolgers in Frankreich eintrifft, ist sie die einzige Frau am französischen Hof, die des Lesens und Schreibens kundig ist."

Die Autorin verzeichnet die weitere Entwicklung von den Mongolenstürmen über den (ziemlich gewaltsamen) Anschluß an den Westen durch Zar Peter I. und das „Goldene Zeitalter" bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges. Sozial und wirtschaftlich war damals schon so viel erreicht, daß die Terroristen (meist gelangweilte Bürgersöhne und adlige Nichtstuer) sich genötigt sahen, den großartigen Gesetzgeber und Ministerpräsidenten Peter Stolypin zu ermorden, weil er den Revolutionären den Wind aus den Segeln nahm. Stolypin hatte die Erbfolgegesetze der Bauern verbessert, den Höfen eine rentable Größe gesichert und in den milden benachbarten Gegenden Sibiriens neues Land verteilt.

Es ist bekannt – oder vielleicht auch nicht –, daß es damals Rußland war, das die halbe Welt mit Getreide belieferte, und das zumeist von den Ländereien freier Bauern. Der Großgrundbesitz betrug 1913 noch ganze 23 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche; der Lebensstandard dieses Jahres ist seitdem – bis heute – nie wieder erreicht worden. Daß wir von diesem sogenannten „Silbernen Zeitalter" des beginnenden sozialen Ausgleichs und industriellen Aufbaus

---

Leonore Schumacher:
Die Stadt im Feuer
Nachdenken über Rußland. Possev Verlag, Frankfurt/M., 229 S., 30 Mark.

---

so wenig wissen, ist die Frucht sowjetischer Propaganda. Rußland war auf dem besten Wege, als der Krieg ausbrach und Deutschland Lenin 1917 als Sprengbombe importierte. Seitdem leben auch unsere Vorstellungen von der bolschewistischen Desinformation – und wer je in das umfängliche Werk Lenins hineingeschaut hat, kann da nachlesen, daß es gerade so beabsichtigt war.

Wenn es einmal Hoffnung und Glauben an den Kommunismus gab, so ist er überall dort erloschen, wo die Neue Klasse mit unerhörten Privilegien herrscht, während die andern damit beschäftigt werden, vor den Läden Schlange zu stehen, sich in den Krieg schicken zu lassen oder unter elenden Bedingungen zu hausen. Das ist nicht ganz die klassenlose Gesellschaft, von der unsere sozialistischen Theoretiker träumen, aber sie existiert mit ihrem Mangel an Recht und sittlichen Normen in der sozialistischen Realität. Auch davon handelt Leonore Schumachers „Stadt im Feuer".

BRIGITTE GERSTENMAIER

Warum für Kohl das Klima kühler wurde

Hans-Henning Zencke zieht eine Bilanz des ersten Halbjahres 1984 in Bonn

„Gnadengesuch für Bonn" – das ist ein bissiger Titel; dabei ist dessen Verfasser alles andere als bissig oder gar zynisch. Er ist ein politischer Moralist und ein enttäuschter Liebhaber der Wende. Er will nicht verurteilen, er will helfen aus dem bekundeten Glauben daran, daß Bonn besser sei als sein Ruf. Aber: „Man darf die Leute in Bonn nicht allein lassen, sonst können sie's nicht schaffen. Deshalb mein Versuch, die Mühsal deutscher Politik zu beschreiben. Deshalb mein Gnadengesuch", so Zencke.

Es ist gewiß ungewöhnlich, wenn ein Journalist sich daranmacht, ein Tagebuch für das erste Halbjahr 1984 zu schreiben und dies presto, prestissimo auf den Markt zu bringen. Aber dieses Halbjahr hatte es in sich, floß in Bonn über an Affären, an Pannen, an Streit in der Koalition, an Zerfetzung von Männern wie Graf Lambsdorff und Hans-Dietrich Genscher. Natürlich hat niemand das alles schon vergessen. Aber wenn man es jetzt als geballte Ladung vor sich auf dem Tisch liegen hat, dann versteht man, warum das Klima für die Koalition kühler geworden ist, warum die Gesichter in Bonn müder, düsterer geworden sind. Insofern ist das Umschlagsfoto des Buches ein Signal. Da sehen wir hemdsärmelig vereint Kohl, Lambsdorff, Genscher, Boenisch und den Verfasser, allesamt mit übermüdeten Gesichtern auf dem Flug zum Weltwirtschaftsgipfel in Williamsburg. „Die räumliche Enge in der Kabine schuf ein Gruppenbild, das dem Betrachter wie eine Mafia-Szene erscheinen mag. Der Schein trügt. Die Darsteller verbindet nicht die Mitgliedschaft in einer ehrenwerten Gesellschaft, sondern nur das gemeinsame Erleben von Zufällen, die als Politik ausgegeben werden", so Zencke.

Hans-Henning Zencke:
Gnadengesuch für Bonn
Notizen über eine mühsame Politik. Econ Verlag, Düsseldorf. 256 S., 32 Mark.

---

30 Jahre Wirtschaftskorrespondent in Bonn, 30 Jahre überzeugter Marktwirtschaftler, das ist der Hintergrund für Wirken, Beobachten und Denken Zenckes und damit auch seines Buches. Dem Bonn-fernen Leser wird ohne erhobenen Zeigefinger die Tagesarbeit der Korrespondenten dargeboten, wertvoll wie die Stimmungslage dabei notiert wird, auch die sich in diesem Halbjahr wandelnde Notierung des Bundeskanzlers an der politischen Börse.

Da ist im Januar 1984 Egon Bahr, der im Gespräch die These aufstellt, daß nach Adenauer und Brandt Helmut Kohl der erste Bundeskanzler sei, der wieder politische Bedeutung von historischen Dimensionen gewinnen könne. Und zwar einfach deshalb, weil er die Regierungsmacht gleichsam naiv, also nicht sentimental zu handhaben wisse.

Am 10. Februar notiert Zencke, unter den Auguren herrsche schieres Staunen über die jüngsten Meinungsumfragen. Nach seiner Entscheidung über Wörner und Kießling habe der Kanzler an Gunst nicht etwa verloren, sondern gewonnen.

Dann am 22. März im kleinen Kreis: Über Kohl möchte Helmut Schmidt nicht abschließend urteilen. Dafür sei es noch zu früh. Immerhin habe er Stehvermögen. Aber ein eigenes Konzept lasse Kohl bis zur Stunde vermissen.

Die Schlußfolgerung Zenckes am Ende des Halbjahres: „Helmut Kohl und seine Regierungskoalition haben in den letzten Monaten schwere Schläge erlitten".

GEORG SCHRÖDER

Manche Legende widerlegt

Rückblick auf die Bundesregierung von 1948 bis 1955

Ende 1979 lief die 30jährige Frist ab, während der die Akten der Verfassungsorgane der Bundesrepublik unter Verschluß bleiben mußten. 1982 erschien der erste Band Kabinettsprotokolle (1949), weitere werden folgen. Werden sich daraus neue und überraschende Erkenntnisse für die Zeitgeschichtsschreibung gewinnen lassen? Soweit das Buch von Udo Wengst **„Staatsaufbau und Regierungspraxis 1948–1955"** (Zur Geschichte der Verfassungsorgane der Bundesrepublik Deutschland. Droste Verlag Düsseldorf. 351 S., 64 Mark) aus diesen Quellen geschöpft hat, ist das kaum zu erwarten. Allenfalls kann man unbekannte Einzelheiten des Einflusses der Besatzungsmächte und des Verhaltens der maßgeblichen Personen und ihrer Beziehungen zueinander erfahren.

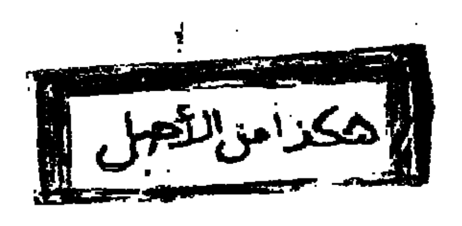
Zu letzterem hat Wengst mit dem Ertrag seiner Forschungen einen beachtlichen Beitrag geleistet. Als Historiker und Politologe beschreibt der Verfasser den Staatsaufbau von 1948–1953 in geschichtlicher und personeller Entwicklung bis zum Bundesverfassungsgericht und dem parteipolitischen Poker um Richterstellen.

Die Deutschlandpolitik ab 1949 bleibt nahezu völlig ausgeklammert. Wengst (Jahrg. 1947) geht von den Realitäten aus und sieht in der Bundesrepublik eine „Weststaatsgründung"; sein Schwerpunkt liegt in der Analyse der personellen Zusammensetzung der Verfassungsorgane. Regierungspraxis heißt für Wengst vor allem Personalpolitik und Kompetenzstreitigkeiten zwischen den Inhabern von Staatsämtern.

Zum Verhältnis Adenauers zu Heuss, Blücher, Heinemann, Erhard und Globke wird manches neue Detail berichtet, ohne daß man von Enthüllungen sprechen könnte. Der Verfasser urteilt zurückhaltend sachlich. Doch seine Belege für Adenauers Überlegenheit bestätigen nur Bekanntes.

In den ersten Jahren verbreitete Legenden von der Renazifizierung der Beamtenschaft und vom Übergewicht der Katholiken in den Bundesministerien werden widerlegt, die Problematik der Einstellung ehemaliger NSDAP-Mitglieder aber erörtert. Wegen seiner wissenschaftlichen Redlichkeit und flüssigen Schreibweise ist Wengsts Abhandlung als ein wertvoller Beitrag zur Versachlichung der Zeitgeschichte zu begrüßen.

HELMUT RUMPF



RALLYE

Prominenz in der Wüste

sid, Paris

Die Rallye Paris–Dakar kann planmäßig vom 1. bis 22. Januar durchgeführt werden. Zu Weihnachten erlaubte Algerien, die Sahara auf seinem Territorium zu durchqueren. Diese 3000-km-Wüstenetappe ist das Kernstück des Wettbewerbs, der über insgesamt 14 000 km führt. Neben Algerien müssen auch Niger, Mali und Mauretanien durchquert werden, ehe der Senegal erreicht wird.

550 Teams wollen mit Autos, Lkws und Motorrädern teilnehmen. Das Abenteuer zieht auch wieder viel Prominenz an. Caroline von Monaco und ihr Mann Stefano Casiraghi starten in einem 550 PS starken Lastwagen der Marke Astra. Erst eine Woche vor Weihnachten hat das Ehepaar die Prüfung zum Lkw-Führerschein bestanden. Albert von Monaco fährt einen japanischen Wagen (Mitsubishi Pajero). Schauspieler Claude Brasseur muß zusammen mit dem Belgier Jacky Ickx den Vorjahrssieg verteidigen. Beide gehören mit dem neuen Porsche 959 erneut zu den Favoriten. Chanson-Sänger Michel Sardou sitzt in einem Geländewagen neben dem ehemaligen Formel-1-Fahrer Jabouille. Mit Mass (Porsche 959), Jarier (Mercedes 280 GE) und Pescarolo (Landrover) sind weitere Formel-1-Fahrer am Start. 35 Teams kommen aus Deutschland, zu ihnen gehören auch Eddy Hau, der viermalige Europameister im Geländefahren, und der deutsche Rallye-Meister von 1983, Erwin Weber.

SPORT-NACHRICHTEN

Doppel-Abfahrten

Düsseldorf (sid) – Im alpinen Ski-Weltcup wurden neue Termine festgelegt: Die ursprünglich im Dezember vorgesehenen Herren-Abfahrten in Val d'Isère und Bormio finden am 11. Januar 1985 in Kitzbühel und am 18. Januar in Wengen statt. Damit müssen die Abfahrer in zwei Tagen zweimal auf die schwierigen Strekken, denn jeweils einen Tag später sind die ursprünglichen Rennen in diesen Orten vorgesehen.

Hohe Ablösesumme

Stuttgart (dpa) – 2,4 Millionen Mark Ablösesumme fordert der deutsche Fußball-Meister VfB Stuttgart für seinen Nationalspieler Karl-Heinz Förster. Die Stuttgarter haben noch keine Gespräche über die Verlängerung des zum Saisonende auslaufenden Vertrages mit Förster geführt. Der Vorstopper fordert einen Fünfjahresvertrag zu den bisherigen Bedingungen.

Assistent für Roggensack

Bielefeld (sid) – Der Fußball-Bundesligaklub Arminia Bielefeld hat Joachim Krug, bislang Lehrbeauftragter an der Sporthochschule in Köln, als Assistenz-Trainer verpflichtet. Er wird Nachfolger des Japaners Ryohei Suzuki, den die Bielefelder verpflichtet hatten, weil er im Gegensatz zu Trainer Gerd Roggensack den Trainer-A-Schein besitzt. Roggensack will den Schein nachmachen.

Rolf Gölz wird Profi

Rom (dpa) – Der Berliner Rolf Gölz wird 1985 als Rad-Profi für den italienischen Rennstall „Beltongo-Colnago" starten, in dem Giuseppe Saronni Teamchef ist. Gölz gewann bei den Olympischen Spielen in Los Angeles Silber in der 4000-m-Einzelverfolgung und Bronze in der Mannschafts-Verfolgung.

Olejnik nach Rosenheim

Rosenheim (dpa) – Nachfolger von Trainer Pavel Wohl (CSSR) beim Eishockey-Bundesligaklub SB Rosenheim wird in der nächsten Saison sein Landsmann Ladislav Olejnik, der noch bis zum Saisonende beim ERC Mannheim unter Vertrag steht. Damit sind die Verhandlungen der Rosenheimer mit Ludek Bukac, Trainer der CSSR-Nationalmannschaft, gescheitert.

Elfmetertor von Schuster

Madrid (sid) – Der FC Barcelona verteidigte in der spanischen Fußball-Liga durch ein 2:0 über Racing Santander die Tabellenspitze (27:7 Punkte). Der frühere deutsche Nationalspieler Bernd Schuster verwandelte in der 90. Minute einen Handelfmeter. Real Madrid, der Klub von Uli Stielike, kam bei Hercules Alicante zu einem 2:2 und liegt mit 23:11 Punkten auf dem zweiten Platz.

Jonyer beendet Laufbahn

Düsseldorf (sid) – Istvan Jonyer, viermaliger Tischtennis-Weltmeister, hat seine internationale Karriere im Alter von 34 Jahren beendet. Jonyer, der 331mal im ungarischen Nationalteam stand, war 1975 in Kalkutta Weltmeister im Herren-Einzel.

Der neue Job der ehemaligen Weltmeisterin Gaby Seyfert aus der „DDR"

Müde, fade Kringel auf Trockeneis in der Budapester Nachtbar „Lido"

OLAF BROCKMANN, Wien

Die Dame hat Vergangenheit. Ein Foto zeigt sie jetzt leicht bekleidet im Schaukasten einer Nachtbar, die nach großem Vorbild „Lido" heißt. Männer sollen sich ein Bild von ihr machen. In diesem Gewerbe ist das üblich. Hier verblüffen nur Ort der Handlung und die Hauptdarstellerin. Dieser „Lido" wurde vor zwei Monaten in Budapest eröffnet, im Zentrum der Stadt, dort wo die großen Hotels stehen. Die Bar gilt als „feudal", wenigstens für die offiziell prüden Verhältnisse im kommunistischen Europa, der Eintritt kostet immerhin 450 Forint (30 Mark), eine Flasche „Mumm Cordon Rouge" umgerechnet 110 Mark. Und die Dame, die dort als Star auftritt, hat Vergangenheit, eine durchaus bedeutende in einer Sportart, in der Flitter und Rouge, knappes Trikot und Tanz wichtig sind: Gaby Seyfert, die erste Weltmeisterin im Eiskunstlauf, die aus der „DDR" kam (1969 und 1970).

Gaby Seyfert, blond und attraktiv, ist 38 Jahre alt. Darf sie jetzt endlich, was ihr einst verwehrt wurde, als sie die umjubelte Eisprinzessin in den Sporthallen war? Geld verdienen nämlich mit ihrer Kunst, die Schlittschuhe richtig zu setzen. Es ist inzwischen kein Geheimnis mehr, daß ihre Mutter Jutta Müller, eine der profiliertesten Trainerinnen der Welt, ihre ganze SED-Parteilichkeit aufbieten mußte, um ihre Tochter im Lande und von den Dollars der Eisrevuen fernzuhalten. Als Gaby Seyfert 1970 zurücktrat, wurde ihr die Hochzeit mit dem österreichischen Weltmeister Emmerich Danzer verwehrt und damit auch der gemeinsame Auftritt bei der Wiener Eisrevue. Gaby bestellte das Aufgebot mit dem „DDR"-Eistänzer Eberhard Rüger, lud die Hochzeitsgäste wieder aus, heiratete ihn später doch, ließ sich scheiden, heiratete wieder. Zeitweise, so wurde gemunkelt, habe sie in Karl-Marx-Stadt unter Hausarrest gestanden, weil sie raus wollte aus der „DDR".

Und nun dies, alles im Alter von 38 Jahren und als Mutter einer zehn Jahre alten Tochter (Sheila): Verpflichtung in eine Budapester Nachtbar über Weihnachten und Neujahr, 14 Auftritte insgesamt. Was für sie dabei herausspringt, ist im gutbesuchten Halbdunkel des „Lido" (viel Flitter, viel Messing, Kerzenlicht) nicht genau zu verifizieren. Ein von Wien aus verabredetes Interview läßt Gaby Seyfert platzen. Sie sagt – und meint die angereisten Journalisten aus Österreich: „Ich hab' in fünf Minuten alles überblickt." Eine leicht beschwipste Dolmetscherin übersetzt die Worte des „Lido"-Geschäftsführers Arpad Lakatos: „Ein Gespräch in dieser Richtung ist unerwünscht." 1000 Dollar soll die Dame mit der großen sportlichen Vergangenheit pro Abend erhalten. Das sind inoffizielle Angaben und eine stolze Summe.

Und was bietet Gaby Seyfert dafür? Um 23.00 Uhr beginnt die Show. Zwei ältere Damen, eine von



Brust raus, Bauch rein (so es noch geht): Gaby Seyfert in der Nachtbar „Lido" FOTO: AP

ihnen eine geschiedene Baronesse Medveczy, tanzen, was sie einst beherrschten, der Sänger György Korda bemüht sich. Um 23.40 wird Gaby Seyfert angesagt – ohne Hinweis auf ihre stolze sportliche Vergangenheit. Die Band spielt zur Einstimmung „Je t'aime". Auf der Bühne wird eine Plane weggezogen, darunter kommt Trockeneis zum Vorschein, eine runde Fläche, Durchmesser vier Meter. Gaby Seyfert kommt in einem Charlie-Chaplin-Kostüm, Stöckchen, angeklebter Bart. Dann zieht sie den Frack aus, das Kostüm darunter ist knapp bemessen. Die Budapester Tageszeitung „Esti Herlap" hatte angekündigt, die ehemalige Weltmeisterin zeige einen Doppelaxel auf der Mini-Fläche. Vielleicht hat sie ihn nur an diesem Abend ausgelassen. Sie dreht sich fad im Kreise, dreht eine Pirouette, immer rundherum. Die Band spielt „Cabaret" und schließlich „Money, money". Dazu fällt ihr auch der kräftigste Gag ein: Sie nippt am Sektglas eines älteren Herrn, der vorne an einem Tisch sitzt. Neckisch, neckisch.

Nach fünf Minuten ist alles vorbei, das Interview wird weiter verweigert. Eine Freundin, bei der sie im achten Budapester Bezirk wohnt, entschuldigt sie. Man müsse verstehen, der Streß und morgen um elf wieder eine Probe.

Die erste Weltmeisterin im Eiskunstlauf, die aus der „DDR" kam und bei einer Revue kein Geld verdienen durfte, als sie wirklich noch eine Eisprinzessin war, dreht sich also jetzt im Kreis zu müdem Beifall. Das Eis bricht nicht bei den Nachtbar-Besuchern. Irgendwie wirkt alles wie eine Flucht in die Vergangenheit, und gerade das wirkt, als gebe es für Gaby Seyfert keine rechte Zukunft mehr. Noch 1978 hat sie für das Ost-Berliner „Sportecho" in der Serie „Jahrzehnte unseres Weges" in einem Beitrag geschrieben: „... den ersten Eiskunstlauf-Weltmeistertitel für unsere Republik. Das rief, vor allem auch nach meiner Titelverteidigung 1970, eine ganze Reihe von Revue-Managern auf den Plan. Man bot Dollar-Summen, die an die Millionen-Grenze reichten. Vergebliches Unterfangen. Ich wollte all jene nicht im Stich lassen, die mir den Weg zur Spitze geebnet hatten, und wollte ihnen auch – bildlich gesprochen – einen Teil der Mühen, die sie in meine Person und meine menschliche und sportliche Entwicklung investierten, wieder zurückzahlen."

Tut sie es jetzt, 14 Jahre später, mit müden Auftritten in einem Nachtklub, der für osteuropäische Verhältnisse als „feudal" gilt? Da paßt nichts zusammen. Gaby Seyfert aber schweigt.

ZAHLEN

FUSSBALL

WM-Qualifikation, Gruppe 5: Zypern – Holland 0:1. – **Europas „Fußballer des Jahres 1984"**, Abstimmung der französischen Fachzeitung „France Football": 1. Platini (Frankreich/Juventus Turin) 128 Punkte, 2. Tigana (Frankreich/Girondins Bordeaux) 57, 3. Elkjaer-Larsen (Dänemark/Hellas Verona) 48, 4. Rush (Wales/FC Liverpool) 44, 5. Chalana (Portugal/Girondins Bordeaux) 18, 6. Souness (Schottland/Sampdoria Genua) 16, 7. Schumacher (Deutschland/1. FC Köln) 12, 8. Rummenigge (Deutschland/Inter Mailand) 10, 9. Giresse (Frankreich/Girondins Bordeaux) 9, 10. Robson (England/Manchester United) 7 Punkte. – **Erste englische Division,** 20. Spieltag: Leicester – Coventry 5:1, Sunderland – Nottingham 0:2.

EISHOCKEY

Junioren-WM in Finnland: UdSSR – Polen 10:0, CSSR – USA 9:1, Kanada – Schweden 8:2, Finnland – Deutschland 9:0, UdSSR – Deutschland 12:1, Kanada – Polen 12:1, Finnland – USA 7:4, CSSR – Schweden 4:3.

HANDBALL

Bundesliga, Männer: Schwabing – Dankersen 20:19, Reinickendorf – Bergkamen 26:17.

VOLLEYBALL

Turnier der Damen in Sindelfingen: Deutschland – Südkorea 1:3; in Waiblingen: Kuba – Holland 3:2. – **Internationales Turnier der Herren** in Haarlem/Holland: Kuba – Südkorea 3:1, Holland – Deutschland 3:1.

GALOPP

Rennen in Dortmund: 1. R.: Pathos (J. Pioniek), 2. Zenobel, 3. Tokkata, Toto: 252/46, 15, 22, ZW: 552, DW: 5112; 2. R.: 1. Ultimo (K. Woodburn), 2. Sania Benedicta, 3. Cosanie, Toto: 64/26, 42, 46, ZW: 1000, DW: 8928; 3. R.: 1. Arend (B. Selle), 2. Zerberus, 3. Jubilar, Toto: 68/21, 20, 18, ZW: 488, DW: 2144; 4. R.: 1. Wapieiro (P. Alafi), 2. Senora, 3. Gerome, Toto: 17/13, 21, 16, ZW: 148, DW: 692; 5. R.: 1. Funkloise (P. Schiergen), 2. Schätzer, 3. Adrasios, Toto: 44/15, 16, 20, ZW: 216, DW: 1088; 6. R.: 1. Romedio Real (S. Klein), 2. Olschowsky, 3. Wüstenhain, Toto: 80/18, 14, 21, ZW: 252, DW: 1472; 7. R.: 1. Traxila (J. Schulte-Nover), 2. La Frontiere, 3. St. Paul, Toto: 100/34, 16, 22, ZW: 392, DW: 2428; 8. R.: 1. Gipsy Dancer (T. Hellier), 2. Chianti, 3. Haldi, Toto: 68/22, 14, 26, ZW: 240, DW: 4016; 9. R.: 1. Dannenwalde (M. Hofer), 2. Midiana, 3. Pina Silvestre, Toto: 68/26, 22, 22, ZW: 392, DW: 1792; 10. R.: 1. Nachtfalke (R. Suerland), 2. Earl, 3. Regalis, Toto: 32/26, 34, 86, ZW: 576, DW: 18 552.

GEWINNQUOTEN

Lotto: Klasse 1: 1 271 439,50, 2: 144 481,70, 3: 7784,30, 4: 117,80, 5: 8,50. – **Toto, Elferwette:** 1. Rang: 10 995,40, 2.: 224,60, 3.: 19,70. – **Auswahlwette „6 aus 45":** 1. Rang: unbesetzt, Jackpot: 424 844,25, 2.: 17 595,70, 3.: 1208,80, 4.: 44,70, 5.: 5,20. – **Rennquintett:** Rennen A: Klasse 1: 5122,00, 2: 455,20. – Rennen B: Klasse 1: 620,80, 2: 95,20. – Kombinations-Gewinn: unbesetzt, Jackpot: 157 969,00. (ohne Gewähr).

STAND●PUNKT / *Michel Platinis Bestätigung*

Nein, aufgeschreckt hat die Nachricht nicht. Selbstverständlich, wer denn sonst hätte zu „Europas Fußballer des Jahres 1984" gewählt werden sollen – wenn nicht Michel Platini. Daß der Franzose wie schon im Vorjahr erneut den Titel gewann, ist eigentlich die logische Konsequenz seiner überaus großen Erfolge. Ein Genie am Ball, ein Stratege und Vollstrecker in einer Person, dagegen kann kein Kraut gewachsen sein.

Dies müssen auch die deutschen Profis neidlos anerkennen. Für sie reichte es nur zum siebten und achten Platz durch Harald Schumacher und Karl-Heinz Rummenigge. Für Torwart Schumacher mit seiner bewegten Vergangenheit ist dieser Platz ein großer Erfolg, Rummenigge durfte sich nicht mehr ausrechnen, nachdem er das Duell der Super-Stars bei der Europameisterschaft gegen Michel Platini um Längen verloren hat.

Der Franzose aber ist schon seit langem dabei, seinem Namen in der Galerie der ganz Großen des Welt-Fußballs einen festen Platz einzuräumen. Platini – dieser Name war in der letzten Saison das Synonym für Siege. Mit seinem Klub Juventus Turin wurde er italienischer Meister, gewann auch den Europapokal der Pokalsieger und wurde schließlich in Italien Torschützenkönig. Dann prägte sein Name die Europameisterschaft: Titel und ebenfalls Torschützenkönig.

Verständlich, daß im Süden Europas sein Name zu „Platinissimo" gesteigert wird. Notwendig ist es eigentlich nicht, Platini ist ohnehin der Beste in Europa. DW

DIE ● WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden † Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns, (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Herbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Waldenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke, WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.), WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Thomas L. Kielinger (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: King-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Wilhelm Furler; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449
Fernkopierer (0 69) 72 79 17
Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 – 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,- einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

Verschärfter Streit um Lasten der Verteidigung

Im Kongreß droht Initiative für Abzug von US-Truppen

R. MONIAC, Washington

Im neuen Jahr wird zwischen den USA und den NATO-Verbündeten in Europa die Auseinandersetzung um die angemessene Verteilung der Verteidigungslasten aller Wahrscheinlichkeit nach schärfer werden. In Washingtoner Regierungskreisen wächst die Sorge darüber, daß im Kongreß die Bereitschaft nachläßt, die in den Augen von Senatoren und Mitgliedern des Repräsentantenhauses zu geringen Verteidigungsausgaben der Europäer wie bisher untätig hinzunehmen.

Deshalb wird es in der Administration für möglich gehalten, daß der Kongreß bei den Beratungen des Haushalts 1986 wieder einen Zusatz (amendment) formuliert und diesmal verabschiedet, der die USA zwingen würde, innerhalb von fünf Jahren fast hunderttausend US-Soldaten aus Europa abzuziehen. Als möglicher Initiator eines solchen Amendments gilt in Washington Senator Roth (Delaware).

Ähnliche Sorgen existieren auch in Bonn. Daraus erklärt sich der spektakuläre Schritt des Bundestagsabgeordneten Klaus Francke (CDU), der zum Monatsbeginn einen Brief an alle Mitglieder des Kongresses richtete und in vielen Einzelheiten erläuterte, wie groß der europäische und insbesondere der deutsche Anteil an der gemeinsamen Verteidigung der NATO sei.

Washington skeptisch

Francke, Mitglied des Bundestags-Verteidigungsausschusses, rechnet in seinem fünfseitigen Schreiben vor, daß die Bundesrepublik Deutschland ihre Verteidigungsausgaben nach den dafür gültigen NATO-Kriterien zwischen 1970 und 1981 im Durchschnitt jährlich real um 2,3 Prozent gesteigert habe. 1985 wird der Bonner Verteidigungshaushalt Francke zufolge um nominal 3,7 Prozent wachsen. Bei einer für 1985 angenommenen Inflationsrate von 1,5 Prozent ergebe sich damit eine reale Steigerung um 2,3 Prozent.

In Washington jedoch wirken solche Erläuterungen offenbar nicht mehr, wie von Bonn gewünscht. Regierungsbeamte erklärten, es werde immer schwieriger, im Kongreß klarzumachen, daß von den Europäern für die Verteidigung genug geleistet werde. „Mit Spiegeln und Rauch ist das bisher gelungen", wurde gesagt, „künftig aber wird das kaum noch möglich sein." Damit sieht sich die US-Administration vor der Aufgabe, mögliche neue Amendment-Initiativen des Kongresses, wie sie letzthin von Senator Nunn betrieben worden waren, zu entschärfen oder abzumildern. Ob das gelingt, wird skeptisch beurteilt, denn, während die USA selbst nach einer erwarteten Kürzung des Verteidigungsbudgets von 1986 weit über fünf Prozent liegen dürften, erfüllt in Europa kaum ein Land die Forderung nach Erhöhung der Verteidigungsausgaben um drei Prozent in realer Kaufkraft.

Probleme für Wörner

In Washington gilt dies als schwerer Rückschlag für die Solidarität im Bündnis. Wie man in Washington meint, hilft auch nicht das Argument von Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner, entscheidend sei nicht, daß der Haushalt um drei Prozent in realer Kaufkraft wachse, entscheidend sei vielmehr, wieviel zusätzliche Kampfkraft eine Armee mit einer vielleicht auch geringeren Wachstumsrate erziele. Wörner hat bereits bei der Tagung der NATO-Verteidigungsminister Anfang des Monats in Brüssel seinem Amtskollegen Weinberger erläutert, daß die Bundeswehr im nächsten Jahr für Beschaffungen mehr als vier Prozent zusätzlich aufwendet und für Forschung und Entwicklung gar rund 30 Prozent mehr als 1984.

In Washington argumentiert man völlig anders. Dort richtet man sich nach dem, was die Amerikaner von den Verteidigungsleistungen der Europäer wirklich wahrnehmen. Daher dringt die richtige, aber zu diffizile Beweisführung Wörners nicht durch. In den USA, so äußern Washingtoner Regierungskreise, gilt als Maßstab, ob die Verbündeten die Drei-Prozent-Marke erreichen oder nicht. Dazu hätten sich alle vor Jahren bei einem NATO-Treffen der Regierungschefs in Washington verpflichtet. Deshalb dürfte Wörner, wenn er Ende März in die USA reisen wird, gegenüber dem Kongreß große Schwierigkeiten haben, Bonns Zuwachs von real „nur" 2,3 Prozent zu verteidigen.

Putschversuch in Irak aufgedeckt

DW. Bagdad

In Irak ist, wie erst jetzt in Bagdad bekannt wurde, Anfang Oktober ein Umsturzversuch hoher Armee-Offiziere aufgedeckt worden. Die Verschwörer hatten versucht, Präsident Saddam Hussein zu ermorden, anschließend wollten sie die Macht übernehmen.

Bemerkenswerterweise rekrutierten sich die meisten Umstürzler aus der „Republikanischen Garde". Diese Elite-Truppe hat ausschließlich die Aufgabe, für die Sicherheit des Präsidenten zu sorgen. Andere Verschwörer waren hohe Luftwaffen-Offiziere und mehrere Oberste des Dritten Panzerkorps der Armee.

Nach Aufdeckung des Umsturzversuches sind 70 Offiziere verhaftet worden, 25 von ihnen gehörten der Republikanischen Garde an. So gut wie alle verhafteten Offiziere dieser Einheit sind mittlerweile erschossen worden, ebenso wie zehn Luftwaffen- und Panzer-Offiziere.

Über Einzelheiten des Umsturzversuches ist eine Nachrichtensperre verhängt worden. Präsident Saddam Hussein möchte verhindern, daß seine ohnehin gefährdete Herrschaft durch das Bekanntwerden von Putschplänen weiter destabilisiert wird. Auch befürchtet man in Bagdad negative Auswirkungen auf die im Golf-Krieg mit Iran engagierte Armee.

Wieder schwere Kämpfe in Kambodscha

DW. Bangkok

In Kambodscha sind an Weihnachten vietnamesische Truppenverbände mit Artillerie- und Panzerunterstützung zu einer größeren Offensive gegen Lager angetreten, die von Widerstandsgruppen beherrscht werden. Wie von einem führenden Vertreter der Guerrillas mitgeteilt wurde, ist ihnen dabei das größte dieser Lager zu einem Drittel in die Hand gefallen. Vietnamesische Kampfverbände drangen nach Angaben von Bun Soi, der in der kambodschanischen Gegenregierung ein Ministeramt für die „Nationale Befreiungsfront des Khmer-Volkes" (KPNLF) hat, in das Lager Rithisen nahe der thailändischen Grenze ein und rückten unter schweren Kämpfen weiter vor. Die Lage dort sei „gespannt und ernst", berichtete Bun telefonisch aus dem Kampfgebiet. Nach seinen Worten griffen die Vietnamesen auch das Lager Ampil an, das ebenfalls von der KPNLF gehalten wird.

Die 61 000 Menschen zählende Zivilbevölkerung des Lagers Rithisen soll über die Grenze nach Thailand geflüchtet sein, nachdem die vietnamesische Offensive mit Artilleriefeuer eröffnet war. Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz berichtete, seine Ärzte behandelten Verwundete aus vier Lagern. Kambodscha war bis Anfang 1979 von den Roten Khmer beherrscht worden.

Einreiseverbot für Abgeordnete der Grünen

DW. Jerusalem

Die israelischen Behörden haben der deutschen Europa-Abgeordneten der Grünen, Brigitte Heinrich (43), die Einreise nach Israel mit der Begründung verwehrt, sie habe Beziehungen zu Terroristen, darunter auch zur Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), unterhalten. Sechs andere Mitglieder einer Delegation der deutschen Grünen durften dagegen über die Waffenstillstandszone zwischen Jordanien und Israel in den jüdischen Staat einreisen.

Der stellvertretende israelische Außenminister Ronnie Milo hatte die Grünen zuvor in einer Rede vor dem israelischen Parlament des Antisemitismus bezichtigt und erklärt, sie stünden dem Ergebnis ihrer Informationsreise durch vier Länder des Nahen Ostens voreingenommen gegenüber. Ein Sprecher des israelischen Außenministers teilte mit, die Delegation werde vom Leiter der Europa-Abteilung im Außenministerium empfangen.

Brigitte Heinrich war 1980 von einem deutschen Gericht wegen illegalen Waffenhandels zu 21 Monaten Haft verurteilt worden. Aus Mangel an Beweisen wurde sie von dem Vorwurf freigesprochen, die linksgerichtete japanische Terrororganisation Rote Armee unterstützt zu haben.

Die Delegation der Grünen war von der linksgerichteten propalästinensischen Partei „Progressive Liste" nach Israel eingeladen worden.

Blüm will billigere Arzneimittel

● Fortsetzung von Seite 1

wesen. Die Vorruhestandsregelung „ist der größte tarifpolitische Renner dieser Saison". Schon jetzt, so sagte Blüm, „ist die arbeitsmarktpolitische Entlastung des Vorruhestandes größer, als alle Wochenarbeitszeitverkürzungen dieses Jahres erreicht haben". Der Unterschied sei nur, „daß dieser Weg ohne Streik und Aussperrung beschritten werden konnte und daß dieser Weg außerdem erfolgreich war".

Was die Situation auf dem Arbeitsmarkt angehe, „so sehe ich Zeichen der Besserung", betonte der Minister. Die Zahl der saisonbereinigten Arbeitslosen gehe seit August zurück. Die Zahl der Kurzarbeiter nehme rapide ab, „und das war immer ein Vorbote von Neueinstellungen".

Blüm appellierte an die Unternehmen: „Bevor Überstunden als Regel eingeführt werden, muß dreimal geprüft werden, ob statt dessen nicht ein Arbeitsloser eingestellt werden kann. Arbeitgeber und Gewerkschaften stehen in dieser Solidarpflicht."

In der Rentenversicherung, so Blüm in dem WELT-Gespräch, „schlage ich mich mit zwei Vorwürfen herum". Der erste laute, „wir hätten zuviel gespart", der zweite heiße, „wir hätten zuwenig Rücklagen in der Rentenkasse". Auch er sei der Meinung, eine Monatsausgabe als Mindestrücklage sei „zuwenig". Aber die Lösung der Opposition, daß die Rentenversicherung mehr Geld von der Arbeitslosenversicherung erhalten sollte, „ist lediglich ein Versteckspiel auf dem Verschiebebahnhof der Sozialpolitik".

Blüm: „Was nützt es denn, fehlendes Geld von der Arbeitslosenversicherung zu bekommen, wenn diese anschließend beim Staat betteln muß?" Notwendig sei es, die Lohnnebenkosten zu senken. Blüm: „1. Weil die Arbeitnehmer den Spaß am Geldverdienen verlieren, wenn das Finanzamt und die Sozialversicherung die Hauptgewinner von jeder Lohnerhöhung sind und 2. weil die Arbeitgeber anstelle von Menschen an Arbeitsplätzen, wenn diese immer teurer werden, Maschinen aufstellen."

Verstimmung zwischen Israel und den USA

AP, Tel Aviv/Washington

Mit Verärgerung ist in Israel die Ermahnung aus Washington aufgenommen worden, umgehend Maßnahmen zur Sanierung der Wirtschaft zu ergreifen. Der israelische Minister für wirtschaftliche Planung, Gad Yaacobi, wurde gestern im Fernsehen mit den Worten zitiert: „Israel braucht keine Moralpredigten." Ministerpräsident Shimon Peres hatte tags zuvor bestätigt, daß er vor zwei Wochen ein Schreiben entsprechenden Inhalts von US-Außenminister George Shultz erhalten habe.

In den israelischen Medien hieß es, Shultz habe Peres bedeutet, eine verstärkte Finanzhilfe der USA komme nicht in Frage, solange die Regierung in Jerusalem nicht drastische Budgetkürzungen durchgesetzt habe. Die Israelis hatten die USA um eine Erhöhung der bisherigen Hilfe ersucht: Für das Haushaltsjahr 1985 erhofft sich Tel Aviv eine zusätzliche Finanzspritze in Höhe von 800 Millionen Dollar (etwa 2,4 Milliarden Mark) und für 1986 mindestens 1,4 Milliarden Dollar (4,2 Milliarden Mark). Peres zufolge schrieb Shultz, Israel sollte die „statistische Alarmglocke" hören und rasch handeln.

Yaacobi zeigte sich nach einem Bericht der Tageszeitung „Haaretz" insbesondere darüber verärgert, daß die USA gerade der ersten israelischen Regierung einen Verweis erteilt hätten, die eine Sanierung der Wirtschaft als oberstes Ziel auf ihre Fahnen geschrieben habe. Geschwiegen hätten die Amerikaner, als die früheren, vom Likud-Block geführten Regierungen unter Menachem Begin und Yitzhak Shamir eine Politik geführt hätten, die die Inflation in die Höhe habe schnellen lassen.

Die Erwartungen von Shultz richten sich auf Maßnahmen zur Reduzierung der Inflationsrate von gegenwärtig 800 Prozent und zum Abbau des Zahlungsbilanzdefizits von fünf Milliarden Dollar. Die Ausgaben der Regierung sollten drastisch gekürzt, ihr das Recht zur Ausgabe von Banknoten entzogen und Subventionen für nicht wettbewerbsfähige Unternehmen eingestellt werden, sagte ein Mitarbeiter von Peres.

Aus Kreisen des Finanzministeriums in Jerusalem verlautete, eine Verwirklichung dieser Pläne würde die Arbeitslosigkeit deutlich erhöhen. Derzeit liege die Arbeitslosenquote bei 7,1 Prozent.

Popieluszkos Mörder ermittelte gegen sich selbst

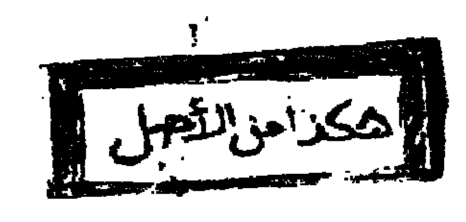
DW. Warschau

Überall in Polen waren die Kirchen am Heiligen Abend zu den Mitternachtsmessen überfüllt. In Warschau gedachten mehr als 5000 Menschen in der Stanislaw-Kostka-Kirche ihres ermordeten Gemeindepfarrers Popieluszko, der inzwischen wie ein Heiliger verehrt wird. In Danzig verbrachten aus Protest gegen die erneute Verhaftung des „Solidarität"-Führers Andrzej Gwiazda elf Menschen die Feiertage in einer Kirche im Hungerstreik. Daran nahm neben Joanna Gwiazda auch die Mitbegründerin der Gewerkschaft, Anna Walentynowicz, teil. Arbeiterführer Lech Walesa kam am Heiligen Abend zur Mitternachtsmesse in diese Kirche, um gemeinsam mit den Hungernden zu beten.

Außerhalb der Warschauer Kirche erinnerte an die Entführung Popieluszkos eine Krippendarstellung, die in der Nähe seines Grabes aufgestellt ist. Dort steht halb eingegraben ein Auto vom Typ Fiat 125, wie die Entführer es benutzten. Der Kofferaum ist offen. Darin liegt, von elektrischen Kerzen beleuchtet, das Jesus-Kind auf Heu. Hinter dem Auto ragen drei große Holzpfähle in die Höhe. Sie sind mit grauem Tuch umwickelt, das an die Uniform der Polizei erinnert. Der Pfarrer der Gemeinde, Teofil Bogucki, betete während der Christmette dafür, daß in dem heute beginnenden Prozeß gegen die Mörder Popieluszkos die ganze Wahrheit ans Licht kommt, und daß man „nicht nur das Schwert, sondern auch die Hand, die es führte", aufzeigen möge.

jgg. Köln

Hauptmann Grzegorz Piotrowski aus dem Innenministerium, der Rädelsführer der Mörder Popieluszkos, wird von der polnischen Untergrundpresse als Senkrechtstarter und „Pistolentyp" charakterisiert. Er hatte zuletzt die Planstelle eines Obersten inne und wurde danach vergütet. Noch Stunden vor seiner Beurlaubung führte er persönlich die Untersuchungen im Mordfall Popieluszko. Die Opposition ist sicher, daß Piotrowski den Geheimdienst-Kidnapper-Schwadronen „Organisation Anti-Solidarnosc" (OAS) angehörte, die dem neostalinistischen KP-Flügel „Patriotische Grunwald-Bewegung" zugerechnet werden. Der den Prozeß in Thorn leitende Richter Kujawa ist für drakonische Urteile gegen oppositionelle Studenten berüchtigt.



Neue Form

Mk. – Die deutschen Reeder präsentieren sich in jüngster Zeit in einer ganz neuen Form. Das ständige Klagen und Krisengerede ist einer selbstbewußten Darstellung gewichen. So bezeichnete der Vorsitzende des Verbandes Deutscher Reeder, John Henry de La Trobe, die deutsche Seeschiffahrt kürzlich als modern und leistungsfähig.

Ein Verzicht auf zusätzliche Subventionen folgert der Verband daraus allerdings nicht. Im Gegenteil. Gefordert wird ein Förderkonzept zur Stärkung der Eigenkapitalbasis der Reedereien. Munition dazu soll ein internationaler Vergleich der steuerlichen Belastung der Seeschiffahrt liefern, der in den nächsten Wochen präsentiert werden soll.

Problematisch ist eine solche sektorale steuerliche Betrachtung schon, auf die sich die Politiker eingelassen haben. Ähnlich könnten doch auch andere Branchen argumentieren, die im Wettbewerb stehen. Auch sie müssen doch häufig Lasten tragen, die manchen ihrer Konkurrenten nicht aufgebürdet werden. Dann müßte der Vergleich doch auf die steuerliche Belastung der Gesamtwirtschaft ausgedehnt, eine Reduzierung der Abgaben querbeet gefordert werden. Im Rahmen des Machbaren ist eine Verständigung darauf möglich.

Die Sonderstellung der Reeder ergibt sich doch eigentlich nur aus dem Zugang zur Ladung, der international verzerrt ist. Hier ist ein politischer Flankenschutz mit Augenmaß, der nicht den Protektionismus durch die Hintertür verschärft, sinnvoll. Hier könnten die Pflöcke, die bereits eingeschlagen sind, noch verstärkt werden.

Rückzug

J. Sch. (Paris) – Für ein globales Abkommen zwischen den französischen Sozialpartnern über die Flexibilität der Arbeitszeit und die Lockerung des Entlassungsschutzes war die Zeit wohl noch nicht ganz reif. Aber daß sämtliche Gewerkschaften mit Ausnahme der *kommunistischen CGT dieses heiße* Eisen überhaupt angefaßt haben, ist für hiesige Verhältnisse doch sehr bemerkenswert. Zu ihrer Unterschrift kam es nur deshalb nicht, weil sie von ihrer „Basis" zurückgepfiffen wurden.

Dieser Tatbestand beweist einerseits ein zunehmendes Verständnis der nichtkommunistischen Gewerkschaftsführer für wirtschaftliche Notwendigkeiten. Andererseits zeigten die an den Abstimmungen beteiligten Arbeitnehmer einen konservativen Reflex, der sicherlich durch die von der CGT ausgegebene Parole „Verteidigung der wohlerworbenen Rechte" beeinflußt wurde.

Das von der CGT jetzt angestimmte Triumphgeschrei werden sich die gemäßigten Gewerkschaften jedoch kaum längere Zeit anhören wollen. Ihre Gegenparole heißt, unter den veränderten Umständen neu verhandeln. So kann diesmal das Patronat die Dinge auf sich zukommen lassen. Außerdem: gegen ökonomische Zwänge ist auf die Dauer kein Kraut gewachsen. Vor allem die starren Arbeitszeit- und Beschäftigungsregeln bedürfen in Frankreich der Revision. Und an behördlich abgesegneten Präzedenzfällen mangelt es nicht.

PFLEGE-RENTE / Lebensversicherer planen Modell mit Beitrags-Anpassungsklausel

Mehr Wettbewerb im Schutz gegen finanzielle Risiken alter Menschen

HARALD POSNY, **Düsseldorf**

Parallel zur Pflege-Krankenversicherung der privaten Krankenversicherer arbeiten die Lebensversicherungs-Unternehmen an dem Modell einer Pflege-Rentenversicherung. Beide sollen Schutz gegen steigende finanzielle Lasten im Fall ambulanter Pflege oder stationärer Pflegebedürftigkeit bieten. Im Gegensatz zur Krankenversicherung, die auf den Eintritt einer vorzeitigen Pflegebedürftigkeit (Unfall, Krankheit) abhebt und Pflegekosten ersetzt, wollen die Lebensversicherer im Pflegefall für abgestufte, beitragsabhängige Renten sorgen.

Nachdem bereits gesetzliche Lösungsmöglichkeiten für eine eigenständige Pflegeversicherung diskutiert worden sind, hatte die Bun*desregierung die Individualversiche*rer aufgerufen, eigene Angebote zu entwickeln. Nach den Plänen der privaten Krankenversicherer wurden jetzt erste Überlegungen der Lebensversicherer bekannt. Sie sehen sich dazu berufen, weil sie bereits Invalidität als besonders schwere Form der Pflegebedürftigkeit versichern. Zusammen mit Einkünften aus der gesetzlichen Rentenversicherung/-Pension und einer eventuellen betrieblichen Altersversorgung soll die Pflege-Rentenversicherung die im Pflegefall anfallenden Kosten dekken, ohne daß der Betroffene zum Sozialempfänger wird.

Bis 1990 werden in der Bundesrepublik etwa zwei Mill. Menschen über 80 Jahre leben, von denen 30 Prozent pflegebedürftig sind. Heute leben bereits allein 260 000 pflegebedürftige Menschen in Heimen. Ein Pflegeheimplatz kostet bei leichteren Pflegefällen (ohne Kosten für Unterkunft und Verpflegung) derzeit im Monat über 1000 Mark. Da diese Beträge häufig weder von den alten Menschen, noch von den Angehörigen aufgebracht werden können, belasten sie die öffentlichen Haushalte *jährlich mit weit über 6 Mrd. Mark.*

Die Lebensversicherer denken als Abhilfe an eine Pflege-Rentenversicherung, die entweder gegen laufende Beiträge oder aber als Versicherung gegen Einmalbeitrag fällig wird. Dabei soll es gleichgültig sein, ob die Pflege zu Hause oder in einem Heim erfolgt. Die volle Rentenzahlung sollte sogar dem erklärten Ziel dienen, alte pflegebedürftige Menschen nicht in ein Heim „abzuschieben".

Eine Leistung soll erst sechs Monate nach Einsetzen der Pflegebedürftigkeit einsetzen. Diese wird nach Pflegestufen (1 bis 3) über einen Punktekatalog festgesetzt: (1) 40 Prozent, (2) 70 Prozent und (3) 100 Prozent der versicherten Rente (Pflegerente). Von einem Alter zwischen 80 und 85 Jahren an wird unabhängig von einer Pflegebedürftigkeit die versicherte Rente als Leibrente gezahlt. Im Todesfall werden 24 Monatsrenten abzüglich schon gezahlter Rentenbeträge ausgezahlt.

Wie in der Lebensversicherung *werden Überschußbeteiligungen aus*geschüttet, im Pflegefall oder bei Zahlung vom 80/85. Lebensjahr an entfällt die Beitragspflicht. In der Diskussion befinde sich auch eine Dynamisierung der versicherbaren Renten, allerdings nur während der Beitragszahlungen und vor Rentenbeginn.

Abgesehen von Sterbe- und Lebenserwartung gibt es keinen ausreichenden Anhalt für den wahrscheinlichen Eintritt einer Pflegebedürftigkeit. Dafür mußten Zahlen und Erfahrungen aus den USA herhalten. Um auch angesichts weiter steigender Pflegekosten später einmal die versprochenen Leistungen erbringen zu können, halten die Lebensversicherer – und das ist neu für die Sparte – eine Beitragsanpassungsklausel für dringend erforderlich. Das ist deshalb besonders wichtig, weil im Gegensatz zur Berufsunfähigkeitsversicherung (60 Jahre) die Leistungsdauer der Pflege-Rentenversicherung nicht begrenzt ist.

Die Lebensdauer von Pflegebedürftigen und die daraus erwachsenden Pflegekosten bergen ebenfalls eine *Reihe von Unsicherheitsfaktoren.* Darüber hinaus fürchten die Versicherer, daß sich zwischen Einführung der Pflegeversicherung und Leistungsfällen in größeren Zahlen (zehn bis 15 Jahre) ein höherer Bestand mit vielleicht nicht ausreichenden Beiträgen anhäuft.

TOURISMUS

Spezialveranstalter waren die Gewinner des Jahres

DW. Hamburg

Erstmals seit fünf Jahren können *die* deutschen Reiseveranstalter für das Touristikjahr 1983/84 (1. 11. 83 bis 31. 10. 84) ein Teilnehmerplus melden. Die Branche konnte damit besser abschneiden als erwartet.

Wie aus einer Untersuchung der Touristikfachzeitschrift „FVW International" hervorgeht, konnten 16 deutsche Reiseveranstalter im abgelaufenen Touristikjahr 5 885 096 Reisende registrieren. Das sind 4,15 Prozent oder 234 505 Reisende mehr als im Vorjahr.

Wie bereits seit einiger Zeit in der Branche diskutiert, sind die mittleren Veranstalter, die regionalen Anbieter und die Spezialisten die Gewinner der Saison. Während die drei größten *deutschen Veranstalter zusammen* nur ein Plus von 1,5 Prozent aufweisen können, konnten die übrigen Unternehmen einen Zuwachs von rund neun Prozent registrieren. Die Zeitschrift geht davon aus, daß die von der *Untersuchung erfaßten* Veranstalter etwa 63 Prozent des Marktes ausmachen. Daraus läßt sich schließen, daß der Gesamtmarkt der Veranstalterreisen im Touristikjahr 1983/84 ein Volumen von etwa 9,3 Millionen *Reisen ausmacht.*

Das Gesamtergebnis wird entscheidend durch eine deutliche Belebung im Flugtourismus bestimmt. Der gesamte Flugtourismus dieser Veranstalter nahm auf 3,54 Millionen zu, das sind 4,8 Prozent oder 163 749 Teilnehmer mehr als im Jahr zuvor. Während der Charterverkehr im Mittelstreckenbereich um 5,2 Prozent auf *drei Millionen zunahm, erreichte* der IT-Reiseverkehr mit einem Plus von 8,5 Prozent 234 914 Teilnehmer. Diese guten Werte werden im Gesamtergebnis des Flugtourismus durch die Stagnation im Ferntourismus gebremst.

Der Bahntourismus der Veranstalter, seit vielen Jahren rückläufig, konnte erstmals mit einem Plus von 6,4 Prozent auf 636 738 Reisende positive Zeichen setzen, während der *Pkw-Tourismus – soweit über Veran*stalter und Reisebüros abgewickelt – nur auf einen leichten Zuwachs von 1,5 Prozent kam. Der Bustourismus ist mit einem Plus von 14,7 Prozent bei den Veranstaltern sicherlich nicht *repräsentativ für das Gesamtergebnis* des Omnibusreiseverkehrs, und das Minus in der Kreuzfahrt von fast acht Prozent im Veranstaltertourismus wird von der negativen Entwicklung bei zwei Großveranstaltern bestimmt. Im *Ferienwohnungsbereich* konnte vergleichbar zur verhaltenen Entwicklung bei Pkw nur ein Zuwachs von 2,1 Prozent registriert werden.

Wenn die Veranstalter, von einem guten Buchungsstand für den Winter ermutigt, auch optimistischer in das kommende Jahr blicken, so sind sie in ihren Prognosen doch zurückhaltend. Mit der Hoffnung auf ein Umsatzplus von 4,1 Prozent signalisieren sie, daß die Preiserhöhungen nicht kompensierbar sind und an die Kunden weitergegeben werden müssen.

Wasser im Bier

Von HANS BAUMANN

Wenn zu Silvester die Gläser klingen und so mancher gute Vorsatz für das neue Jahr das Licht der Welt erblickt, wird die traditionsreiche deutsche Brauindustrie nachdenklich Abschied nehmen von Platz zwei der Rangliste der deutschen Getränkeindustrie. Erste Hochrechnungen der Fachwelt haben herausgefunden, daß die alkoholfreien Getränke auf Platz zwei aufgerückt sind. *Das Bier muß künftig mit Platz drei* vorlieb nehmen. Einsam führen die Hausgetränke Kaffee und Tee mit 245 Litern je Kopf der Bevölkerung vor alkoholfreien Getränken mit 146 Litern und Bier mit voraussichtlich 145 Litern.

Der Trend zum schlank-schlank und die Dikussion um Null-Diät für Alkohol am Steuer hat den alkoholfreien Getränken in den letzten Jahren kräftig Auftrieb gegeben. Der Longdrink zum Feierabend bremst den Bierkonsum. Wein legt mit rund 23 Liter pro Kopf der Bevölkerung jährlich ein wenig zu. Süße Erfrischungsgetränke dominieren bei den Akoholfreien vor den Tafel- und Mineralwässern. Schritt für Schritt kommen aber auch die Säfte und Nektare voran. Alles in allem: Beim Prost zur Jahreswende wird mehr Wasser im Spiel sein als in allen anderen Jahren zuvor.

Und dieser Trend ist noch längst nicht gebrochen. Sollte im kommenden Jahr der Europäische Gerichtshof das deutsche Reinheitsgebot für Bier fällen, so lauert die Gefahr nicht jenseits der Grenzen in Form von Billigbierangeboten aus dem Ausland. Der deutsche Biermarkt könnte vielmehr bedroht werden durch eine Mentalität, die mit dem Abschied vom Reinheitsgebot bei den Konsumenten geweckt werden könnte. Wozu, so mag sich der Durstige fragen, soll ich Bier trinken, das mit Chemie haltbar gemacht wurde? Trinke ich doch gleich Wasser oder Saft oder auch ein Glas Wein.

Hier wird deutlich, daß vornehmlich der heimische Wettbewerb dem Bier im Nacken sitzt, der sich ins Fäustchen lacht, wenn ihm der Europäische Gerichtshof am Binnenmarkt Tür und Tor öffnet, wenn erst das Reinheitsgebot gefallen ist, der bedeutsamste Stabilisator für die Nachfrage nach deutschem Bier. Der Abschied von Platz zwei der Getränke-Rangliste sollte als Signal verstanden werden.

Aber nicht nur der allmähliche Umbau der Getränkestruktur macht den Brauern das Leben sauer. Rein betriebswirtschaftliche Probleme zerren zudem am Lebensnerv dieser Branche. 1983 wurden noch rund *1250 gewerbliche Braustätten* gezählt. Ende des Jahres werden es vielleicht noch 1200 sein, davon allein rund 800 in Bayern. Da aber der Gesamtausstoß an Bier in der Bundesrepublik Deutschland mit rund 94 Millionen Hektoliter nur geringfügig unter dem des Vorjahres liegen wird, muß festgestellt werden, daß der Konzentrationsprozeß in der Brauwirtschaft ungebrochen anhält. Zuwachsraten können im stagnierenden Markt nur noch beim Nachbarn geholt werden, dies um so leichter, je mehr man ihn mit einer aggressiven Preispolitik und rigorosem Marketing zur Aufgabe zwingt.

Die Folgen liegen auf der Hand: Die deutsche Brauwirtschaft insgesamt verliert seit Jahren im Kampf um Marktanteile Eigenkapital, da sie nicht einmal die Inflationsraten kompensieren kann. Dem Biertrinker soll es recht sein: Der Preis für Flaschenbier ist real ständig gesunken, während die Kosten der Brauer ständig stiegen. Hier liegt der tiefe Grund für die Kapitulation von jährlich 30 *bis 50 Braustätten. Den Kosten ste*hen keine adäquaten Erlöse gegenüber, Substanzverzehr und verfallender Cash-flow rauben die Potenz, zu investieren. Das Ende ist programmiert. Der Präsident des Bayerischen Brauerbundes, Peter Scherdel, traf den Nagel auf den Kopf, als er behauptete, daß die Hälfte aller Brauer bereits pleite seien, sie wüßten es nur noch nicht.

Natürlich sind nicht alle Brauereien von diesem Trend gleichermaßen berührt. Es gibt eben solche, die todkrank sind, und andere, die vor Gesundheit strotzen. Sie haben rechtzeitig diversifiziert, auf Export gesetzt. Sie mischen kräftig in jenem Markt mit, der in diesem Jahr auf Rang zwei der Getränke-Skala aufrückte: bei alkoholfreien Getränken.

AUF EIN WORT



„Wir haben zwar weder Öl noch Erz im Boden unseres Landes, doch heißt dies nicht, daß wir keine Rohstoffe hätten. Unser Rohstoff und unser wichtigstes Kapital sind Wissen und Erfahrung unserer Bürger."

Richard G. Hirschmann, Geschäftsführender Gesellschafter des nachrichtentechnischen Unternehmens Richard Hirschmann, Esslingen.
FOTO: DIE WELT

Metallindustrie zuversichtlich

VWD, Köln

*Mit Zuversicht geht die Metallindu*strie in das nächste Jahr. Wie der Arbeitgeberverband Gesamtmetall in seinem jüngsten Bericht feststellt, seien die Belastungen des Arbeitskampfes vom Frühsommer weitgehend überwunden, und man schließe wieder an die Entwicklung von Ende 1983 an. So sei die Zahl der Mitarbeiter zwischen Juni und Oktober um 73 000 aufgestockt worden. Erstmals seit vier Jahren lag zum Herbstbeginn die Beschäftigung wieder über dem Vorjahresniveau, schreibt Gesamtmetall. Die jüngsten Produktions- und Beschäftigungspläne ließen einen weiteren Anstieg der Be*schäftigung erwarten. Die* Auftragseingänge haben sich laut Gesamtmetall im zweiten Halbjahr 1984 wieder gefestigt.

KONJUNKTUR

IW-Umfrage: Optimismus in der Wirtschaft überwiegt

VWD, Köln

Die Wirtschaft in der Bundesrepublik hat nach den Arbeitskämpfen wieder Tritt gefaßt und wird auch 1985 auf Wachstumskurs bleiben. *Diesen Schluß zieht das Institut der* deutschen Wirtschaft (IW), Köln, aus einer Konjunkturumfrage bei 24 Wirtschaftszweigen. Nach Angaben des Instituts überwiegen bei der Umfrage die zuversichtlichen Prognosen. Die Bauwirtschaft und der baumarktorientierte Bundesverband Steine und Erden beurteilen dagegen die mutmaßliche Wirtschaftsentwicklung im kommenden Jahr eindeutig pessimistisch. Der Beschäftigungstiefpunkt in der Bundesrepublik ist der IW-Umfrage zufolge bereits 1984 überwunden worden.

Der Spielraum für eine weitere Zunahme der Beschäftigung werde aber vorsichtig eingeschätzt. Die Bauindustrie, Steine und Erden, der Bergbau und die Mineralölverarbeitung erwarteten für 1985 allerdings einen Beschäftigungsabbau. Fünf Industriezweige wollen ihren Beschäftigungsstand ausweiten: der Maschinenbau, die Elektrotechnik, der Chemiesektor, die Kunststoffverarbeitung und die Druckindustrie. Diese fünf sehr optimistischen Wirtschaftszweige erwarten für 1985 ein Produktionswachstum von fünf bis sechs Prozent sowie einen kräftigen Investitionsstoß. Insgesamt 13 Wirtschaftszweige können laut IW unter dem Nenner „im ganzen optimistisch" zusammengefaßt werden.

Diese Branchen rechneten zwar mit einer Fortsetzung des Aufschwungs, doch das prognostizierte Produktionswachstum liege meist nur um die Zwei-Prozent-Marke. Zu dieser Gruppe zähle auch die Autoindustrie, die die Folgen des Arbeitskampfes noch nicht bewältigt habe und nach deren Angaben die Pkw-Inlandsnachfrage durch die Diskussion über Tempolimit und Katalysator stark beeinträchtigt werde.

RÖHRENAUSFUHREN

Keine Einigung in der EG nach Frankreichs Widerstand

dpa, **Brüssel**

Die Regierungen der zehn EG-Länder haben jetzt bis morgen Zeit, den USA doch noch ein Selbstbeschränkungsabkommen für ihre Röhrenausfuhren vorzuschlagen. *Die* irische Präsidentschaft verlängerte die Zustimmungsfrist, nachdem ein erster Versuch der EG-Länder, sich auf ihre Anteile am Export von Stahlröhren in die USA zu einigen, am Widerstand Frankreichs gescheitert war.

Die Pariser Regierung will dem französischen Exportanteil nur dann zustimmen, wenn zuvor feststeht, daß die USA eine Lieferung von 200 000 Tonnen Pipeline-Rohren nicht der französischen Exportquote zurechnen. Noch ungewiß ist, ob die Industrieminister deshalb vor Jahresende zu einer Sondersitzung zusammentreten.

Es geht darum, daß sich die EG-Länder darüber einigen, wie sie den von den USA der EG angebotenen Marktanteil von 7,6 Prozent untereinander aufteilen. Die USA drohen für den Fall, daß die EG nicht zu einem Selbstbeschränkungsabkommen für die nächsten beiden Jahre bereit ist, *mit einer einseitigen Begrenzung der EG-Einfuhren auf einen Anteil* von nur 5,9 Prozent. Die EG-Länder hatten sich im November bereits über die Aufteilung der 7,6 Prozent geeinigt, waren dabei aber davon ausgegangen, daß die USA Lieferungen für *bereits abgeschlossene Großprojekte, Lieferungen von EG-Firmen an Toch*terunternehmen in Amerika und nicht in den USA hergestellte Stahlqualitäten nicht zu dieser Quote rechnen würden.

Da die USA jetzt jedoch Ausnahmen nur noch für Lieferungen von nicht auf dem heimischen Markt verfügbaren Stahl gelten lassen wollen, muß die Exportmenge neu aufgeteilt werden. Die Bundesrepublik Deutschland leistete bereits einen Beitrag, indem sie auf die Lieferung von 55 000 Tonnen Stahl verzichtete.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Neue Börsenregeln in München

Frankfurt (cd.) – Im Münchner Börsensaal dürfen während der Börsenzeit künftig nur noch solche Werte des ungeregelten Freiverkehrs aufgerufen und/oder gehandelt werden, die ein an der Bayerischen Börse zugelassenes Kreditinstitut als „börsenbegleitendes Institut" haben. Zu den wesentlichen Aufgaben des börsenbegleitenden Instituts gehört zum Beispiel die Bereitschaft, die Börse bzw. den zuständigen Makler über Dividendenzahlungen, Kapitalveränderungen und ähnliches zu informieren. Ausländsche Werte sollen auf Antrag eines Börsenmitgliedes nur dann in den ungeregelten Freiverkehr einbezogen werden, wenn sie an *einer führenden Börse im Heimat*land offiziell notiert werden. Diese neuen Münchner Regeln ähneln denen in Frankfurt und Düsseldorf.

Brasilien wertet ab

Brasilien (VWD) – Zum 71. Mal in diesem Jahr hat Brasilien mit Wirkung von heute den Cruzeiro abgewertet. Der neue Kurs stellt sich auf 3,106 Cruzeiro/Dollar für den Verkauf *und 3,091 Cruzeiro/Dollar beim An*kauf. Die brasilianische Regierung machte diese Ankündigung, nachdem die Banken für die Feiertage geschlossen hatten. Die Abwertung entspricht 1,62 Prozent, womit sich die *gesamte Bewertung in diesem Jah*resverlauf auf 68,32 Prozent beläuft.

Geringere Teuerung

Paris (dpa/VWD) – Die Teuerungsrate in Frankreich ist im November mit 0,3 Prozent weitaus langsamer als in den Vormonaten gestiegen. Nach Angaben des statistischen Amtes in Paris (INSEE) vom Mittwoch handelt es sich um das beste Monatsergebnis dieses Jahres. In den ersten elf Monaten beläuft sich die Teuerung damit auf 6,5 Prozent. Gegenüber November 1983 lag sie um 6,9 Prozent höher. Angepeilt sind von der Regierung in diesem Jahr sieben Prozent. 1983 hatte die Jahresinflationsrate noch über neun Prozent betragen.

Renten-Indices

Frankfurt (cd.) – Die Commerzbank veröffentlicht mit Beginn des neuen Jahres neben ihrem Aktienindex auch zwei neue Indices, die über das Geschehen am Rentenmarkt informieren. Ein Rentenmarkt-Index (Basis Ende 1980 = 100), dem neu von Kreditinstituten emittierte Schuldverschreiben zugrunde liegen und der börsentäglich aufgrund der Renditen effektiv gehandelter Neuemissionen berechnet wird, gibt die prozentuale Veränderung des Kursniveaus gegenüber Ende 1980 an. Er basiert auf der Marktstruktur der Jahre 1979–83 und wird jeweils zum 1. April aktualisiert, indem die Daten des ersten Kalenderjahres durch die des vergangenen ersetzt werden. Neben diesem Rentenmarkt-Index berechnet die Commerzbank auch einen Performance-Index (Ende 1974 = 100) für alle umlaufenden Bankschuldverschreibungen, der Kursveränderungen und Zinserträge erfaßt.

ESA gibt „grünes Licht"

Friedrichshafen (dpa/vwd) – Für die zukünftigen Raumfahrtaktivitäten des Luft- und Raumfahrtkonzerns Dornier ist eine wichtige Entscheidung gefallen. Die europäische Raumfahrtbehörde ESA hat jetzt „grünes Licht" für den Baubeginn des Satelliten-Erdbeobachtungssystems ERS-1 gegeben. Die Dornier System GmbH in Friedrichshafen als Hauptauftragnehmer erhält den 750-Millionen-DM-Auftrag der ESA, von dem, wie Dornier jetzt mitteilte, rund 80 Prozent als Unteraufträge weitervergeben werden. Das gesamte ESA-*Satellitenprojekt, an dem sich 13 Län*der beteiligen, kostet nach Dornier-Angaben rund 1,2 Mrd.DM.

Ford erhöht Preise

Köln (dpa/vwd) – Die Ford AG (Köln) erhöht mit Wirkung vom 27. Dezember für einige Modelle die Preise um durchschnittlich 1,6 Prozent. Dies teilte das Unternehmen am Mittwoch in Köln mit.

Konferenz fortgesetzt

Genf (dpa/vwd) – Die Fachminister der 13 Mitgliedstaaten der Organisation erdölexportierender Länder (OPEC) nehmen heute ihre am vergangenen Freitag unterbrochene 72. Konferenz wieder auf. Die überraschend angekündigte Verhandlungspause sollte dazu dienen, die 13 Staatschefs für einen Plan zu gewinnen, durch Sanktionen für Verstöße gegen die Produktions- und Preisvereinbarungen die Disziplin im Ölkartell wiederherzustellen.

ITALIEN / Finanzmärkte werden weiterentwickelt

Nach englischem Vorbild

GÜNTHER DEPAS, **Mailand**

Stück um Stück entstehen in Italien die Voraussetzungen, um die Finanzmärkte den Verhältnissen in den auf diesem Gebiet weiterentwickelten westlichen Industrieländern anzupassen. So hat die Regierung jetzt einen Gesetzentwurf eingebracht, der die Gründung von Merchantbanks nach angelsächsischem Vorbild ermöglichen soll.

Die italienischen „Merchantbanks" sind nach Definition des Gesetzgebers Banken oder Gesellschaften, die neben dem allgemeinen Dienstleistungsgeschäft in erster Linie den Kauf und Verkauf von Wertpapieren (Aktien, Obligationen und anderen Emissionspapieren) betreiben. Diese Banken müssen sich in ein bei der italienischen Zentralbank gehaltenes Register eintragen. Sie dürfen keine Mehrheitsbeteiligungen erwerben. Ihre Finanzierung ist ausschließlich auf das Eigenkapital und die Emission von Anleihen beschränkt.

Von der Aktivität dieser Banken erwarten Regierung und Zentralbank „mittel- bis langfristig" einen kräftigen Anstoß zur Eigenkapitalbildung in der Wirtschaft und zur Diversifizierung der Anlagemöglichkeiten für die Sparer. Aufgabe der italienischen „Merchantbanks" wird es sein, dynamische Unternehmen mit hoher Renditeerwartung zu einer breiteren Aktionärsbasis zu verhelfen. Träger dieser Erweiterung werden neben dem Börsenpublikum zunächst hauptsächlich die neuen Investmentfonds sein. In einer zweiten Phase werden die Pensionsfonds folgen, die in den nächsten Jahren auch in Italien entstehen werden. Einziger an der Börse operierender Pensionsfonds ist bisher der der italienischen Zentralbank.

Die einzigen echten „Merchantbanks" nach der Definition des von der Regierung jetzt eingebrachten Gesetzentwurfs sind das Mailänder Kreditinstitut Mediobanca, dessen Mehrheit von den drei staatlichen Großbanken Banca Commerciale Italiana, Credito Italiano und Banco di Roma gehalten wird, sowie die dem staatlichen Finanzierungsinstitut IMI gehörende Italfinanziaria in Rom.

Italfinanziaria soll nach IMI-Plänen in den nächsten Monaten stark ausgebaut werden, während für Mediobanca die Internationalisierung durch eine Minderheitsbeteiligung von Lazard Freres geplant ist. Die Gründung weiterer „Merchantbanks" beabsichtigt Italiens größtes Kreditinstitut, die öffentlich-rechtliche Banca Nazionale del Lavoro, die dazu bereits mit der Züricher Rothschild-Bank eine Vereinbarung getroffen hat, sowie die Agnelli-Holding IFI und die Finanzholding von Nuovo Banca Ambrosiano, La Centrale.

UMWELTSCHUTZ / Sanierungskonzept für Altanlagen

Neue Grenzwerte vorgesehen

HEINZ HECK, **Bonn**

In den Verhandlungen zwischen Bund, Ländern und beteiligter Wirtschaft zeichnet sich jetzt in Umrissen ein Sanierungskonzept für Altanlagen ab. Als Bestandteil der Technischen Anleitung zur Reinhaltung der Luft (TA Luft) soll voraussichtlich eine Regelsanierungsfrist von etwa fünf Jahren vereinbart werden, von der nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit abgewichen werden kann.

So ist vorgesehen, beim Anfall gefährlicher Stoffe und großer Mengen, sowie der Entstehung nur geringer Kosten für die Sanierung, unterhalb dieser Frist zu bleiben. Sie richtet sich dann vor allem nach der Genehmigungsdauer, den Lieferfristen und der erforderlichen Zeit für die Installierung der Anlage. Bei weniger gefährlichen Stoffen, geringen Mengen und kurzer Restnutzungsdauer wird an Sanierungsfristen bis zu zehn Jahren gedacht. Beobachter rechnen mit der Novellierung sowohl der TA Luft wie des Bundesimmissionsschutzgesetzes (auch darin wird die Sanierung der Altanlagen verankert) im kommenden Jahr.

Die in der TA-Luft-Novelle enthaltenen zahlreichen neuen Grenzwerte, die zum Teil bis zu einem Hundertstel der Fassung von 1974 heruntergehen, bedingen die Sanierung der Altanlagen. Die Novelle wird gleich eine Neugruppierung der Schadstoffe nach dem Gefährdungsgrad enthalten.

Das Bundesinnenministerium hat die Gespräche mit Ländern und beteiligter Wirtschaft auf der Fachebene abgeschlossen, so daß jetzt die Absicherung auf der politischen Ebene beginnen kann.

VIDEOMARKT / Verbraucher lockerte festen Griff ums Portemonnaie erst spät

Wieder keine Absatzexplosion

JOACHIM WEBER, **Frankfurt**

Bis zum Schluß war die Industrie finster entschlossen, das selbstgesteckte Ziel zu erreichen: 1,6 Millionen Videorekorder wollte sie in diesem Jahr in Deutschland an den Mann bringen. Ob sie tatsächlich in die Nähe dieser magischen Marke – die gegenüber den 1,4 Millionen Stück des Vorjahres gar nicht so ehrgeizig angesetzt war – gekommen ist, wird freilich erst die Abrechnung des Weihnachts-Endspurts zeigen. Bis Ende September sahen die Absatzerfolge noch recht bescheiden aus. Nach Schätzung der ZVEI-nahen Gesellschaft zur Förderung der Unterhaltungselektronik (GFU) wurden in den ersten neun Monaten 817 000 (739 000) Geräte verkauft, zehn Prozent mehr als 1983.

Doch eine alte Daumenregel der Unterhaltungselektronik-Branche besagt, daß rund die Hälfte des gesamten Jahresumsatzes in den letzten drei Monaten des Jahres anfällt, sprich: im Weihnachtsgeschäft. Über dessen Entwicklung freilich vermag der Fachhandel noch nichts zu sagen – gar zu spät erst hat der König Verbraucher den festen Griff ums Portemonnaie gelockert. Die Händler waren mit ihren Prognosen allerdings schon von vornherein bescheidener: Mit 1,5 Millionen Videorekordern im Gesamtjahr würde zwar kein hoher, aber doch ein „ausreichender" Verkaufszuwachs erreicht werden, hieß es beim Deutschen Radio- und Fernsehfachverband.

Sturm- und Drang-Zeit im Moment vorbei

Ähnlich moderat hatte auch die Nürnberger Gesellschaft für Konsum-, Markt- und Absatzforschung (GfK), Zahlenlieferant der ganzen Unterhaltungselektronikbranche, bereits im Spätsommer den Trend eingeschätzt: „Für Video scheint die Sturm- und Drang-Zeit im Moment vorbei zu sein", begründete sie ihre Prognose schwacher Zuwachsraten.

Daß sie damit wohl – sogar für den europäischen Markt insgesamt – richtig lag, bestätigt Jacques Fayard, Konsumgüter-Chef des französischen Elektrokonzerns Thomson (in Deutschland vertreten mit Telefunken, Nordmende, Saba und Dual): „Im Moment läuft der Farbfernsehmarkt besser als das Video-Geschäft." Und auch der TV-Absatz läuft alles andere als hochtourig.

Daß die Streikzeiten der ersten Jahreshälfte ebenso wie die hohe Arbeitslosigkeit für schmale Brieftaschen gesorgt haben, erklärt die Zurückhaltung der Kunden nur teilweise. Thomson-Vorstand Fayard hat eine weitere Erklärung: „Der Preisrutsch hat den Verbraucher vorsichtig gemacht." In der Tat: Nach den Versuchen zu Jahresbeginn, die Rekorderpreise auf ein etwas höheres Niveau zu hieven, sind die Videogeräte wieder kontinuierlich billiger geworden.

Daß die Käufer in spe in dieser Situation gerne noch ein bißchen abwarten, versteht sich fast von selbst, zumal die technische Weiterentwicklung – in diesem Jahr vor allem mit HiFi-Video (als Ton- und Bildmaschine geeignet), 1985 mit dem Video-Programm-Service der Sendeanstalten (gefunkte Codes besorgen das Ein- und Ausschalten der Geräte zu einem bestimmten Programm) – keine Pause kennt.

Wer Geduld hatte, wurde darin mit einer letzten Preissenkungsrunde japanischer Anbieter kurz vor Weihnachten bestätigt, nicht zu vergessen die unzähligen Lockvogelangebote zu Preisen wieder unter der 1000-DM-Schwelle. Daß die Lockvögel überwiegend Altmodelle waren – wer kann das noch überblicken bei der Fülle von mehr als 320 Gerätetypen unter rund 40 Marken?

Schnelle Kaufentscheidungen fördert solche Zuvielfalt gewiß nicht. Ein anderes Kaufhemmnis, das noch 1983 so manchen zögern ließ, hat sich inzwischen sozusagen von selbst erledigt: Niemand im Markt diskutiert mehr ernsthaft über das Problem der Normung und über die Einführung des 8-Millimeter-(Bandbreite-)Systems.

Für das Problem der Integration von Kamera und Rekorder, zu dessen Lösung auch das kleinere Bandformat beitragen sollte, hat VHS-Systemführer JVC (Japan) inzwischen den eleganten Dreh einer VHS-Minikassette gefunden. Und das Einschwenken der Gruppe Philips/Grundig auf den VHS-Standard (neben der angestammten Video-2000-Serie aus eigener Entwicklung) hat das VHS-System als De-facto-Norm bestätigt.

Schon in diesem Jahr wird VHS-Video in Deutschland auf einen Marktanteil von 70 bis 75 Prozent kommen, und 300 000 der 500 000 Grundig-Geräte werden schon nach dieser Norm gebaut sein. 15 bis 20 Prozent des Marktes werden immer noch mit dem Video-2000-System bedient werden, während das Beta-Lager (Systemführer Sony) auf 10 Prozent abgerutscht sein dürfte.

Was den Markt für alle Hersteller trotz der augenblicklich (auch für die japanischen Anbieter) eher mäßigen Gewinnchancen so attraktiv macht, sind die langfristigen Wachstumsmöglichkeiten. Zum Jahresende 1984 wird erst in 20 bis 22 Prozent aller deutschen Haushalte ein Video-Gerät stehen. Bis die Sättigungsgrenze, derzeit bei 60 bis 70 Prozent angesetzt, erreicht ist, werden noch einige Jahre vergehen. Schon jetzt aber, 10 bis 12 Jahre nach den ersten Gehversuchen, beginnt sich ein Ersatzbedarf zu entwickeln, den die Philips-Marktforschung allein in diesem Jahr auf 200 000 Geräte schätzt.

Kein Spielraum für Preiserhöhungen

Dennoch: Die Nachfrage wird noch eine ganze Weile wachsen müssen, bis sie die heute schon vorhandenen Produktionskapazitäten ausfüllt. Die Japaner, die das Wachstumstempo des Weltmarkts wesentlich überschätzt hatten, stehen immer noch mit gewaltigen Überkapazitäten da. Um so erstaunlicher ihre Bereitschaft, im Selbstbeschränkungsabkommen für 1985 den eigenen Europa-Export von 3,65 auf 2,25 Millionen Rekorder zurückzunehmen.

Die Branche selbst bezweifelt allerdings, daß damit der Spielraum für Preiserhöhungen in Europa wachsen könnte. Zum einen dürfte der EG-Markt wegen starker Einbrüche in Großbritannien in diesem Jahr sogar leicht geschrumpft sein. Zum anderen bemühen sich auch die europäischen Hersteller – neben Grundig und Philips noch die euro-japanische Gruppierung J2T (JVC, Thomson via Telefunken und die britische Thorn EMI) – um eine Ausweitung ihrer Produktion, um in wettbewerbsfähige Größenordnungen zu kommen. Trotz aller „guten" Vorsätze der Industrie wird sich der Verbraucher um die Preisentwicklung keine Sorgen machen müssen.

RAIFFEISEN HAUPT-GENOSSENSCHAFT

Ertrag beeinträchtigt

DOMINIK SCHMIDT, **Hannover**

Die Brüsseler Preisbeschlüsse auf dem Milch- und Getreidemarkt haben bei der Raiffeisen-Haupt-Genossenschaft eG (RHG), Hannover, deutliche Spuren hinterlassen. Nach Angaben des Vorstands wird die RHG 1984 zwar „keine roten Zahlen schreiben"; die beträchtlichen finanziellen Vorleistungen gegenüber den niedersächsischen Landwirten beeinträchtigen das Ergebnis aber in starkem Maße. RHG-Vorstandschef Klaus F. Geiseler will sich denn auch zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht festlegen, ob 1984 die traditionelle Dividende von 4 Prozent gezahlt werden kann.

Als Erfolg bezeichnet es Geiseler, daß die RHG den Umsatz des Vorjahres (2,3 Mrd. DM) wieder erreichen wird. Die nicht gewährte Preisbruchvergütung habe viele Landwirte zu einem zeitweise gänzlichen Kauf- und Lieferstop veranlaßt und damit die Preisfindung der abnehmenden Hand erschwert. In fast allen Sparten habe es nach den März-Beschlüssen von Brüssel „einen merklichen Knick" gegeben und anschließend einen „gnadenlosen Wettbewerb um Marktanteile".

Zunehmend schwieriger werde im Überschußland Niedersachsen die Vermarktung von Getreide. Die Maßnahmen der Kommission, auch auf der Basis des Futtergetreidepreises nur eine begrenzte Intervention zuzulassen, hätten der Landwirtschaft und speziell den Vermarktern und Verarbeitern erhebliche Verluste gebracht.

Im Gegensatz zum „Sorgenkind Futtermittel" – in diesem Bereich ergeben sich auch für die RHG Verluste – dürfte aber das Getreidegeschäft noch mit Gewinn abschließen. Das hohe Getreideaufkomen habe bei Weizen und Gerste zu einem Preissturz geführt; die Milchmengenreduzierung und die damit verbundene Verringerung des Tierbestands, so Geiseler, stellten die Rahmenbedingungen für den Futtermittelmarkt auf den Kopf.

Relativ günstig entwickelte sich das Kartoffelgeschäft trotz Rekordernte. Der Düngemittelabsatz dürfte das Umsatzniveau des Jahres 1983 wieder erreichen, während bei Pflanzenbehandlungsmitteln etwas höhere Erlöse erwartet werden. In dem bundesweit stagnierenden Mineralölmarkt habe die RHG ihren Umsatz (400 Mill. DM) weiter ausgedehnt. Bei der Umstellung auf bleifreie Benzin-Tankstellen wolle man eine Vorreiter-Rolle in den ländlichen Gebieten übernehmen.

BUNDESUNTERNEHMEN / Verzerrungen vermeiden

Strukturelle Unterschiede

HEINZ HECK, **Bonn**

Die Bundesregierung bemüht sich grundsätzlich, Bundesunternehmen oder Unternehmen mit staatlicher Beteiligung den gleichen wettbewerblichen Rahmenbedingungen zu unterwerfen wie Unternehmen in Privatbesitz. Allerdings, so der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft, Rudolf Sprung, auf Fragen des CDU-Abgeordneten Manfred Abelein, „sind einige strukturelle Unterschiede nicht zu übersehen".

Einerseits seien Wettbewerbsvorteile bei staatlichem Eigentum denkbar, zum Beispiel bei der Fremdfinanzierung. Andererseits könnten für staatliche Unternehmen aber auch Wettbewerbsnachteile entstehen.

Neben dem besonderen öffentlichen Auftrag, dessen Erfüllung unter Umständen mit einer privatwirtschaftlich orientierten Wirtschaftsführung kollidieren könne, werde von einem Bundesunternehmen stets erwartet, daß sein Verhalten nicht den Grundlinien der Wirtschaftspolitik seines Eigentümers widerspreche. Dieser Anspruch führe nicht selten zu Forderungen nach Änderung des Marktverhaltens, zum Beispiel in der Ausbildungstätigkeit oder gegenüber privaten kleinen und mittleren Unternehmen.

Inwieweit diese unterschiedlichen Wettbewerbsbedingungen zu einer Beeinträchtigung der Chancengleichheit zwischen staatlichen und privaten Unternehmen führten, lasse sich nur im konkreten Einzelfall entscheiden. Klagen über wettbewerbsverzerrendes Preisverhalten von Bundesunternehmen würden der Bundesregierung von Zeit zu Zeit von privaten Wettbewerbern vorgetragen.

NAMEN

Günter Uhe ist nach seinem Ausscheiden aus dem *Vorstand* der B. A. T. Cigarettenfabriken GmbH, Hamburg, zum 1. März 1985 in den Aufsichtsrat des Unternehmens berufen worden.

Manfred Schubert (49) wird ab 1. Januar 1985 *Geschäftsführer* der Hanseatische Ersatzkasse als Nachfolger von **Egon Bultze** (63), der in den Ruhestand tritt.

Dr. **Friedrich Stockhausen** scheidet zum 31. Dezember aus der Geschäftsführung der Chemische Fabrik Stockhausen GmbH, Krefeld, aus. Sein Nachfolger ist Dr. **Volkmar Kayser**.

André Nicolas Couvert (55), zuletzt Leiter der Citroën-Niederlassung Spanien, ist als Nachfolger des demnächst für den Export Europa verantwortlichen André Pauper zum Vorstandsvorsitzenden der Citroën Automobil AG, Köln, berufen worden.

Artur Fischer, *Begründer der Fischer-Werke* Artur Fischer GmbH & Co. KG, Tumlingen-Waldachtal, feiert am 31. Dezember den 65. Geburtstag.

Dr. **Peter Dolff**, Vorstandsmitglied der Pelikan AG, Hannover, scheidet *zum 1. Mai 1985 aus dem* Unternehmen aus und tritt in die Geschäftsleitung des Münchner Bankhauses Merck, Finck & Co. ein.

Franz Meier, ehemaliger leitender Angestellter der Panalpina Luft- und Seefrachtgesellschaft, ist zum Finanz-Manager der Emery Worldwide, Zürich, ernannt worden.

Otto Kreissl, Geschäftsführer der Intercontinentale, Österreichische Gesellschaft für Transport- und Verkehrswesen, Wien, tritt Ende 1984 in den Ruhestand. Sein Nachfolger wird **Michael Dieckmann**.

Hubertus Ohrdorf (39) wurde per 1. Januar 1985 zum ordentlichen Vorstandsmitglied der Securitas-Gilde Versicherungsgruppe bestellt.

Dr. **Heinz-J. Heimbach** wird am 1. Januar 1985 Vorstandsmitglied der Concordia Versicherungs-Gesellschaft a. G., Hannover.

Gerhard Boch *(48) und Dr.* ***Elmar Grasser*** (57) sind zu stellvertretenden Vorstandsmitgliedern der Paul Hartmann AG, Heidenheim/Brenz, bestellt worden.

MAREDO / Mit vorsichtigem Expansionstempo werden 50 Restaurants in der Bundesrepublik angesteuert

Der Appetit auf Steaks hebt den Umsatz

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Wenn sich an des Bundesbürgers Eßgewohnheiten auch nicht viel ändern wird, so neigt er doch aus der *Sicht vieler Gastronomen zu mehr* Qualität und Frische des Angebotenen. Gemäß dieser Erkenntnis sieht denn Manfred Holl, geschäftsführender Gesellschafter der Maredo Gaststätten GmbH & Co. KG, Sindelfingen, für seine mit Steak und frischem Salat prosperierende Restaurantkette noch gute Wachstumsmöglichkeiten. Das Umsatzvolumen der Steakhäuser in der Bundesrepublik schätzt er auf derzeit etwa 500 Mill. DM, eine Ausweitung auf 1 Milliarde DM im Laufe der Jahre hält er für möglich.

Unter den Großen der Branche ordnet sich Maredo nach Churrasco und Block House (noch) an dritter Stelle ein. Maredo kommt in 1984 auf einen Umsatz von 65 (1983: 55) Mill. DM, für das kommende Jahr werden 75 Mill. DM angepeilt, und in 1987 möchte Holl die 100-Millionen-Marke erreichen.

Das 1973 aus der Taufe gehobene Unternehmen, dessen Mitgesellschafter die Eheleute Gisela und Karl-Heinz Reinheimer sind, betreibt heute insgesamt zehn Restaurants in deutschen Großstädten, nämlich in Berlin, Stuttgart, Dortmund, Düssel*dorf, Frankfurt*, Essen, Köln und Bonn. Erst dieser Tage wurde in Stuttgart (an der Königstraße) in zwei Etagen ein zweites Restaurant eröffnet.

*Zwischen Weihnachten und Neu*jahr soll gegenüber der Alten Oper in Frankfurt in der neuen Hauptverwaltung der Deutschen Bank ein weiteres Restaurant in Betrieb gehen, in dem Maredo das bisherige Angebot um Krustentiere und Meeresfrüchte erweitert. Ein zweites Haus in Köln wird im März 1985 eröffnet.

Darüber hinaus sollen im kommenden Jahr drei weitere Betriebe starten, doch seien die Verhandlungen noch im Gange. Als Maredo-Fernziel hält Holl eine Kette von 50 Restaurants in der Bundesrepublik für vorstellbar, doch soll Maredo nicht überstürzt expandieren, sondern mit vorsichtigem Tempo wachsen.

Er, der für seine Gäste nur die edelsten Fleischteile von argentinischen Black-Angus- und Hereford-Rindern auf den Grill legen läßt (die Fleischauswahl im Ursprungsland Argentinien geschieht in eigener Regie), verhehlt nicht, daß ihm die durch hohen Dollar-Kurs und Verknappungstendenzen verursachte Fleischverteuerung um 30 bis 40 Prozent Sorge bereite. Die Mehrkosten bemühe man sich so weit als möglich durch Rationalisierung aufzufangen.

Alternativ hat sich Holl bereits in Australien und Neuseeland nach Rindfleisch-Qualitäten umgeschaut. In gewissem Rahmen kämen allenfalls Lieferungen aus Neuseeland in Betracht. Zur Zeit verbraucht Maredo etwa 600 Tonnen Frisch-Rindfleisch im Jahr. Im März nächsten Jahres soll in den Maredo-Restaurants testweise auch Lammfleisch angeboten werden.

Bei allem Erfolg ist Holl von dem Ehrgeiz gepackt, auch einmal auf einem anderen Gebiet etwas ähnlich konsequent wie beim Maredo-Konzept durchzuziehen. Es werde sich, nur soweit gibt Holl seine Überlegungen preis, um eine Spezialisierung in anderen Gastronomie-Berei*chen handeln. In jedem Falle* werde er weiterhin um bestes Preis-Leistungs-Verhältnis bemüht bleiben.

Die Investitionen für das kommende Jahr sollen sich auf 6 bis 8 Mill. *DM belaufen. 0,4 Mill. DM* werden für ein Personal-Schulungsprogramm ausgegeben. Maredo zählt rund 600 Beschäftigte, davon knapp 30 im Verwaltungsbereich.

SHELL

Energiereserven sind reichlicher

dpa/VWD, Hamburg

Alle fossilen Energiequellen der Welt – Kohle, Mineralöl und Erdgas – seien heute reichlicher vorhanden als noch vor zehn Jahren, erklärt die Deutsche Shell AG, Hamburg. Die Reichweite der Ölreserven betrage mittlerweile 35 Jahre (1983), gegenüber nur 27 Jahren 1973, obwohl zwischenzeitlich mehr als 31 Mrd. Tonnen Rohöl gefördert wurden. Bei Erdgas reichen die Reserven noch für 52 Jahre nach 37 Jahren 1973. Auch die Kohlereserven reichen dank der verstärkten Suche nach neuen Vorkommen jetzt statt der 189 Jahre von 1973 mittlerweile 240 Jahre, obwohl der jährliche Abbau von Kohle seit 1973 weltweit um 30 Prozent auf 2,1 Mrd. Tonnen angestiegen ist. Gemessen in Milliarden Tonnen Öläquivalent betragen die gesamten fossilen Energiereserven der Welt derzeit 675 Mrd. Tonnen. Sie entfallen zu 75 Prozent auf Kohle, zu 13 Prozent auf Öl und zu zwölf Prozent auf Erdgas.

ZUCKERWIRTSCHAFT / Konzentration hält noch an

Kleine Betriebe gefährdet

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Der seit geraumer Zeit beobachtete Konzentrationsprozeß in der nordwestdeutschen Zuckerindustrie ist noch nicht beendet. Diese Ansicht vertraten Sprecher des Marktverbandes Rübenbau und Zuckerwirtschaft und des Vereins der Zuckerindustrie. Allein bei den niedersächsischen Zuckerfabriken hat es seit 1983 sechs Fusionen gegeben; derzeit werden nur noch zehn unabhängige Unternehmen gezählt. Hans Schuur, Vorsitzender der Bezirksgruppe Nordwestdeutschlands des Vereins der Zuckerindustrie, verweist vor allem auf die kleinen und mittleren Betriebe. Sie seien in besonderem Maße gefährdet, weil die Sicherheiten der EG-Zuckermarktordnung nicht ausreichen.

Nach den Worten Schuurs werden in Norddeutschland und Westfalen in der jetzt zu Ende gehenden Kampagne rund 1,13 Mill. t Zucker erzeugt. Davon müssen 120 000 t als sogenannter C-Zucker auf dem Weltmarkt verkauft werden. Erhebliche Probleme bringe die Anfang 1985 wirksam werdende Preissenkung um rund sieben DM pro Dezitonne. Für die norddeutschen Zuckerfabriken bedeutet dies Erlösminderungen von rund 35 Mill. DM.

Helmut Rose, Vorsitzender des Marktverbandes, bezeichnete die im Einzugsbereich erzielten Ernteergebnisse als zufriedenstellend. Mit rund 7,5 Mill. t Zuckerrüben sei die Ernte 1984 deutlich besser ausgefallen als im Vorjahr (6 Mill. t). Ein Ausgleich für die um 3,8 Prozent niedrigeren Mindestpreise für Zuckerrüben sei durch die erhöhte Mehrwertsteuer erfolgt. Der durchschnittliche Rübenertrag je Hektar erhöhte sich auf 455 (350) Dezitonnen. Mit 16,3 (16,7) Prozent ergab sich ein etwas geringerer Zuckergehalt.

Die Klage der Bundesregierung gegen die Preisbruchregelung der EG-Kommission werde von den Rübenanbauern begrüßt. Für 1985, so Rose, würden Preisentscheidungen erwartet, die den steigenden Kosten gerecht werden. Das 1986 auslaufende Quotensystem habe sich alles in allem bewährt und sollte fortgesetzt werden.

SCHULDENKRISE / Der Bankkredit für Argentinien ist noch nicht perfekt

Auseinandersetzung mit Brasilien

H.-A. SIEBERT, Washington

Gescheitert ist der Versuch der Banken, bis zum 25. Dezember für Argentinien ein Finanzpaket zusammenzuschnüren, das mit 4,2 Mrd. Dollar (etwa 13,1 Mrd. Mark) ausgestattet werden sollte. Offen ist jetzt, ob das Exekutivdirektorium des Internationalen Währungsfonds (IWF) wie geplant morgen Buenos Aires einen Bereitschaftskredit über 1,4 Mrd. Dollar gewährt. Der Termin ist für das hochverschuldete südamerikanische Land wichtig: Nach den neuen Regeln, die auf der letzten Währungstagung beschlossen wurden, werden die Ziehungsmöglichkeiten auf den IWF am 1. Januar eingeschränkt, was Argentinien rund 100 Mill. Dollar kosten würde.

Die Frist hatten sich die Banken und die argentinische Regierung Anfang Dezember gesetzt. Von den 320 Instituten, die sich an dem neuen Darlehen beteiligen sollten, zeigten sich vor allem die europäischen nicht mit den wirtschaftspolitischen Anpassungsmaßnahmen einverstanden. Wie es in New York hieß, fordern sie weitergehende Eingriffe, um die Inflationsrate von 700 Prozent zu drücken. Argentinien, dessen Auslandsschulden an 45 Mrd. Dollar heranreichen, ist gegenüber den Banken mit Zins- und Tilgungszahlungen, die mehr als 1,2 und zehn Mrd. Dollar ausmachen, im Rückstand.

Nach einer Vereinbarung mit den Banken vom 2. Dezember sollten die bis Ende 1985 aufgelaufenen Zins- und Tilgungszahlungen (13,4 Mrd. Dollar) um zehn bis zwölf Jahre gestreckt werden. Im Gegenzug wollte Buenos Aires nach Genehmigung des IWF-Kredits an die Banken 850 Mill. Dollar für die Zinsrückstände überweisen. Bei Eingang bis zum Jahresultimo hätte sich das Geschäftsergebnis der Institute um diesen Betrag verschönert. Falls die Banken doch noch zu einem Kompromiß bereit sind, kann Argentinien fest mit einem Darlehen des US-Schatzamtes in Höhe von 500 Mill. Dollar rechnen. Er dient als Überbrückung bis zur Auszahlung der Fondsgelder.

Daß die Schuldenkrise in Lateinamerika noch längst nicht gelöst ist, zeigen auch die Auseinandersetzungen mit Brasilien und Peru. Wie in Bankkreisen in New York ebenfalls verlautete, will sich der IWF mit dem brasilianischen Wirtschaftsprogramm für 1985 erst im März beschäftigen, wenn die gewählte Zivilregierung im Amt ist. Verzögert werden jedoch gleichzeitig die Umschuldungsverhandlungen mit den Geschäftsbanken, die etwa die Hälfte der brasilianischen Auslandsschulden – rund 100 Mrd. Dollar – betreffen. Was die Banken befürchten, sind „argentinische Verhältnisse" in Brasilia. Dem Parteienstreit zum Opfer fallen können durchaus die bisher durchgesetzten Austerity-Programme.

Auch die Hoffnung der Banken, daß Peru seine Zinsrückstände – mehr als 300 Mill. Dollar – zahlt, schwindet immer mehr. In dem Andenland wird im April gewählt, erst Ende Juli tritt die neue Regierung ihr Amt an. Bei einem Schuldenberg von 13,5 Mrd. Dollar steigen bis dahin die Rückstände auf 800 Mill. Dollar. Bevorstehenden IWF-Gesprächen werden kaum Chancen eingeräumt; schon bisher sind für Peru bestimmte Handelskredite halbiert worden.

KANALTUNNEL / „Euroroute" legt Baupläne vor

Kosten von 40 Mrd. Franc

A. GRAF KAGENECK, Paris

Eine unter dem Namen „Euroroute" operierende französisch-britische Firmengruppe aus Banken, Bauträgern und Schiffbauern hat jetzt am Sitz der staatlichen französischen Bank „Société Générale" in Paris ihren am 6. Dezember in London unterzeichneten Plan zum gemeinsamen Bau eines Straßen- und Eisenbahntunnels unter dem Ärmelkanal zwischen Calais und Dover der Öffentlichkeit vorgestellt. Der Plan ist nicht der erste dieser Art in den letzten beiden Jahrhunderten, aber er hat eine reelle Chance auf Verwirklichung, seit die britische Premierministerin Margaret Thatcher und der französische Präsident François Mitterrand erneut das gemeinsame Interesse ihrer Länder und Regierungen an diesem Projekt bekundeten.

Eine britisch-französische Arbeitsgruppe soll jetzt binnen drei Monaten einen Bericht über die Machbarkeit des Projekts und die eventuell von beiden Regierungen zu tragenden Kosten oder Garantien vorlegen. „Euroroute" ist bereits seit über einem Jahr an der Arbeit. Es konnte jetzt konkrete Baupläne für einen kombinierten Straßen- und Bahntunnel von insgesamt 19 Kilometern und den Hauptschiffahrtsstraßen des Kanals vorlegen, der den bis zum Jahre 2000 zu erwartenden Personen- und Güterverkehr in Höhe von etwa 40 Mill. Passagieren und 40 Mill. Tonnen Gütern bewältigt. Als Kosten sind 40 Mrd. Franc (13,5 Mrd DM) angesetzt.

Die Bauzeit für den Tunnel und die beiden von jedem Ufer aus zu ihm führenden Brücken soll sechs Jahre betragen. Die Betreiber, unter ihnen auf französischer Seite die Banken Société Générale sowie Paribas und GTM-Entrepose, auf britischer vor allem der Mischkonzern Trafalgar House, versprechen die Beschaffung von jeweils 50 000 Arbeitsplätzen auf beiden Seiten des Kanals.

Jacques Mayoux, der Präsident der „Société Générale", erwartet eine schnelle Amortisierung der Kosten und damit einen starken Anreiz für private Anleger. Sir Nigel Broackes, Vorsitzender von Trafalgar House, meinte, es käme weniger auf Beschaffung von öffentlichen Geldern als die Verwirklichung öffentlicher Garantien an. Diese könnten jedoch nur durch einen britisch-französischen Staatsvertrag, für den die Chancen in Großbritannien augenblicklich gut stünden, verwirklicht werden.

VEREINIGTE STAATEN / Bewunderte Unternehmen

IBM an erster Stelle

H.-A. SIEBERT, Washington

IBM, der größte Computerkonzern der Welt, führt wieder die Liste der „am meisten bewunderten amerikanischen Unternehmen" an, die vom US-Wirtschaftsmagazin „Fortune" zu Beginn des neuen Jahres aufgestellt worden ist. Auf den weiteren Plätzen folgen Coca-Cola, das Verlagshaus Dow Jones, Minnesota Mining & Manufacturing (3M), Hewlett-Packard, der Brauerei-Gigant Anheuser-Busch, Boeing, General Electric, Eastman Kodak und Merck. Genau abgeklopft wurden 250 Firmen. Nicht mehr in den Superklub gewählt wurden Johnson & Johnson und Time Inc., die auf den Plätzen 18 und 22 landeten.

Am schlechtesten schnitt die Bankholding Continental Illinois, die im Sommer von den Washingtoner Aufsichtsbehörden in einer teuren Verstaatlichungsaktion vor dem Konkurs gerettet worden ist, ab. Ebenfalls am unteren Ende landeten die Financial Corp. of America, die größte Spar- und Finanzierungsgesellschaft der USA, Manville, PanAm, Eastern Air Lines, International Harvester, American Motors, Trans World Airways, der Metallverarbeiter Asarco und Pabst Brewing. Die U.S. Steel Corp. schob sich auf den 236. Rang. Um vier Positionen nach vorn gerückt ist der vorjährige Tabellenletzte International Harvester.

Befragt hat „Fortune" rund 8000 Manager und Analysten. Bewertet wurden die Qualität der Geschäftsführung und Produkte, Innovationsfreudigkeit, der langfristige Investitionswert, Bonität, die Fähigkeit, talentiertes Personal zu finden und zu halten, Umweltverantwortung und Einsatz des Firmenvermögens. Die ersten zehn Unternehmen wurden auch deshalb Spitzenreiter, weil sie seit mindestens 35 Jahren keinerlei Verluste erlitten. Über das beste Management verfügt IBM, am innovationsfreudigsten ist Citicorp, und das am meisten bewunderte Produkt stammt von Dow Jones, die auch das „Wall Street Journal" verlegt.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Erfolgreiche Wein-Depots

Düsseldorf (Py.) – Der Ausbau der Jacques' Wein-Depots mit derzeit 52 Niederlassungen in 36 Städten der Bundesrepublik wird fortgesetzt. Die vor zehn Jahren gestartete Marketing-Idee trockener Weine ausschließlich französischer Erzeuger-Abfüllungen, die direkt beim Winzer eingekauft werden, hat sich als erfolgreich erwiesen. Inzwischen haben es die im Franchise-System betriebenen Depots auf einen Umsatz von 33 Mill. DM gebracht. Seit 1983 gehört die Jacques' Wein-Depot Wein Einzelhandel GmbH, Düsseldorf, als Tochtergesellschaft der Horten AG zur Batig, der deutschen Holding der British American Tobaco (BAT).

Flughafen vor Rekordjahr

Frankfurt (dpa/VWD) – Die Frankfurter Flughafen AG (FAG) steht vor einem neuen Rekordjahr. Mit hochgerechnet 19 Mill. Passagieren, 227 000 Flugzeugbewegungen, 775 000 Tonnen Luftfracht und 108 000 Tonnen Luftpost wird der größte deutsche Flughafen in diesem Jahr neue Spitzenwerte bei den Verkehrszahlen erreichen. Die positive Entwicklung wirkte sich, wie FAG-Sprecher berichteten, auch auf die Beschäftigtenzahl aus: Am 1. Oktober wurden 34 179 Beschäftigte auf Rhein-Main gezählt, 1660 mehr als vor Jahresfrist.

Beratungsauftrag

Dortmund (dpa/VWD) – Die Uhde Services und Consulting GmbH, eine Tochter der Uhde GmbH, Dortmund, hat den Beratungsauftrag für eine Baumwollsaatölanlage in Ägypten erhalten. Das Projekt mit geschätzten Gesamtkosten von etwa 120 Mill. DM umfaßt auch Verarbeitungs- und Verpackungsanlagen für Produkte.

Lizenzvertrag mit China

Kiel (dpa/VWD) – Die Rudolf Hell GmbH, Kiel, hat mit einem chinesischen Partner einen Lizenzvertrag über den Bau eines Farbauszugs-Scanners abgeschlossen. Es ist der zweite Vertrag dieser Art von Hell, nachdem bereits 1981 mit der UdSSR ein solcher geschlossen worden war. In der graphischen Technik wird dieses Gerät zur Herstellung von Kopiervorlagen oder Farbauszügen verwendet. Anders als der Vertrag mit der UdSSR sieht das Abkommen mit China auch die Lieferung von Bauteilen für eine große Anzahl kompletter Scanner vor. Die Hell-Baugruppen werden an die Maschinenfabrik Beijing Scientific Instrument Factory geliefert. Dort erfolge die Endmontage der Geräte und ihre Prüfung.

Umsatzplus bei Elges

Bielefeld (hdt) – Ein Umsatzplus von 14 Prozent auf das Vorjahresergebnis von 50 Mill. DM erwartet die Helmut Elges GmbH, Bielefeld-Quelle, Hersteller von Gelenklagern und -köpfen sowie von Walzlagern, für das Jahr 1984. Das Unternehmen, an dem die FAG Kugelfischer Georg Schäfer KGaA und die INA Wälzlager KG jeweils zur Hälfte beteiligt sind, beschäftigt 580 Mitarbeiter. Bei Wahrung der betrieblichen Selbständigkeit, einer Auflage des Kartellamtes entsprechend, erfolgt der Vertrieb weitgehend über die FAG- und INA-Organisation.

SCHLESWAG / Wasser wird um 14 Prozent teurer

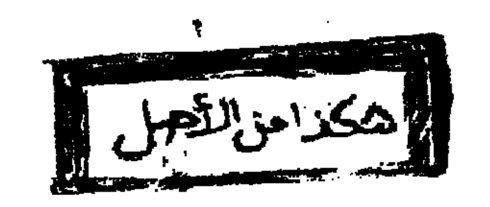
Strompreise bleiben stabil

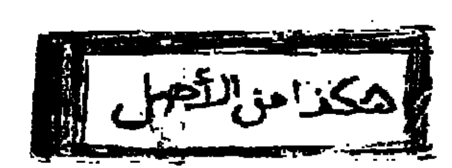
J. BRECH, Hamburg

Das schleswig-holsteinische Energieversorgungsunternehmen Schleswag AG, Rendsburg, erwartet für dieses Jahr ein gegenüber 1983 etwa unverändertes Ergebnis. Im Vorjahr hatte die Schleswag den Gewinn deutlich verbessert und auf 150 Mill. DM Grundkapital 13 Prozent Dividende gezahlt. Nach Angaben der Vorstandsmitglieder Reinhard Bartsch und Manfred Brohmeyer erreichte der Umsatz in den ersten neun Monaten dieses Jahres 1,22 Mrd. DM. Der Stromabsatz erhöhte sich um 5,8 Prozent auf 5,2 Mrd. kWh, wobei die Tarifkunden mit plus 5,3 Prozent und die Industrie mit 8,2 Prozent beteiligt waren. Die Gasabgabe stieg um 14,8 Prozent auf 4,8 Mrd. kWh. Den größten Zuwachs gab es im Bereich Haushalte, Handel und Gewerbe.

Nachdem die Schleswag die Gaspreise seit fast zweieinhalb Jahren stabil gehalten hatte, erfolgt zum Jahresbeginn 1985 eine Korrektur nach oben um 7,1 Prozent. Auch die Wasserpreise steigen um durchschnittlich 14,4 Prozent. Unverändert bleiben dagegen die Strompreise. Die Schleswag habe, wie der Vorstand betont, seit nunmehr 24 Monaten keine Erhöhung vorgenommen und es beständen gute Aussichten, diese Zeitspanne auf 36 Monate zu verlängern. Als Hauptursache für die Preisstabilität nennt der Vorstand den hohen Kernenergieanteil an der Stromerzeugung bei der Nordwestdeutschen Kraftwerke AG (NWK), Hamburg, die ihren Strom in das Netz der Schleswag einspeist.

An Investitionen plant die Schleswag im kommenden Jahr 192,4 Mill. DM. Dieser Betrag dient vor allem Erneuerungsmaßnahmen im Strombereich. Die Finanzierung bereite keine Probleme, heißt es. Rund 85 Prozent der Mittel würden aus eigener Kraft aufgebracht.





Herr,
Dir in die Hände
sei Anfang und Ende,
sei alles gelegt

Gott, der Herr über Leben und Tod, nahm heute meinen über alles geliebten Mann, unseren guten und treusorgenden Vater, Schwiegervater, Großvater und Bruder

Josef Muhr

geb. 9. 5. 1892 gest. 23. 12. 1984

zu sich in sein himmlisches Reich.

Sein christlich geführtes Leben war erfüllt von Arbeit, Liebe und Sorge für seine Familie und sein Unternehmen.

Wir danken ihm für seine fürsorgliche Liebe und Güte und nehmen in tiefer Trauer Abschied von ihm.

Anneliese Muhr geb. Hüttemann
Dr.-Ing. Karl-Heinz Muhr
und Frau Anneliese geb. Scheffler
Richard Muhr
und Frau Rita geb. Hesse
Dr.-Ing. Franzjosef Muhr
und Frau Marga geb. Hunfeld
und Enkelkinder

Attendorn, 23. Dezember 1984
Haus Blankenrode
Kölner Straße 62

Eucharistiefeier ist am Freitag, 28. Dezember 1984, um 14.00 Uhr in der Pfarrkirche St. Joh. Bapt. zu Attendorn. Anschließend die Beisetzung auf dem katholischen Friedhof.

Das Fürbittgebet ist am 27. Dezember 1984 um 18.30 Uhr in der Pfarrkirche zu Attendorn.

Von Beileidsbesuchen bitten wir Abstand zu nehmen.

Mit tiefer Trauer geben wir Kenntnis vom Heimgang unseres hochverehrten Seniorchefs und Gründers unseres Unternehmens, Herrn

Josef Muhr

Am 23. Dezember 1984 ist er im Alter von 92 Jahren von uns gegangen.

Sein Leben war vor allem Arbeit. Den Aufbau unseres Unternehmens verdanken wir seinem Weitblick, seinem beruflichen Können und unermüdlichen Fleiß. Sein Lebenswerk war es, unser Unternehmen über fast sechs Jahrzehnte zu der heutigen Bedeutung zu führen. Sein beispielhaftes Pflichtbewußtsein und die Forderungen, die er bis ins Alter an sich selber stellte, waren und bleiben uns alle Zeit ein verpflichtendes Vorbild.

Wer ihn kannte, wird auch seinen geradlinigen Charakter und sein für alle Vielfalt dieser Welt stets offenes Herz nicht vergessen können.

Noch können wir diese Endgültigkeit nur schwer begreifen. Tiefbewegt nehmen wir Abschied von einem außergewöhnlichen Menschen, der für uns in lebendiger Erinnerung weiterleben wird.

MUHR UND BENDER, ATTENDORN
MUBEA ENGINEERING (PTY) LTD.
KRUGERSDORP/SÜDAFRIKA
MUBEA INC., FLORENCE/KENTUCKY, USA

In tiefer Trauer geben wir davon Kenntnis, daß am 23. Dezember 1984, Herr

Direktor a. D.

Heinrich Persch

– Träger des Bundesverdienstkreuzes –

im Alter von 86 Jahren verstorben ist.

Herr Direktor Persch war fast 52 Jahre in unserem Unternehmen, bei dessen Rechtsvorgänger er als kaufmännischer Lehrling eintrat, an verantwortungsvollster Stelle als kaufmännischer Werkleiter tätig.

Mit unternehmerischer Weitsicht hat er das zum großen Teil zerstörte Werk wiederaufgebaut und den Ausbau der Betriebseinrichtungen der Stadtwerke Duisburg mit abwägender Voraussicht maßgeblich beeinflußt und deren weitere Entwicklung bestimmt. Es ist das Lebenswerk von Herrn Direktor Persch.

Seine Fachkenntnisse und seinen Sachverstand hat er in vielen nationalen und internationalen Fachverbänden und Ausschüssen, denen er zum Teil auch als Vorsitzender angehörte, eingesetzt. Sein Rat und seine Unterstützung wurde immer gern angenommen.

Bei allen, die Herrn Direktor Persch kannten, wurde er wegen seines großen menschlichen Verständnisses geschätzt.

Der Verstorbene hat sich um die Stadtwerke Duisburg in höchstem Maße verdient gemacht. Sein Name wird unvergessen bleiben und in der Unternehmensgeschichte einen hervorragenden Platz einnehmen.

Duisburg, den 24. Dezember 1984

Aufsichtsrat, Vorstand, Betriebsrat
und Belegschaft
der
Stadtwerke Duisburg
Aktiengesellschaft

Die Beisetzung erfolgt am Montag, dem 31. Dezember 1984, um 11.00 Uhr von der Kapelle des Alten Friedhofes, Sternbuschweg, 4100 Duisburg 1, aus.

Um 9.30 Uhr findet vorher das Auferstehungsamt in der Pfarrkirche St. Anna, Geibelstraße, 4100 Duisburg 1, statt.

MARIA PIRWITZ

BILDHAUERIN

29. APRIL 1926 19. DEZEMBER 1984

IHR LEBEN WAR EIN RINGEN UM WAHRHEIT, FÜR SICH SELBST UND IHRE KUNST.

FÜR DIE FAMILIE
DIPL.-ING. HELMUT PIRWITZ

2 HAMBURG 60, BEBELALLEE 7
7500 KARLSRUHE-WALDSTADT, ALBERT-SCHWEITZER-STR. 22

TRAUERFEIER AM FREITAG, DEM 4. JANUAR 1985, UM 15 UHR IN DER CHRISTOPHORUS-KIRCHE, HAMBURG 63, POPPENBÜTTLER STIEG.

STATT BLUMEN WÄRE EINE SPENDE AN DIE KÜNSTLER-ALTENHILFE, KTO. 1001-342 334 BEI DER NEUSPARKASSE HAMBURG, IM SINNE MEINER SCHWESTER.

Gott der Herr hat heute meinen inniggeliebten Mann und Lebenskameraden, meinen gütigen, geliebten Vater zu sich in die Ewigkeit abgerufen.

Prof. Dr. jur. Kurt Jantz

Ministerialdirektor a. D., Pfarr-Vikar
ehem. Generalsekretär für die Sozialreform
Träger des Großen Bundesverdienstkreuzes und hoher ausländischer Verdienstorden

*13. 7. 1908 in Berlin † 24. 12. 1984 in Bonn

Güte und tiefer christlicher Glaube prägten sein Leben.

Leonore Jantz geb. Voigt
Wolfgang Jantz

8110 Murnau, Mühlhagen 2

Die Trauerfeier findet statt am Freitag, dem 28. Dezember 1984, 11.00 Uhr, in der Kapelle des Nordfriedhofes, Bonn, Kölnstraße. Beisetzung am Mittwoch, dem 2. Januar 1985, 11.00 Uhr, auf dem Friedhof in Hagen bei Murnau.

Erotik und Sex im Musical-Film: Wie Hollywoods Zensoren überlistet wurden

Ein breites Lächeln und enge Trikots

Eine heitere Scheidung, das sei doch nun wirklich der Gipfel der Frivolität, entrüstete sich das puritanische Hollywood, als Cole Porters Musical „The Gay Divorce" 1934 verfilmt werden sollte. Ein zusätzliches „e" löste das Problem: Aus „divorce" wurde „divorcee", und gegen einen fröhlichen Geschiedenen konnte man nun wirklich keine Bedenken vorbringen. Schließlich genoß ja auch eine lustige Witwe schon seit fast dreißig Jahren ihr Leben in vollen Zügen...

So locker, leicht und seicht die Musicalfilme der dreißiger und vierziger Jahre gestrickt wurden, so genau nahm man's nun mal mit den Sitten und der Sittlichkeit der agierenden Personen. Mochte die Handlung oft genug zwischen schwachbrüstig und schwachsinnig angesiedelt sein, auf Moral und Anstand wollte (und durfte) man nicht verzichten. Aus diesem Grunde entwickelten Regisseure wie Mark Sandrich, Busby Berkeley und George Stevens in ihren Filmen eine eigene Bildsprache, die von unterschwelliger Erotik nur so strotzte.

Schon längst haben psychologisch geschulte Kinogänger herausgefunden, daß die üppigen, ausladenden und immer noch und immer wieder atemberaubenden Tanzszenen von Ginger Rogers oder Eleanor Powell mit Fred Astaire nur vordergründig gesellschaftlichen Konventionen gehorchen. Wenn Rogers und Astaire in „Scheidung auf amerikanisch" den „Continental" tanzen (übrigens eine „Oscar"-gekrönte Komposition von Con Conrad und Harry Revel), wenn sie in „Top Hat" „Cheek to Cheek" übers Parkett schweben, wenn Astaire mit der Powell in der „Broadway Melody of 1940" die unverhohlen sinnlichen Rhythmen von Cole Porters „Begin the Beguine" auf einer gigantischen Spiegelfläche in geschmeidige Bewegungen verwandelt, dann weiß der Zuschauer, daß diese Tänze für etwas ganz anderes stehen.

Spärlich bekleidete Damen, das ist eine Sache. Eine andere ist, knapp behoste Mädels en masse aufziehen zu lassen. Welcher Zensor käme auf unzüchtige Gedanken beim Anblick von Busby Berkeleys Girltruppen, die mit breitem Lächeln und engen Trikots über die Leinwand marschieren? Und dabei hat Berkeley durchaus Zweideutiges in seine Filme eingebaut: z. B. jenen riesigen mehrstöckigen Springbrunnen, aus allen Düsen spritzend, auf dem etagenweise die Damen angeordnet sind, mit keckem Keppi, einem raffiniert geschnürten Glitzerbadeanzug und ganz unschuldig gespreizten Beinen.

„Footlight Parade" heißt dieser Film mit James Cagney, Dick Powell, Ruby Keeler und Joan Blondell, die Mae West des kleinen Mannes, die einer Kollegin erklärt: „Solange es Bürgersteige gibt, wird unsereins nicht arbeitslos!" Das durfte sie ungeschnitten äußern – im Jahre 1933.

Im züchtigen indischen Film, in dem nacktes Fleisch nur oberhalb des

Scheidung auf amerikanisch – ZDF, 22.50 Uhr

Halses sichtbar sein darf, arbeiten die Regiseure schon seit längerem mit dem „Wassertrick": Eine Darstellerin gerät unversehens in einen pladdernden Regenguß, und das eben noch wallende Gewand schmiegt sich, durchsichtig geworden, an den wohlgeformten Körper. Auch diese Schlitzohrigkeit hat ihr Vorbild im amerikanischen Musicalfilm.

Wieder war es Busby Berkeley, der der Zensur ein Schnippchen schlagen konnte. In den „Gold Diggers of 1933" wird ein Song angestimmt, betitelt „Pettin' in the park" (Hony soit.. – „to pet" bedeutet bloß „schmusen", wenn auch schon im 2. Gang). In dieser Grünanlage werden die munteren Damen von Niederschlägen überrascht, verschwinden hinter einer transparenten Leinwand und wechseln die Kleider – *sämtliche* Kleider, wohlbemerkt. Warum auch nicht – wer läuft schon gern mit nassen Klamotten durch die Gegend?

Bösartig von Berkeley war nur, daß er einen grotesken Zwerg im Kinderwagen zum Zuschauer, Voyeur, Spanner machte, der plötzlich aus dem Wagen herausspringt und auf Rollschuhen davonfährt. Derselbe Zwerg reicht Dick Powell in einer anderen Szene grinsend einen Dosenöffner, mit dessen Hilfe dieser seine Partnerin Ruby Keeler aus einem Blechkostüm herausschneidet. Hier mögen Freuds Jünger das letzte Wort sprechen.

Da fragt man sich doch, warum die Zensoren bis in die sechziger Jahre kein Klo auf der Leinwand duldeten. Hitchcock war's, der mit diesem Tabu brechen konnte. Aber eigentlich haben die Moralhüter recht: Kein Klobecken ist so attraktiv wie ein Mädchen, egal wie an- oder ausgezogen es abgelichtet wird!

RAINER NOLDEN



Der Tanz als feurige Liebeserklärung: Szene mit Ginger Rogers und Fred Astaire aus „Scheidung auf amerikanisch"

FOTO: TELEBUNK

KRITIK

Alte Kleider zum Fest

Mildtätig wie unser liebes Fernsehen nun einmal ist, hat es zum Weihnachtsfest eine Altkleidersammlung in den Äther geschickt. Da gab es die zickigen Geschichten vom „Immenhof", sie waren schon 1955 zu sehen gewesen, auch 1960, 1964, schließlich 1968 und nun 1984. Nächstes Jahr feiern sie 30jähriges Jubiläum. Auch die „Anastasia" darf nicht sterben. Seit 1956 geistert sie durch die Fernsehlande. Ihr 30jähriges Jubiläum hat noch zwei Jahre Zeit. Und die „Drei Männer im Schnee", die wir mit gewissem Vergnügen 1955 betrachtet hatten, die wir 1970 mit minderem Vergnügen ansahen, die uns dann zur Strafe 1975 und 1977 ins Haus geschickt wurden, hätte man uns 1984 ersparen können. Vielleicht 1985 zum Jubiläum?

Was alt ist, ist gut. Neun Intendanten können sich nicht irren. Besonders der eine, der uns am 25. Dezember vier Stunden und 45 Minuten Wiederholungen auf Antenne legte, der uns auch am 26. mit sechs Stunden und 15 Minuten Altware abspeiste und der am 27. zum Abgewöhnen immer noch mehr als fünf Stunden Altes aus Mainz bescherte. Daß die Schnulze „Vom Winde verweht" nicht fehlen durfte, versteht sich eigentlich schon von selbst.

Wer jetzt fragt, wo denn das Positive bleibe, nun: am Heiligabend um 19.15 Uhr sah und hörte man im ZDF Heinz Rühmann weihnachtliche Geschichten lesen. Da war plötzlich der sprichwörtliche Engel hereingetreten, und man war geneigt, um dieses großen alten Mannes willen allen Intendanten zu vergeben und ihnen fürs neue Jahr die Phantasie zu wünschen, die ihnen in diesem Jahre fehlte. Es ist ihnen auch zu wünschen, daß sie sich die Sendung „Über die Kunst sich zu freuen" von Wolfgang Korruhn (WDR) für nächstes Jahr vornotieren: So kann man den kleinen Zipfel Menschlichkeit auch erfassen.

Und da es um Menschen geht: es ist die gute Inge Meysel zu grüßen, die (nachdem sie ihre Stimme von dem alten larmoyanten Ton befreit hat) eine erfreuliche Menschendarstellerin ist. Auch noch in einem so schwachen Stück wie der Geschichte von dem „Freund mit Rolls-Royce". VALENTIN POLCUCH

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau
10.05 Heiraten ist immer ein Risiko
Komödie von Saul O'Hara
11.40 Umschau
12.05 Ballett-Gala
12.55 Presseschau
Aktueller Beitrag
13.00 Tagesschau

ARD

13.20 Reisewege zur Kunst: – Spanien
Santiago de Compostela
Bericht von Jürgen Boettcher
13.50 Der Clan der Gelatieri
Italienische Eisgeschichte
Von Hans-Dieter Hartl
14.35 Mark Twain
Geschichte eines fehlgeschlagenen Feldzugs
Zusammen mit 14 völlig unerfahrenen Jungen zieht der abenteuerlustige Mark Twain in den Krieg, um „heldenhaft" sein Vaterland zu verteidigen. Aber schon bald verfliegt die anfängliche Begeisterung für das „Kriegspielen", und die Jungen machen eine bittere Erfahrung nach der anderen...
16.10 Südafrikanische Wildtier-Erlebnisse
Von und mit Herbert Grzimek
16.55 Kernbeißer
Von Bienenfressern und Smaragdeidechsen
17.40 Tele-Lexikon
Volkslieder mit Don Paulin
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
Anschl. Der 7. Sinn
20.18 Mein grünes Vaterland...
Der Wald als Hort der deutschen Seele
Die Beziehung der Deutschen zu ihrem sterbenden Wald ist das Thema dieser Dokumentation, bei der die Schilderung des Waldes in Gedichten und Gemälden erörtert wird.
21.25 Silvester und Neujahr im Ersten
21.30 Die Kriminalstunde
Geschichten für Kenner
22.30 Tagesthemen
23.00 Wenn die Gondeln Trauer tragen
Englisch-italienischer Spielfilm (1972) nach einer Erzählung von Daphne du Maurier
Mit Julie Christie, Donald Sutherland u. a.
Regie: Nicholas Roeg
John und Laura Baxter haben ihre Tochter durch einen tragischen Unfall verloren. Als John nach Venedig fährt, um dort eine Kirche zu restaurieren, trifft er eine blinde Frau, die seine Tochter lebend gesehen haben will...
0.50 Tagesschau

ZDF

13.20 Programmvorschau
13.25 Ich habe einen Löwen (1)
Zweiteiliger sowjetischer Film
14.30 So'n Theater!
Altberliner Posse mit Gesang
16.00 heute
16.04 Wir feiern Gott und uns
Feste in Marokko
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Banjo, die kleine Katze
Zeichentrickfilm
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Anschl. heute-Schlagzeilen
17.55 Patrik Pacard
3. Rettung mit dem Hubschrauber
19.00 heute
19.30 Jakob und Adele
Neue Geschichten von zwei Leuten, die nicht einsehen wollen, daß mit 65 schon alles vorbei sein soll. Von Herbert Reinecker
Mit Carl Heinz Schroth, Brigitte Horney und Rudolf Platte in seiner letzten Fernsehrolle
Die Probefahrt / Von der Schwierigkeit, ein Kamel zu verkaufen / Eine Altersliebe / Eine Freudenbotschaft
20.30 Morgen sind wir tolerant
Robert Long und seine Lieder
21.00 Kinder Kinder
Wenn ich abends Angst vorm Krieg hab'...
Wie erklären Eltern ihren Kindern, was Krieg ist?
21.45 heute-journal
22.05 Die Zehn
Hunger unterm Weihnachtsbaum
Im reichen Europa wachsen Not und Armut
Anhand von drei Reportagen wollen die Autoren den krassen Gegensatz von Armut und Reichtum demonstrieren, wie er besonders in Großstädten auffällig ist. Denn dort finden sich zwischen Luxusartikeln und glitzernden Fassaden oft arme Menschen, die nicht einmal für ihre Ernährung sorgen können.
22.50 Scheidung auf amerikanisch
Amerikanischer Musicalfilm (1934)
Mit Fred Astaire, Ginger Rogers u. a.
Regie: Mark Sandrich
0.30 heute

3SAT

18.00 Bilder aus Deutschland
19.00 heute
19.30 Derrick
Mitternachtsbus
von Herbert Reinecker
20.30 Querschnitt
War es ein Wunder?
Die Entstehung des Lebens auf der Erde
Von Hoimar von Ditfurth
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 Rundschau
Politik und Wirtschaft – aus Schweizer Sicht
22.30 Und deine Ohren werden Augen machen
60 Jahre Radio in Österreich
23.30 3SAT-Nachrichten

III.

WEST / NORD

Gemeinschaftsprogramm:
16.00 Jim Knopf und Lukas der Lokomotivführer
2. Teil: Von China in die Wüste
16.30 100 Jahre Circus Busch
17.15 Soundcheck
Achim Reichel – ein Spieler?
18.00 Kein Tag wie jeder andere
Wie Claudia sich in einen Zwerg verwandelt
18.20 Das Kommoden-Krippenspiel
18.28 Die Sendung mit der Maus
Nur für West:
19.00 Aktuelle Stunde
Nur für Nord:
19.00 Inszenieren wie ein Mann?
Regisseurinnen an deutschen Theatern (1)
19.45 Autos, die Geschichte machten (2)
Gemeinschaftsprogramm:
20.00 Tagesschau
20.15 Der Doktor und das liebe Vieh
21.45 1984
Fundstücke aus Kultur und Wissenschaft
22.45 Kampf gegen die Wüste
Hoffnung für die Sahelzone?
23.30 Schach dem Weltmeister
Anatolij Karpov – Garri Kasparov
0.00 Letzte Nachrichten

HESSEN

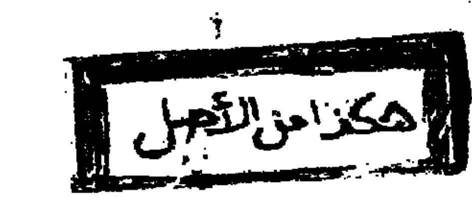
18.15 Abenteuer Neue Welt (5)
19.00 Die Frau im Hermelin
Amerikanischer Spielfilm (1948)
Mit Betty Grable, Douglas Fairbanks Jr., Cesar Romero u. a.
Regie Ernst Lubitsch
20.30 Kultur International
21.20 Das Bild der Woche
21.30 Drei aktuell
21.45 Eine Göttin in Hollywood: Greta Garbo
23.20 Sport-Report

SÜDWEST

16.00 Don Camillos Rückkehr
Ital.-franz. Spielfilm (1953)
17.45 Robbi, Tobbi ... (2)
18.30 Ein Tag im Leben des Vargas Llosa
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Majestäten
Von Jean Anouilh
Mit O.E. Hasse, Peter Mosbacher
21.25 Momente '84
Erinnerungen an ein Sportjahr
22.25 So isses
Leben live mit Jürgen von der Lippe
23.55 Nachrichten

BAYERN

18.00 München leuchtete
18.45 Rundschau
19.00 Das scharlachrote Siegel (2)
20.05 Meine Lieblingsgeschichte
20.25 Z. E. N.
20.30 Mein zauberhafter Bruder
Amerikanischer Spielfilm (1945)
Mit Danny Kay u. a.
22.05 Rundschau
22.20 Protokoll einer Inszenierung
23.20 Unterhaltung '84
0.05 Rundschau



Erlesene Entrüstung

A.W. – Das Tauziehen um die Nachfolge des kürzlich zurückgetretenen Rowohlt-Chefs Matthias Wegner wirft ein bezeichnendes Licht auf die prekären inneren Verhältnisse des einst so renommierten Reinbeker Verlags. Das Haus ist unter der Ägide Wegners und des Vorbesitzers, Heinrich Maria Ledig-Rowohlt, konsequent in einen höchst einseitig aus dem linken Spektrum herumpolitisierenden Broschürenproduzenten verwandelt worden.

So etwas hat im allgemeinen auch personelle Folgen. Es findet sich eine Lektoratsmannschaft zusammen, die politisches „Anliegen" eindeutig über literarische Qualität stellt und die jeden Versuch einer Rückkehr zur Seriosität als Angriff auf ihren „Besitzstand" betrachtet.

An sich hätten die jetzigen Verlagsinhaber als Nachfolger Wegners am liebsten einen erfahrenen Verlagskaufmann gesehen, wie er in der Person Günther Deschners (Ullstein, Lübbe) ja auch zur Verfügung stand. Die Entscheidung für den jetzt von den Lektoren attackierten Washingtoner „Spiegel"-Korrespondenten Michael Naumann war schon erzwungene zweite Wahl.

Naumann hat keine Verlagserfahrungen. Er versorgt sein Blatt allwöchentlich treu und brav mit der in Hamburg so erwünschten Reagan-Horror-Picture-Show und dürfte also kaum Vorwände für linke Entrüstung liefern. Daß er in Reinbek dennoch zur Persona non grata erklärt wurde, zeigt, daß die dortigen „Liberalen" nicht einmal mehr einen „freischwebenden" Linken zu akzeptieren bereit sind.

Der von ihnen auf den Schild gehobene Freimut Duve, Linksaußen der Bonner SPD-Bundestagsfraktion und bisher Herausgeber einer aktuell-politischen Schnellschußreihe, ist ein rot-grüner Doktrinär reinsten Wassers, dem sowohl guter Schreibstil als auch gute Jahresbilanzen ganz und gar Hekuba sind.

Unter seiner Leitung würde sich das Renommee des von dem legendären Ernst Rowohlt gegründeten Verlages zweifellos noch weiter senken. Und dann wären, trotz immer noch recht einträglicher internationaler Lizenzgeschäfte, wohl auch die roten Zahlen nicht mehr fern.







Werke Adolph Menzels aus der Berliner Ausstellung (von links): König Friedrich II.,(Druck nach einem Holzstich), die Hand des Künstlers mit Farbnapf, der Antiquar (Selbstbildnis)
FOTOS: BINDER/THIELE

Ein verstreutes Werk findet zur Hälfte zusammen: Die große Adolph-Menzel-Ausstellung in der Neuen Nationalgalerie Berlin

Mehr als Ruhmeskünder Friedrichs des Großen

Dies ist, sagen die Veranstalter blinzelnd, eine „Ausstellung zum Katalog" – etwa in dem Sinne, wie man auch „das Buch zum Film" auf dem kulturellen Markt kennt. Tatsächlich haben drei Institutionen aus dem Verband der Staatlichen Museen Preußischer Kulturbesitz immer wieder auswärtige Ausstellungen zum Werk Adolph Menzels mit Leihgaben großzügig bedient: Dabei sind Nationalgalerie, Kupferstichkabinett und Kunstbibliothek selbst zu kurz gekommen.

Die Aufsplitterung der Bestände, die sich jetzt in Ost- und West-Berlin befinden, ist ganz und gar vom Zufall bedingt. Sie macht eine komplexe Darstellung des Werks aus (museums-)politischen Gründen unmöglich. Die Situation ist also exakt das Gegenteil dessen, was einmal mit dem Ankauf des gesamten Nachlasses beabsichtigt war. Mit Ausnahme des „Eisenwalzwerks", einer wichtigen Attraktion auf der östlichen Museumsinsel, besitzt die hiesige Nationalgalerie das große Paket vorzüglichster Menzel-Bilder.

Bei der Druckgraphik dürfte die Verteilung zwischen den Kupferstichkabinetten bei halbe-halbe liegen. Ganz anders sieht es bei den Zeichnungen aus: Runde 5000 befinden sich drüben, nur 125 kamen, nicht zuletzt aus neuen Ankäufen, in die westliche Nationalgalerie. Man kann von „versprengten Teilen" sprechen, dies zumal bei fünf Porträtstudien zum Reportage-Bild von der Krönung Wilhelms I. Diese Studien waren an einen Nazi-Minister ausgeliehen gewesen, der sie mit nach Schlesien genommen hatte – sie kehrten über den Kunsthandel in Museumshände zurück.

Es lag nahe, endlich einen Bestandskatalog der Zeichnungen, Druckgraphik und illustrierten Bücher zu erarbeiten. Und die jetzige Ausstellung, die frühere auswärtige Digest-Versionen in den Schatten stellen soll, illustriert das Ereignis vorzüglich. Mehr noch: sie läßt überhaupt erst die Universalität Menzels lebendig werden, der sich Textautoren auch heute noch eher distanziert und uninspiriert nähern. Schon Meier-Graefe hat, wie eingeschränkt auch immer, auf Relationen zwischen Menzel und Degas hingewiesen (ein Eindruck, der sich in dieser Schau besonders intensiv vermittelt).

Menzel war weit mehr als der „Ruhmeskünder Friedrichs d. Gr." (wie es auf der Kranzschleife Wilhelms II. am Sarge Menzels hieß). Überhaupt war das unkonventionelle Menschen-Bild, das Menzel von Friedrich entwarf, zunächst auf starke Reserve gestoßen – es prägt freilich bis auf den heutigen Tag das allgemeine Bewußtsein vom „Alten Fritz".

Zeichnung und Graphik zeigen nicht nur das ganze Können des kleingewachsenen Künstlers, der sich Jacken mit besonders vielen Taschen schneidern ließ, in denen er die Skizzenblocks verstaute – mag man biedermeierliche, historistische, impressionistische Züge im Auge haben. Dem offiziellen stand das bewußt private, realistische Œuvre gegenüber. Und vermutlich sind es heute gerade diese Blätter, in denen sich die zeichnerische Perfektion im Fragmentarischen entzündet, die uns heute als außerordentlich „modern" ansprechen, jene extreme Aufmerksamkeit, mit der sich Menzel dem eigentlich „bedeutenden" Bildgegenstand nähert, ihn überaus ernst nimmt, ihm seine eigene Geschichte gibt. Hier auch erscheint eine ganz eigene Auffassung von der Idealität, vom „Schönen", das Menzel ausdrücklich auch im traditionell unerprobten und fremden Sujet, auch im unbekleideten Körper des älteren Menschen findet.

Diese Ausstellung läßt die Relativität etwa des Zeichnungs-Bestandes vergessen (die Nationalgalerie hat mit ihren 125 Blatt noch immer die zweitgrößte Sammlung). Man nehme nur ein Meisterwerk wie die Gouache „Blick in einen kleinen Hof" von 1867, in der sich die ganze Licht-Kunst Menzels am beiläufigen Objekt entfaltet. Oder die Tierdarstellungen mit der phänomenalen Stofflichkeit des Felles von Hasen oder Wildschwein. Oder die massiv heutig wirkende einzige Aquarellskizze nach der Natur aus dem Bestand der Nationalgalerie, „Felsgestein".

Außerordentliches Gewicht haben hier die Zeichnungen zum „Eisenwalzwerk", vom Tagebau, mit rauchenden Schloten und Fabriken, Bleistiftblätter, die nicht allein inhaltlich ihrer Zeit deutlich voraus sind. Und natürlich sieht man all das Nette, Niedliche und Gemütliche, das Menzel zu allerlei Neujahr- und sonstigen Gelegenheiten schuf. Von Kindheit an stand er mit beiden Beinen fest im lithographischen Metier.

Da sind die Illustrationen zum „Zerbrochenen Krug". Da gibt es ungeschnittene Holzstöcke mit Illustrationszeichnungen zur zweiten Auflage der „Geschichte Friedrichs d. Gr." und das legendäre Werk „Die Armee Friedrichs d. Gr. in ihrer Uniformierung" – aufgeschlagen ist „Die Super-Weste", sie wurde an sogenannten „Galla-Tagen" von der Garde du corps zum Wachdienst „um die Person des Königs" getragen. Eindruck machen seine Pferdestudien – wofür er sich gelegentlich Teile vom Schlächter geholt haben soll, die im Atelier mächtig gestunken haben.

Nicht zuletzt mag man in der malerischen Entwicklung der späteren Zeichnungen, der Häuserreihen in Interlaken und den bewundernswerten Wolkenbeobachtungen, auch den Einfluß der Photographie vermuten. Schon für sein Krönungsbild hatte sich Menzel in jahrelanger mühsamer Porträt-Recherche bei vielerlei Sitzungen die Gesichter der Anwesenden zusammensuchen müssen. Das gelang in einzelnen Fällen nicht, stattdessen wurden auch photographische Vorlagen benutzt (bis 24. Februar, Katalog 35 Mark).

PETER HANS GÖPFERT

Frankfurt: Keeffes neues Stück „Bastard Angel"

Verschatteter Sozialfall

Im Alter finden auch die Rock-Stars zur bürgerlichen Schnulze zurück. Auf der Bühne inszenieren sie noch, so gut es geht, die stampfende Revolte, zu Hause trudeln sie aus in besinnungsloser Selbstzerstörung. Da sind sie plötzlich mehr bei Strindberg als bei der unsentimentalen neuen Welle. „Bastard Angel" von Barrie Keeffe ist ein weiterer dramatischer Song zu dieser Schwarzweißlegende, zugleich ein dramaturgischer Refrain zur alten Melodie der Konsumkritik.

Als deutsche Erstaufführung im Frankfurter Schauspiel mag sie höchstens für den scheidenden Hausherrn Adolf Dresen neu geklungen haben. Die Neugier seiner Regie ist die Neugier eines „DDR"-Bürgers, der seit wenigen Jahren erst im Westen lebt und für sich nachzuholen scheint, was die Soziologie der Rock-Kultur fast schon wieder vergessen hat: Rock als wilde Pose der Revolte, als professionelle Opposition gegen Konsum und Industrie, als Aufschrei gegen die Konvention. Aber spätestens in den Hit-Paraden wird der Rock selbst zur Konvention.

Die Geschichte des Rock-Stars Shelly (Susanne Barth) ist so etwas wie eine larmoyante Vergeblichkeits-Bilanz. Sie steht an der Scheide zwischen Jugend und Alter, sieht ihren Erfolg schwinden, sehnt sich (wenn das die Fans wüßten!) nach Wärme, Familie und der Musik von Sibelius und kommt nicht runter vom Kiff, von den Sprüchen und vom dröhnenden Baß in ihrem Bauch.

Dresen inszeniert das als hektische, zuckende Milieustudie. Er vergröbert noch das Klischee von Hemmungslosigkeit und Naivität, von Sex und Zärtlichkeit zur typologischen Fratze. Er läßt wüsten, verdrehten Naturalismus spielen, wo ein verfremdender Kammerspielton viel sinnvoller wäre.

Das erzeugt Bilder, die oft unfreiwillig komisch wirken. Ob im Hotel nach dem großen Auftritt, später auf der Party im abgeschiedenen Landhaus, das Shelly erworben hat, oder am Schluß, als die Karriere ihrer „Angels" am Ende ist: Da schauen wir Beat-Schwestern und -Onkeln zu, die nicht aus dem Leben kommen, sondern aus der Fremde eines an Goethe und Kleist und Lessing geschulten Kopfes.

Der Abend beginnt wie ein richtiges Pop-Konzert. Vorhang auf und die Bühne ist eine richtige Rockmusikbühne, davor ein nebliger Gazevorhang. Darauf wirft ein Projektor riesige Filmbilder schreiender Fans. Dann Schnitt – und mitten hinein ins „Backstage" der privaten Rokker-Seelen. Die wärmen drei Stunden lang ihre alten Geschichten auf: von schwindender Jugend, vom Frust der Routine, von der Angst des Vergessenwerdens, von der Sehnsucht nach bürgerlicher Wärme.

Ein banales Stück in einer hoffnungslos verwilderten Inszenierung. Barrie Keeffe, ehemaliger Sportjournalist und Fabrikarbeiter, der mit seiner Trilogie „Gimme Shelter" Achtungserfolge auf unseren Bühnen erzielte, schafft es mit seinem „Bastard Angel" nicht, dem Rock-Milieu unter seine mediengefertigte Ausstattung zu schauen.

Während dem Ensemble noch Möglichkeiten zu komischen, überkarikierten Solo-Einlagen bleiben, bleibt Susanne Barth in der Titelrolle blaß und laienhaft. Sie ist keine Sekunde die exzentrische Diva, die unter den Spotlights der Bühne aufblüht und am Kerzenlicht ihres Herzens verbrennt. Sie ist nur der verschattete Sozialfall einer grell überbelichteten Dramaturgie.

CLAUDIO ISANI



Schwarzweißlegende: Szene aus der deutschen Erstaufführung von Keeffes „Bastard Angel"
FOTO: INGE RAMBOW

Bonn: Mozarts „Titus" unter Yehudi Menuhin

Der umgekehrte Schuh

Gelungen ist die Mozarts „Titus" geltende Weihnachtspremiere der Bonner Oper nur zum kleinen Teil. Der immerhin hört nicht nur auf einen berühmten Namen, sondern rettet tatsächlich auch da noch so manches, wo eigentlich nichts mehr zu retten ist: Yehudi Menuhin. Es ist unseres Wissens nach das erste Mal, daß Menuhin Oper dirigiert.

Daß Menuhin dirigieren kann, weiß man längst. Seine Festivals, erst in Bath und dann in Gstaad, haben das zu Genüge erwiesen, erst recht seine Auftritte am Pult der Berliner Philharmonie. Menuhins tiefe und ungebrochene Musikalität ist längst nicht mehr auf die Geige angewiesen, um sich mitzuteilen. Im Theater zu dirigieren, Kontakt aus dem Graben zur Bühne zu halten, eigenwillige Singsolisten, Chor und Orchester zu koordinieren, dazu noch gefaßt zu sein auf ein kreischendes Fan-Publikum, daß seine Applaus-Salven todsicher in die Nachspiele der Arien setzt oder an sonstige unpassende Stellen – all das ist freilich ein eigenes Handwerk. Aber Menuhin ist sein souveräner Meister.

Man hat in nur wenigen „Titus"-Aufführungen (und die sind ja seit zehn Jahren allüberall recht häufig geworden) soviel Mozart gehört wie nun bei Menuhin. Wie er das macht, ist sein Geheimnis. Aber was sonst oft nach musikalischem Schema klingt, nach den Sterotypen der Opera seria, hier hört man mit Begeisterung den großen, späten Mozart heraus, der die Sumnme zieht aus seinem Opernschaffen und seinen letzten Sinfonien. Die große Form hat plötzlich lebendigen Atem, die Strenge jenen typisch mozartischen Zug ins Verspielte. Das bringt im „Titus" nur heraus, wer Mozart wirklich liebt.

Die Bonner Oper mißtraut seltsamerweise ausgerechnet der Musik des „Titus". Da liest man im Programm: „Doch der 'Titus' wurde nicht zu Mozarts Vermächtnis an die Musikwelt". Das ist Theatergeschwätz, die Musikwissenschaft weiß es ja längst besser. Es ist Mozarts „Titus" mit seinen konzertierenden Soloinstrumenten in den groß ausgeführten Arien, auf den sich Rossini mit seinem „Tancred" beziehen wird, aus dem wiederum die gesamte italienische Oper des 19. Jahrhunderts über Donizetti und Bellini bis zu Verdi abzuleiten wäre. Wenn eine Mozart-Oper Vermächtnis war, dann der „Titus". Ohnehin ist es ein deutscher, im Ausland nie geteilter Irrtum, daß Mozarts Herz an jenem fast gleichzeitig entstandenen „Singspiel" für eine Wiener Vorstadtbühne gehangen habe, eben der „Zauberflöte", und nicht an dem ehrenvollen Auftrag einer Krönungsoper für Prag. Wer sich ein bißchen in Mozarts Leben hineindenkt, der weiß, daß nur umgekehrt ein Schuh daraus werden kann.

Eben diese Krönungsoper wollte Maria Francesca Siciliani in Bonn mitinszenieren. Auf der Bühne hat Uberto Bertacca dazu ein ziemlich häßliches Rokoko-Theater errichtet, daß von einer schreiend geschmacklos kostümierten Hofgesellschaft bevölkert wird. Dann tritt auch der frisch gekrönte König Leopold auf, der ein Kostüm umgelegt bekommt und fortan Kaiser Titus singen wird. So etwas hatte es 150 Jahre zuvor in Versailles gegeben, aber bei Mozart macht das nun gar keinen Sinn mehr. Erst recht nicht, wenn auf diese Weise Leopolds königliche Gattin an den Part der Vitellia gerät, an das personifizierte Unheil also. Dann wird die Regie-Idee zur schlechten Farce.

Die Regisseurin zieht auch sonst keinen Gewinn daraus – es sei denn den, daß ihr Konzept sie der Verpflichtung enthebt, eine Inszenierung wirklich zu gestalten. Sie kann sich herausreden, es sei ja eine Art höfisches Laientheater, was sie vorführe. Da darf man wohl den Inspizienten von der Hinterbühne und den Souffleur aus der Nullgasse mithören.

Trudeliese Schmidt singt an diesem Abend ihren ersten Sextus, und das mit gerechtem, großem Erfolg. Zwar ist sie zu expressiv, zu tollkühn ausdrucksbesessen, aber die Stimme klingt doch noch warm und agil genug, das zu riskieren. Einen schlimmen Mißgriff hingegen hat Edda Moser mit der Partie der Vitellia getan. Die drückenden Tiefen fehlen ihrem ja eigentlich ganz hohen Sopran ganz, aber auch sonst kommt die Stimme nur momentweise zum Klingen. Fast scheint es ihr Mühe zu bereiten, Töne zu produzieren.

Arleen Auger fällt die gestutzte Partie der Servilia zu – ein so junges Mädchen (mit entsprechender Musik) macht sie bei aller akademischen Gesangskunst nicht mehr glaubhaft. Chieko Shirasaka gibt den Annius mit unverbrauchter, freilich auch noch etwas ungelenker Stimme. Den Titus hat der Ungar Dénes Gulyás übernommen, nicht gerade ein edel timbrierter, aber doch stämmiger Tenor der jungen Generation.

REINHARD BEUTH

Das israelische akademische Zentrum in Kairo

Experten des Orients

„Auch Studenten der islamischen Al-Azhar-Universität, die hebräisch und andere semitische Sprachen lernen, benutzen unsere Bibliothek und nehmen an Seminaren teil." Das berichtet der neue Leiter des „Israeli Academic Center" in Kairo, der frühere Rektor der Universität Haifa, Gabriel Warburg. Er hat Professor Shamir abgelöst, der das wissenschaftliche Institut im April 1982 in einem Hochhaus am Nil eröffnet hatte und nun an die Universität Tel Aviv zurückgekehrt ist.

Das „Akademische Zentrum" ist eine Gründung der israelischen Akademie der Wissenschaften, der israelischen Orient-Gesellschaft und von sieben Universitäten. Neben der Botschaft ist es die einzige israelische Institution in Ägypten, die seit dem Friedensvertrag von 1979 unbeeinträchtigt und erfolgreich arbeiten kann. Die großen Räume in der El-Nil-Straße 92 werden Tag und Nacht von zwei schwerbewaffneten ägyptischen Polizisten geschützt.

Die Forschung und Darstellung der Beziehungen zwischen Ägypten und Israel im weitesten kulturellen und historischen Sinn sowie die Geschichte der Juden in Ägypten sind die Hauptarbeitsgebiete des akademischen Institutes. Das beginnt mit vergleichenden Sprachstudien von arabisch und hebräisch, mit Studien der religiösen Gesetze der Sharia und Halacha und geht bis zu Arbeiten über die Beduinen im Südsinai oder bis zu den Forschungen von Martin Kramer, eines Amerikaners, über die noch immer unzugänglichen Archive des Abdin-Palastes und des Außenministeriums in der Monarchie von 1922 bis 1952.

Gabriel Warburg, ein Schüler von Prof. David Ayalon, eines Spezialisten der Mamelucken-Zeit, hat selbst über Islam, Nationalismus und Radikalismus in Ägypten und im Sudan gearbeitet. Im „Akademischen Zentrum" findet er ein reiches wissenschaftliches Erbe vor, wichtig für die Zeitgeschichte ist z. B. die Dokumentation zweier Assistenten aus Jerusalem, die in Kairo und Alexandrien verlassene Synagogen aufgespürt haben.

Zwei der Synagogen liegen im alten jüdischen Viertel von Kairo (Harat el Yahud). Und neben einer von ihnen, der „Rav Moshe", befindet sich die erste Begräbnisstätte des berühmten Rabbi und Arztes Maimonides aus dem frühen Mittelalter. In anderen Synagogen, die bemerkenswert gut erhalten sind, obwohl sie seit Jahrzehnten nicht mehr benutzt werden, gelang es, wertvolle Stühle, Amulette, Öllampen und Behältnisse von Torarollen zu finden, zu reinigen und zu bewahren. Auf Weisung der ägyptischen Regierung darf jedoch nichts außer Landes, etwa in ein israelisches Museum, gebracht werden.

Zur jüngeren Zeitgeschichte zählt auch die Forschungsarbeit über jüdische Flüchtlinge in Ägypten in der Zeit des Ersten Weltkrieges. 1914 und 1915 flüchteten mehr als elftausend Juden aus Palästina vor den türkischen Behörden und vor den Kriegsereignissen nach Kairo und Alexandrien. Sie gaben sogar eine Zeitung in hebräisch heraus: „Ba-Nekhar" („Im Exil").

Dazu kam später die englischsprachige „Palastine News". Sie wurde 1919 nach Jerusalem verlegt, und aus ihr entwickelte sich die noch heute erscheinende liberale Tageszeitung „Ha' Aretz".

Die Papyri des ägyptischen Nationalmuseums sind auch für die israelischen Wissenschaftler eine Fundgrube. Als Gast des „Akademischen Zentrums" berichtet Shulamit Eisenstadt über die jüdische Garnison in Yeb auf der Insel Elephantine bei Assuan im fünften Jahrhundert vor der Zeitrechnung.

Über das tägliche Leben dieser jüdischen Gemeinschaft, die von byzantischen und persischen Offizieren angeführt wurde, liegen in arameisch geschriebene Papyri vor. Unter ihnen sind auch Heiratskontrakte, Briefe und Abrechnungen. Juden schützten also damals die Südgrenze Ägyptens gegen Nubien.

Aber auch Arbeiten über islamische Kunst, frühe christliche Kirchen in Ägypten, mittelalterliche Handschriften zur Kunst des Weintrinkens oder über die Kultivierung von Wüstengebieten kann das israelische Studien-Zentrum in Kairo vorlegen.

Die Nachfragen und Besuche, aber auch die Studien-Aufenthalte sind rege und häufig. Gäste kamen besonders aus Israel, Ägypten, England und den USA. Deutsche sind selten. Ein arabischer Wissenschaftler aus Israel meint dazu: „Sie wissen eben nicht, daß die Israelis hervorragende Orientalisten sind."

PETER M. RANKE

JOURNAL

Fast 500 Schriftsteller befinden sich in Haft

dpa, Stockholm

In den Staaten der Dritten Welt und in Europa befinden sich 477 Schriftsteller und Journalisten im Gefängnis oder in Verbannung. Das sagte die Sekretärin des schwedischen PEN-Clubs, Marianne Fyre, in Stockholm. In Europa würden Schriftsteller hauptsächlich in der Sowjetunion und in der Türkei verfolgt, in der Dritten Welt gingen unter anderem Vietnam und Kuba besonders scharf gegen kritische Dichter und Journalisten vor, gab Frau Fyre an.

Computer-Jagd auf Kunstdiebe in Europa

AFP, Lausanne

Die amerikanische Stiftung „International Foundation for Art Research" (IFAR) hat in Lausanne ein Büro eröffnet, um mit Hilfe eines Computers die Geschäfte mit gestohlenen Kunstschätzen in Europa zu erschweren. Die IFAR, die in den USA seit 15 Jahren den Handel mit gestohlenen Kunstwerken bekämpft, wählte Lausanne als Sitz ihrer europäischen Zweigstelle, da die Schweiz ein besonders beliebter Tummelplatz für Kunstdiebe, Hehler und Fälscher ist. Die Stiftung will eng mit der Polizei, Interpol und den Versicherungsgesellschaften zusammenarbeiten, um dem Computer möglichst viele Daten einspeichern zu können. In einer Zeitschrift mit dem Titel „Stolen Art Alert" werden die abhanden gekommenen Wertgegenstände genau beschrieben und die Adressen ihrer rechtmäßigen Besitzer veröffentlicht. Auch die Identität und Anschriften von Kunsthändlern, die als notorische Hehler bekannt sind, sollen genannt werden.

Bonner Schumann-Haus wieder eröffnet

dpa, Bonn

Mit den Worten „Bonn ist nicht nur Beethoven-Stadt, sondern auch Schumann-Stadt", hat der Bonner Oberbürgermeister Hans Daniels das historische Bonner Schumann-Haus nach einem knapp halbjährigen Umbau eröffnet. Der vor zwei Jahren gegründete „Verein Schumann-Haus" kommt für ein Fünftel der Umbaukosten auf, die 300 000 Mark betrugen. In dem Haus in Bonn-Endenich starb Robert Schumann am 29. Juli 1856. Es ist heute Sitz der Bonner Musikbücherei.

Venedigs Biennale ist baufällig

MvZ. Venedig

Paolo Portughesi, der Präsident der Biennale von Venedig, teilte mit, daß die im Juni geplante Walt-Disney-Retrospektive und die Filmbiennale im August ausfallen werden. Auch der Hauptpavillon für die Ausstellung Bildender Kunst in den Napoleonischen Gärten ist ohne Reparaturarbeiten nicht mehr benutzbar. Für die antiken Paläste der Biennale am Canale Grande, Ca Giustinian, Sitz der Verwaltung, und Ca Corber della Regina, Sitz des historischen Archivs, die ebenfalls baufällig sind, hofft man auf Finanzierung durch das Sondergesetz für Venedig.

„Totentanz"-Fresko in Berlin gefährdet

dpa, Berlin

Der mittelalterliche „Totentanz"-Fries in der evangelischen St. Marienkirche am Alexanderplatz in Berlin ist vom Verfall bedroht. Das Fresko aus der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts ist wahrscheinlich durch Feuchtigkeit beschädigt. Der „Totentanz" stammt vermutlich aus dem Berliner Pestjahr 1484. Der Fries mit 27 Ständefiguren, zwischen die jeweils eine Figur des Todes gestellt ist, wurde 1968 konserviert.

Walter Friedländer †

AP, Berkley

Der aus Deutschland gebürtige Sozialwissenschaftler Walter Friedländer, emeritierter Professor der California School of Social Welfare, ist in Berkeley im Alter von 93 Jahren gestorben. Beim Machtantritt Hitlers war Friedländer zunächst nach Paris geflüchtet. Er kam später in die USA und war hier seit 1943 als Universitätsdozent tätig.

Peter Lawford tot

AP, Los Angeles

Der britisch-amerikanische Filmschauspieler Peter Lawford ist im Alter von 61 Jahren gestorben. Nach Mitteilung des Krankenhauses in Los Angeles erlag er den Folgen früherer Krankheiten. Lawford war in erster Ehe mit Patricia Kennedy verheiratet, einer Schwester von Präsident John F. Kennedy. Zu Lawfords bekanntesten Filmen zählen „Exodus" und „Das Bildnis des Dorian Gray". In den letzten Jahren hatte er nur noch wenige Rollen übernommen. Er hatte dem Vernehmen nach ein Nieren- und Leberleiden und hatte sich erst dieses Jahr in einer Entziehungsklinik behandeln lassen.

Er nahm das Gesetz in die eigene Hand

WOLFGANG WILL, New York

„Held der Weihnachtsfeiertage" für viele New Yorker ist ein Mann Ende zwanzig, der das Gesetz in die eigenen Hände nahm, als er in einem U-Bahnzug ausgeraubt werden sollte. „So, ihr wollt *fünf Dollar von mir?*" hatte er unbewegt vier ihn belästigende Jugendliche gefragt, dann in seine Tasche gegriffen, einen silberverzierten Revolver gezogen und auf die vier geschossen. Sie mußten mit teils lebensgefährlichen Verletzungen in ein Krankenhaus eingeliefert werden.

Als der Zug auf der Station Chambers Street im südlichen Manhattan hielt, sprang der Schütze aus dem Zug, benachrichtigte noch den Zugführer, daß er vier Leute angeschossen habe und verschwand schließlich in der Dunkelheit des U-Bahntunnels. Alarmierte Sanitäter fanden die Schwerverletzten in ihrem Blute. Zu Notoperationen wurden sie in Krankenhäuser eingeliefert. Ihr *Zustand* wird *als* sehr ernst beschrieben.

Die Transportpolizei schaltete das elektrische Schienennetz ab und begann eine großangelegte Suchaktion nach dem Schützen. Doch in dem verzweigten Tunnelgewirr gab es keine Spur mehr von ihm. Vermutlich war er durch einen der zahlreichen Notausstiege auf die Straße entkommen. Andere Fahrgäste machten über ihn nur vage Angaben, die der Polizei bei der Fahndung nicht weiterhalfen. 1350 Polizisten wurden im U-Bahnsystem Manhattans auf Sonderstreife geschickt.

Unverhohlene Sympathie

„*Diese Geschichte* um den Mann, der Selbstjustiz übte, ist von größerer Bedeutung für die New Yorker als die Weihnachtsgeschichte", kommentierte in den „Daily News" der Kolumnist *Jimmy Breslin, und Bürgermeister* Ed Koch erklärte: „In dieser Stadt wird diese Art Selbstjustiz nicht toleriert werden." Beide nahmen damit Stellung zu der Tatsache, daß ungezählte New Yorker dem Unbekannten unverhohlen Sympathie entgegenbringen. Das geht aus Zuschriften an Zeitungen sowie Anrufen bei der Polizei hervor: „Er hat richtig reagiert", meinte ein Anrufer, „er sollte Bürgermeister werden", ein anderer.

Mehrere Anrufer erklärten sich bereit, die Verteidigungskosten für den Mann zu übernehmen, sollte er ergriffen und angeklagt werden. Eddi Driver aus dem Stadtteil Queens sagte: „Er hat Selbstverteidigung geübt, und das war *richtig.*" Die *Sekretärin* Kathie Conlon meinte: „Ich hoffe, er wird nie gefunden – wir müssen das Gesetz in die eigenen Hände nehmen." Sie spielte damit auf die jüngste Statistik an, wonach Gewaltverbrechen im New Yorker U-Bahnsystem in den letzten zehn Monaten um 3,6 Prozent angestiegen sind.

„Für jeden fünf Dollar"

Der gutgekleidete Unbekannte, so geht aus Augenzeugenberichten hervor, war von den vier Jugendlichen im Alter zwischen 19 und 25 Jahren, die, *wie die Polizei* bekannt gab, scharfgeschliffene Schraubenzieher bei sich hatten, belästigt worden. Sie forderten schließlich fünf Dollar von ihm, und nahmen dabei eine drohende *Haltung ein. Daraufhin zog der* Mann seinen Revolver. „Ich habe für jeden von euch fünf Dollar", sagte er vor dem mehrmaligen Abdrücken.

Ein Polizeibeamter, der sich weigerte, seinen Namen zu nennen, sagte: „Genau wie im Film ‚Ein Mann sieht rot'." In diesem Streifen wird die Geschichte eines Mannes erzählt, der Frau und Tochter durch jugendliche Verbrecher verliert und auf einen privaten Rachefeldzug gegen das kriminelle Gesindel von New York geht. *Er schießt* Verbrecher auf dunklen U-Bahnhöfen und in den unsicheren Vierteln der Stadt nieder, bis er schließlich von der Polizei identifiziert und gezwungen wird, die Stadt *zu verlassen.* (SAD)

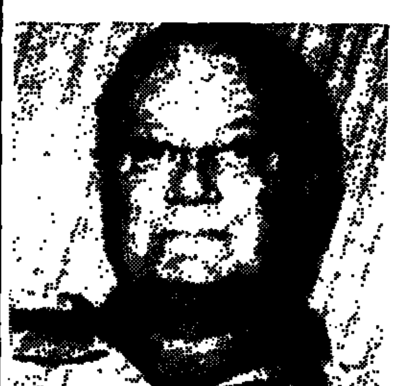
Bevölkerung soll über Freilassung abstimmen

Erzbischof von Bologna setzt sich für Walter Reder ein

KLAUS RÜHLE, Rom

Der letzte Kriegsgefangene Itali*ens, der ehemalige Major der Waf*fen-SS, Walter Reder, kann hoffen, nach vierzig Jahren Haft freigelassen zu werden. Er war in zweiter Instanz vom obersten Militärgericht Italiens wegen des sogenannten Massakers von Marzabotto im Herbst 1944 verurteilt worden. Die Zahl der Todesopfer wurde damals auf 600 begrenzt und das Tribunal bestimmte die Haftentlassung Reders im Juli 1985. Seither *sind Bemühungen im Gange,* Reder aus humanitären Gründen schon vorher aus dem Gefängnis von Gaeta in seine österreichische Heimat zu entlassen.

Walter Reder hat jetzt in einem von Jesuitenpater Giuseppe Di Gennaro dem Bürgermeister von Marzabotto überbrachten Schreiben erneut seine Hoffnung auf „Wiederversöhnung" zum Ausdruck gebracht. Der kommunistische Bürgermeister des Ortes, Dante Cruicchi, hat beschlossen, die Entscheidung darüber der Einwohnerschaft in Form einer Abstimmung zu überlassen. Gemeinderat und Bürgerschaft sind zu *diesem Zweck* für morgen einberufen worden. Die vorausgegangene Abstimmung vom 16. Juli 1967 hatte folgendes Ergebnis:



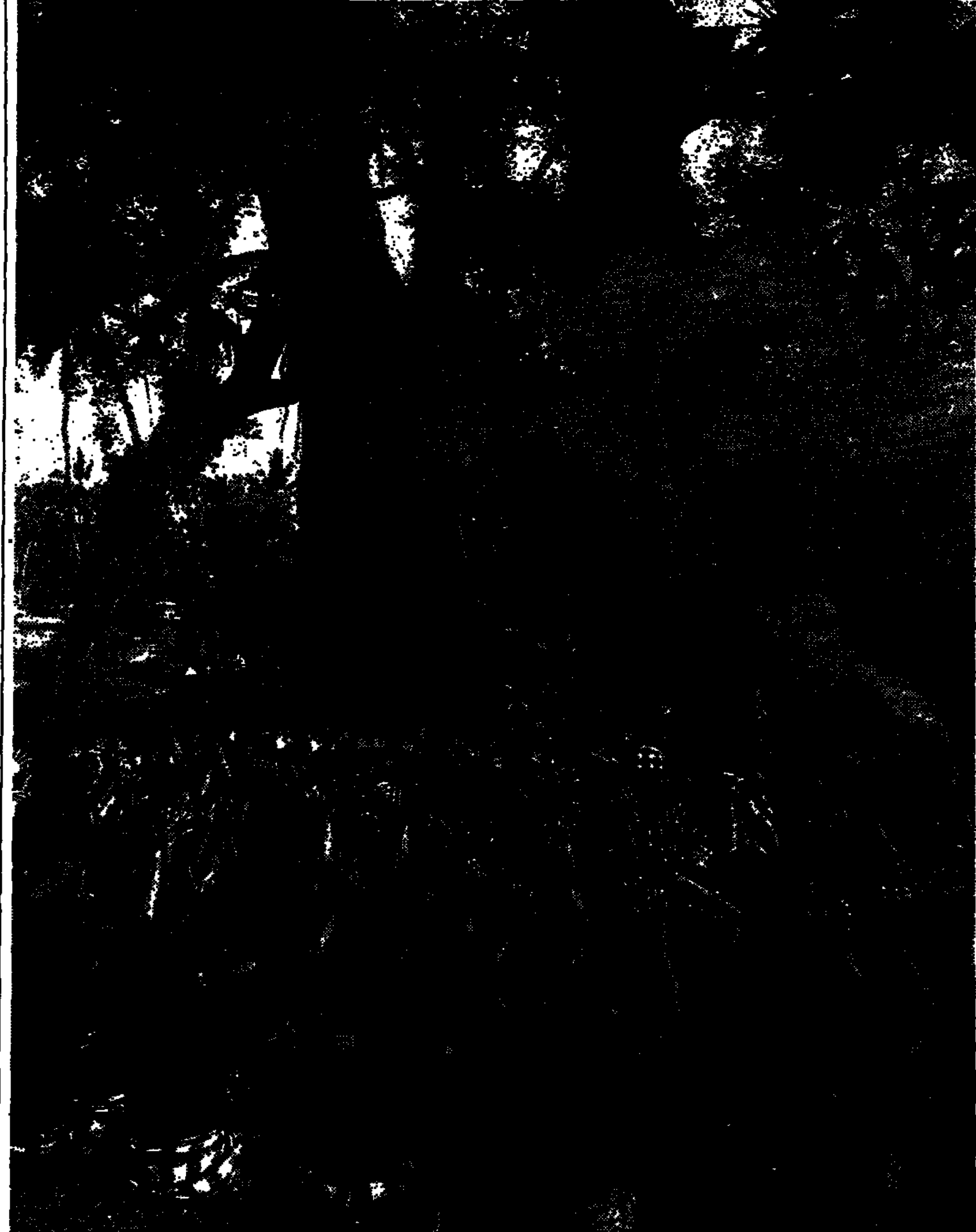
Major Walter Reder. Wird er nach 40 Jahren Haft in Italien jetzt freigelassen? FOTO: UPI

356 Einwohner lehnten die Vergebung ab, 4 stimmten dafür, je ein *Wahlzettel war unausgefüllt oder* ungültig.

Zu dem jetzigen Ersuchen des Gefangenen erklärte der Bürgermeister: „Reder soll sich in einem schlechten Gesundheitszustand befinden. Er bittet deshalb um Strafverkürzung. Wir in Marzabotto haben Dutzende von Personen, die zu lebenslänglichem Leiden verurteilt wurden." Der Bürgermeister, der damit offenbar die Hinterbliebenen der Opfer von 1944 meinte, sagte, Reue sei nicht ausreichend. Der Nazismus müsse in all seinen Formen verurteilt werden. Marzabotto habe mit dem volle fünf Tage dauernden Massaker ein Maß von Grausamkeit erlebt, das ohne Beispiel in Italien und Europa sei.

Für die vorzeitige Freilassung Reders setzten sich kirchliche Kreise in Italien ein, darunter das Jesuitenblatt „Critica cattolica". Der Erzbischof von Bologna, Monsignore Giacomo Biffi, ermahnt seine Diözesanen in einem Hirtenbrief: „Die Vergebung, die unsere Herzen von Haß und Rach*sucht befreit, darf nicht mit dem* Erlaß der restlichen Strafe vewechselt werden. Für den Christen ist die Vergebung eine Pflicht."

Bemerkenswert ist eine Stellungnahme des italienischen Staatspräsidenten Sandro Pertini in seiner Botschaft vom Oktober dieses Jahres an*läßlich des 40. Jahrestages des Mas*sakers von Marzabotto. Bürgermeister Cruicchi zitiert daraus folgende Sätze: „In jenen traurigen Oktobertagen von 1944 wurde die Vernichtung eines friedlichen kleinen Bauerndorfes nicht von leblosen Automaten mit gnadenloser Wirksamkeit vollbracht, vielmehr handelte es sich um Männer wie wir, die wie wir aus der Erfahrung mit menschlichen Gefühlen, Erlebnissen und Sehnsüchten geformt waren. Der Nazismus besaß die teuf*lische Fähigkeit,* denkende Menschen mit Gewissen in gefühllose Todesinstrumente zu verwandeln."



Traditioneller Ritus auf Bali – bald nur mehr Schauspiel für Touristen? FOTO: THOMAS HÖPKER

Die Opferblumen sind zertreten

Fremde erschüttern die Grundfesten der hinduistischen Gesellschaft auf Bali

A. THEYSSEN, Denpasar

Morgengrauen auf Bali. Frauen im Sarong kommen aus ihren Häusern, auf dem angewinkelten Arm ein Ta*blett mit Blumenkörbchen. Sie knien* nieder, legen die geflochtenen Körbe an den Bordstein. Blumenopfer, mit denen sie die Hindugötter für den neuen Tag günstig stimmen wollen. Doch keine *zwei* Stunden später *sind* die bunten Blumenopfer in den Staub getreten. Achtlos sind Touristen beim Einkaufsbummel mit ihren Sandalen über sie hinwegmarschiert.

Touristensandalen auf Opferblumen, dies mag ein Sinnbild sein für das, was derzeit mit Bali, der west*lichsten der Kleinen Sunda-Inseln,* geschieht. Seit der Flughafen Denpasar zum International Airport ausgebaut wurde, schießt ein nie dagewesener Touristenstrom auf die Insel und *beginnt, der balinesischen Kultur* seinen Stempel aufzudrücken. Alkoholismus, Drogenhandel, Prostitution und Kriminalität beginnen, die Grundfesten der hinduistischen Gesellschaft zu erschüttern.

Es begann damit, daß vor sechs Jahren australische Reisebüros die Insel entdeckten und sie unter dem Motto „Sonne, Strand und Exotik" vor allem als Freizeitziel für junge Leute anpriesen. Damit wurde Bali für die Australier das, was Ibiza vie*len Deutschen ist.*

Die Urlauberwelle brachte erstmals große Mengen Rauschgift auf die Insel. Australier – sie stellen zusammen mit den Japanern mehr als *zwei Drittel der Bali-Touristen* – verkaufen die Schmuggelware auf der Rückreise von Thailand an Balinesen und Urlauber, um ihre Reisekasse aufzubessern. Die indonesische Poli*zei war lange machtlos. „Heute",* berichtet ein Hotelmanager aus Kuta, dem Touristenzentrum Balis, „setzt die Polizei Agenten auf die Dealer an. Ein paar Dutzend, meist Australier, werden jedes Jahr *verhaftet.*" Viel Wirkung zeigt das nicht. Immer noch rasen junge Balinesen mit Motorrädern über den Strand von Kuta und preisen offen Marihuana an.

Daß es seit *kurzem* auch Prostitution auf der Insel gibt, merkt jeder männliche Tourist, der nach Einbruch der Dunkelheit alleine durch Kuta oder Sanur geht. „You wanna *nice girl?*" preisen Balinesen auf schweren Maschinen die Mädchen an, während sie neben den Touristen herfahren. Vor allem die Japaner haben die Prostitution gefördert, glaubt *ein katholischer Priester in Denpasar.* „Die haben in Manila und in Bangkoks Patpong-Distrikt schon alles ausprobiert und Bali nun als neues Revier auserkoren."

Drogenhandel und Prostitution, bis vor einem Jahr kaum „profimäßig" betrieben, riefen die „Gali" (Abkürzung für „Gruppe wilder Leute"), Indonesiens Mafiabanden, auf den Plan. *Die mußten* im Herbst vergangenen Jahres Jakarta fluchtartig verlassen. Denn das Militär beantwortete den jahrelangen „Gali"-Terror mit energischen Gegenmaßnahmen und ließ *die Gangster* von Todesschwadronen teilweise auf offener Straße erschießen. Viele „Gali" haben sich damals nach Bali zurückgezogen und dort Prostitution, Drogen*handel und Schutzgelderpressung* in die Hand genommen. Balis Behörden sind dem organisierten Verbrechen nicht gewachsen. Ihre einzige Reaktion: Gelegentlich patrouillieren Solda*ten im Tarnanzug mit geschulterten* M-16-Gewehren auf den Straßen.

Nicht nur durch Schwer*kriminali*tät macht sich der Massentourismus auf Bali bemerkbar. Er wirkt sich auch auf das Kunsthandwerk aus. Um den großen Bedarf an Bildern, Batiken, Schmuck und Schnitzereien zu decken, wurden traditionelle Techniken vereinfacht oder ganz fallen gelassen. Beispiele: Schnitzereien werden heute in Massen und plump gefertigt; balinesische Gemälde, die traditionsgemäß bis in die letzte Ecke detailliert ausgemalt wurden, weisen *heute große einfarbige Flächen auf.*

Balis Behörden griffen bisher erst *einmal rigoros gegen die Begleiter*scheinungen des Massentourismus durch. Bis vor anderthalb Jahren standen in den Straßen von Kuta und Sanur winzige Bretterbuden, in denen *exotische Cocktails zu Spottprei*sen feilgeboten wurden. Doch nicht nur Touristen gönnten sich einen Drink, auch balinesische Kinder und Jugendliche griffen zu. Die Folge: Viele erschienen betrunken in der Schule. Nach Klagen der Lehrer verschwanden die Cocktailbuden von einem Tag auf den anderen.

LEUTE HEUTE

Peinliches Telegramm

Indiens Moskau-treuer Kommunistischer Partei ist im Zusammenhang mit dem Tode des sowjetischen *Verteidigungsministers* **Dimitrij Ustinow** eine peinliche Verwechslung mit dem englischen Schauspieler, Dramatiker und Regisseur **Peter Ustinov** unterlaufen. In *ihrem* Beileidstelegramm *an* die Kreml-Führung äußerten die Genossen ihr tiefstes Bedauern über das plötzliche Dahinscheiden des sowjetischen Verteidigungsministers „Peter Ustinow". In der Botschaft rühmte die Partei „Peter Ustinows" Rolle als Minister, Parteiführer und Politbüromitglied. Erst einen Tag nach dem Absenden des Telegrammes bemerkten die Verfasser ihren Irrtum und korrigierten ihn umgehend.

Mit Messer und Gabel

Die über den chinesischen Rundfunk verbreitete Anregung von Par*teichef* **Hu Yaobang**, die Chinesen sollten nicht mehr mit Stäbchen, sondern mit Messer und Gabel essen und statt der Schüssel für die ganze Familie lieber einzelne Teller benut*zen*, ist *im* New Yorker Chinesenviertel auf Zorn und Ablehnung gestoßen. „Die echte chinesische Familie ißt mit Stäbchen und aus einer Schüssel, und das ändert sich nicht", sagte **Vincent Dee**, der 40 Jahre alte Manager eines der bekanntesten Restaurants in Chinatown. „Sicherlich ist das nicht so hygienisch wie Gabeln und getrennte Teller, aber wenn man mit der eigenen Familie ißt – was kümmert einen da die Hygiene?"

Das und Dasi

Hare-Krishna-Jünger Ambarish Das, der früher mit bürgerlichem Namen **Alfred Ford** hieß und keinen geringeren zum Urgroßvater hat als den amerikanischen Autokönig Henry Ford, hat jetzt nach dem Ritus seiner Sekte auf der Krishna-Farm von Colo River, Neu-Süd-Wales (Australien) Dr. **Sharmilla Bhattacarya** (Svaha Devi Dasi) das Ja-Wort gegeben.

Haarige Wahl

Filmstar **Liz Taylor** und die gescheiterte amerikanische Vize-Präsidentschaftskandidatin der Demokraten, **Geraldine Ferraro**, *haben* es geschafft, zum ersten Mal unter die ersten zehn der bestfrisierten Frauen der USA zu kommen, die jährlich von den 52 000 Mitgliedern des Nationalverbandes amerikanischer Friseure und Kosmetiker gewählt werden. Für das Jahr 1984 erhielten **Nancy Reagan**, Frau des US-Präsidenten, die Sängerin **Diana Ross** sowie die Schauspielerinnen **Joan Collins** und **Linda Gray** einen Platz unter den ersten Zehn.

Erschreckendes Ausmaß der Trunksucht in der Sowjetunion

AFP, Moskau

Die Trunksucht in ihrem Lande ist für eine Gruppe sowjetischer Wissenschaftler die „größte Tragödie seiner tausendjährigen Geschichte". Jedes sechste Neugeborene sei geistesschwach oder mit einer Erbkrankheit behaftet, *heißt es in dem alarmierend*sten Dokument, das jemals über Alkoholismus in der UdSSR veröffentlicht wurde. Die vertrauliche Studie wurde von der sibirischen Sektion der sowjetischen Akademie der Wissenschaften erstellt und ist einzig für die Führungskräfte der KPdSU be*stimmt.* Nach Angaben der Wissenschaftler waren 1980 „40 Millionen Trunksüchtige und Trinker" offiziell erfaßt, praktisch jeder sechste Einwohner. Die Zahl der klinisch Kranken unter ihnen wird auf 17 Millionen geschätzt. Die übrigen 23 Millionen gelten als starke Trinker. Jährlich gehen eine Millionen Menschen an den Folgen übermäßigen Alkoholkonsums zugrunde. „Dieser Trinkerwahn hat eine schrittweise Degenerierung der Nation, vor allem der russischen, zur Folge", heißt es in der Studie.

Todesopfer durch Kälte

AFP, Neu-Delhi

Mindestens 110 Menschen sind in Nordindien über Weihnachten einer außergewöhnlichen Kältewelle zum Opfer gefallen. Am schlimmsten betroffen war der Bundesstaat Bihar, wo nach Angaben der indischen Nachrichtenagenturen 103 Menschen erfroren. In den Bundesstaaten Jammu und Kashmir sank die Temperatur auf minus 18 Grad.

Gelähmte Frau verbrannt

dpa, Porta Westfalica

Eine 84 *Jahre* alte gelähmte Frau aus dem ostwestfälischen Porta Westfalica ist am Heiligabend beim Brand ihrer Wohnung umgekommen. Wie die Polizei gestern mitteilte, fanden die Tochter der Frau und ihr Mann, die ebenfalls im Hause lebten, das Wohnzimmer im Erdgeschoß bereits in hellen *Flammen, als sie abends* von einem Besuch heimkehrten. Die sofort alarmierte Feuerwehr konnte nur noch das völlige Abbrennen des Hauses verhindern.

Im Baggersee versunken

rtr, Bonn

Fünf junge Leute sind in der Nacht zum Mittwoch mit ihrem Auto in Hünxe im Kreis Wesel in einen Baggersee gestürzt und ertrunken. Die *Polizei teilte mit, das Fahrzeug* mit den fünf Personen sei kurz vor Mitternacht aus noch nicht geklärter Ursache in einer leichten Linkskurve von der Fahrbahn abgekommen, ha*be fünf Pfosten überrollt und sei im* Baggersee versunken.

Bergung aufgeschoben

dpa, Huntington/Utah

Die Leichen von 27 Bergleuten, die bei dem schlimmsten Bergwerksun*glück seit 40 Jahren im US-Bundes*staat Utah erstickt sind, bleiben zunächst im Tunnel des Bergwerks 200 Kilometer südöstlich von Salt Lake City. Die Bergung der Toten mußte *abgebrochen werden,* weil *sich in* dem Tunnel des Kohlebergwerks, in dem seit Mittwoch vergangener Woche ein Brand schwelt, neben tödlichem Kohlenmonoxyd auch explosive Methangase gebildet haben.

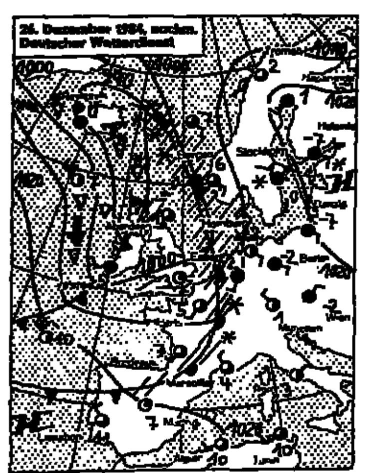
Böses Ende einer Feier

dpa, Würzburg

Eine Schießerei bei einer gemeinsamen Weihnachtsfeier mehrerer Zigeunersippen hat in der Nacht zum *Mittwoch in einer Würzburger Gast*stätte ein Menschenleben und zwei Schwerverletzte gefordert. Wie die Polizei mitteilte, sei die Feier von etwa 50 bis 60 Personen zwei Stunden nach Mitternacht in eine Massenschlägerei ausgeartet. Während der schweren Auseinandersetzung, als deren Grund Eifersucht vermutet wird, fielen plötzlich Schüsse. Ein 27jähriger Bamberger brach tödlich verletzt zusammen. Zwei weitere Beteiligte wurden von zwei Streifschüssen getroffen, andere erlitten Stichverletzungen.

WETTER: Wechselnd bewölkt

Wetterlage: Ein über Mitteleuropa angelangter Tiefausläufer velagert sich unter Abschwächung ostwärts. Hinter ihm fließt frische Meeresluft in die Westhälfte Deutschlands ein.



Vorhersage für Donnerstag:

In Schleswig-Holstein und im östlichen Niedersachsen vielfach stark bewölkt und zeitweise leichter Schneeregen oder Schneefall. In den übrigen Landesteilen kaum noch Regen. Tiefsttemperaturen in der Nacht zwischen 0 und minus 3 Grad, dabei verbreitet Straßenglätte. Temperaturen tagsüber zwischen 2 und 4 Grad.

Weitere Aussichten:

Abnehmende Schauertätigkeit und Wetterberuhigung, wenig geänderte Temperaturen.

Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:

Ort	Temp.	Ort	Temp.
Berlin	-2°	Kairo	15°
Bonn	2°	Kopenh.	1°
Dresden	-1°	*Las Palmas*	17°
Essen	2°	London	3°
Frankfurt	1°	Madrid	7°
Hamburg	2°	Mailand	0°
List/Sylt	1°	Mallorca	12°
München	1°	Moskau	-18°
Stuttgart	1°	Nizza	7°
Algier	10°	Oslo	0°
Amsterdam	6°	Paris	5°
Athen	12°	Prag	-3°
Barcelona	10°	Rom	3°
Brüssel	5°	Stockholm	-1°
Budapest	-1°	Tel Aviv	14°
Bukarest	-2°	Tunis	10°
Helsinki	-7°	Wien	-2°
Istanbul	10°	Zürich	-1°

***Sonnenaufgang** am Freitag*: 8.27 Uhr, Untergang: 16.20 Uhr; **Mondaufgang:** 12.04 Uhr, Untergang: 22.58 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Ein Harnischforscher radiert am Bild der Recken

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Die kleinsten deutschen Ritter des *15. und 16. Jahrhunderts* lebten in und um München und waren 1,58 Meter groß. Zu diesem Ergebnis kommt der Harnischexperte Helmut Wurm aus Betzdorf an der Sieg nach neuen Vermessungen von Ritter-Rüstungen in vielen europäischen Museen. Vermessungen, die zu dem Schluß führen, daß in den Heeren jener Zeiten schmalbrüstige und schlanke Herren kämpften, die alles andere als Recken waren.

Ein wissenschaftlicher Mitarbeiter *am Militärmuseum in Paris hat schon* um 1950 darauf hingewiesen, daß ausgestellte Rüstungen von den verblichenen Trägern meist das falsche Bild monumentalen Auftretens vermitteln, weil man bei der Aufstellung dieser Objekte in Vitrinen und auf Podesten zumindest die Beinschienen falsch montiert habe. Damit habe man diesen Harnischen mehr Wirkung geben wollen.

Über die Körpergröße der Germanen der Völkerwanderungszeit gibt es durch die erhaltenen Reihengräber mehr Wissen als über die Größe der Menschen des Barock, stellt nun Helmut Wurm in der Zeitschrift „Burgen und Schlösser" der Deutschen Burgenvereinigung fest. Erst ab Mitte des *19. Jahrhunderts* gebe es durch die damals üblich gewordenen Rekrutenvermessungen wieder zuverlässige Zahlen.

Da die Mehrzahl der erhaltenen *Harnische nur Halb- oder Dreiviertel*harnische sind und im 15. bis 17. Jahrhundert auch meistens solche getragen wurden, ist ein Rückschluß auf die wirkliche Körpergröße der ursprünglichen Träger bisher ein Puzzle-Spiel gewesen. Wurm: „Als unterer Meßpunkt kann nicht das Ende des betreffenden Harnischs gewählt werden, weil dieses Ende je nach Typ und angefügten Teilen schwankt. Es gibt nur einen Bezugspunkt, der bei der Einkleidung angepaßt werden mußte." Dieser entscheidende Fixpunkt, den die Ritter sozusagen zur Entsorgung selbständig bei Bedarf *freilegen mußten,* ist nun Ausgangspunkt für die Wurmschen Berechnungen.

Während die Breite des betreffenden Ausschnitts unterhalb der Taille zunächst bei den frühen Rüstungen variierte, rechteckig und unten offen war, setzte sich dann die runde und geschlossene *Form durch und* wurde schließlich eine Art geteilter Schurz, der bis zur Hüfte reichte und vor dem Unterleib getragen wurde. Entscheidend ist dabei, daß die Höhe des oberen Randes nicht wahllos variiert haben kann, weil dann der Körper in dieser Partie zu wenig geschützt ge*wesen wäre.*

Mit einem besonderen Schema von Zentimetern, die hier und da noch bei Abwesenheit bestimmter Rüstungsteile hinzuaddiert werden mußten, *machte sich der Harnischspezialist* ans Werk. Tätig wurde er überall da, wo es wesentliche Mengen seines Forschungsgegenstandes gibt. Über die Churburg im Südtiroler Vintschgau ging es ins Grazer Zeughaus, in die Museen von Wien und Paris, nach Zürich, Solothurn, München, auf das Schloß Sigmaringen und ins Germanische Nationalmuseum Nürnberg. Wurm ließ auch nicht das Schloß Erbach *im Odenwald, das Zeughaus* in Köln, Museen in Kassel, Celle, Hannover, Braunschweig und Emden aus. Zuletzt kamen noch holländische und belgische Museen an die Reihe.

Nachdem man schon einige Zeit lang weiß, daß Barbarossas Rivale Heinrich der Löwe keineswegs die Monumentalfigur war, zu der er unverdient vom NS-Regime auf der Suche nach dem „nordischen" Vorbild hochstilisiert worden war, sondern ein kleines Männchen mit einem Hüftleiden, ist zumindest aufgrund der Wurm-Messungen nun klar, daß *die Recken 500 Jahre* und mehr später auch nicht mehr hermachten.

Die durchschnittliche Körperhöhe der Herren, deren Vor- und Nachrüstung heute in den Museen bewundert wird, *betrug im* gesamten süddeutschen Raum durchschnittlich 165 bis 170 Zentimeter. Besonders groß war, da besser ernährt, der Adel, ganz besonders mickrig der Gemeine.

Doch auch da gibt es Ausnahmen. Für die Rüstungen auf der Veste Coburg ermittelte Harnischexperte Hel*mut Wurm während* des 16. und 17. Jahrhunderts eine Körperhöhe ab 160 Zentimeter. Und wenn der dort residierende berühmte Herzog Johann Casimir nicht überproportional lange Unterschenkel hatte, von denen man leider nichts weiß, dann war er um 155 Zentimeter groß. Drei Zentimeter kleiner als die kleinsten Ritter, denen Wurm im Stadtmuseum München posthum auf die nicht eben großen Sprünge kam.

ZU GUTER LETZT

„Nackte Isis unerwünscht." Beschluß der Stadtverwaltung der ägyptischen Hafenstadt Alexandria, eine vor mehreren Jahren von Tauchern im Mittelmeer gefundene altägyptische Isis-Statue nicht an der Hafeneinfahrt von Alexandria aufzustellen, da ihre Nacktheit eine Beleidigung für deren Bürger sei.